

# **Einstellungen zum Altern der Gesellschaft und zur Alterspolitik**

## **Ergebnisse des „Population Policy Acceptance Survey (PPA)“ zum Modul „Altern“**

**Bericht zum Vergleich PPA 1 und PPA 2 und Tabellenband PPA 2**

**Forschungsbericht 27**

**Peter Schimany**

Institut für Demographie  
Österreichische Akademie der Wissenschaften

August 2004

INSTITUT FÜR DEMOGRAPHIE  
ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

### **Forschungsbericht Nr. 27**

**Forschungsprojekt:**

Population Policy Acceptance Survey (PPA), Modul „Altern“; Vergleich PPA 1 und PPA 2

**Projektleitung:**

HR Dr. Richard Gisser und PD Dr. Peter Schimany  
Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

**Forschungsfördernde Institution:**

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

Die Arbeit unterliegt ausschließlich der Verantwortung des Instituts für Demographie und wurde der phil.-hist. Klasse nicht vorgelegt.

Medieninhaber und Herausgeber:  
Institut für Demographie  
Vienna Institute of Demography  
Österreichische Akademie der Wissenschaften  
A-1040 Wien, Prinz Eugen-Straße 8-10  
Tel.: +43-1/51581/7702  
Fax: +43-1/51581/7730  
e-mail: [vid@oeaw.ac.at](mailto:vid@oeaw.ac.at)  
homepage: <http://www.oeaw.ac.at/vid>

Lektorat und Layout: Dr. Florian Pauer und Mag. Ani Minassian  
Druck und Bindung: Riegeltechnik Ges.m.b.H., Piaristengasse 17-19, A-1080 Wien

## Inhalt

Einführung	4
1. Der „Population Policy Acceptance Survey“	4
1.1 Konzeption der Studie	4
1.2 Zielsetzungen der Studie	5
1.3 Internationaler Rahmen der Studie	6
1.4 Fragebogenkonstruktion	6
1.5 Durchführung der Erhebung	7
2. Generationenverhältnisse und Generationenbeziehungen	8
2.1 Familiäre und gesellschaftliche Generationen	8
2.2 Solidarität und Autonomie in Generationenbeziehungen	10
3. Ergebnisse	12
3.1 Beurteilung der Bevölkerungsalterung	12
3.2 Einschätzung der persönlichen Lebenserwartung	14
3.3 Einstellungen zur Alterspolitik	17
3.3.1 Einstellungen zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates	17
3.3.2 Einstellungen zur künftigen Ausgestaltung des Pensionssystems	20
3.3.3 Einstellungen zum Übergang in den Ruhestand	22
3.3.4 Präferenzen zum Alter bei Pensionsantritt	24
3.4 Einstellungen zum gesellschaftlichen Status Älterer	26
3.5 Einstellungen zur Solidarität zwischen den Generationen	28
3.6 Einstellungen zur Unterstützung Älterer	33
3.7 Wunschvorstellungen bei Hilfebedürftigkeit im Alter	36
3.7.1 Wohnpräferenzen bei Hilfebedürftigkeit im Alter	36
3.7.2 Gewünschte Form der Hilfe im Alter	37
4. Zusammenfassung und Ausblick	39
Tabellenanhang	43

## **Einführung**

Mit der vorliegenden Arbeit präsentiert das Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Moduls „Altern“ im Rahmen des „Population Policy Acceptance Survey (PPA)“. In Österreich wurde die Befragung zur Jahreswende 1992/93 und im Jahr 2001 durchgeführt (PPA 1 bzw. PPA 2). Bei der ersten Befragung beteiligten sich neben Österreich acht und bei der zweiten Befragung zwölf weitere europäische Länder. Den beiden Erhebungen liegt teilweise das gleiche Fragenprogramm zu Grunde. Dadurch ist ein partieller Vergleich von zwei Querschnittsbefragungen möglich. Einstellungen zum Altern und zur Alterspolitik in Österreich können somit in langfristiger Perspektive analysiert werden. Zudem ist mit dem Forschungsinstrument die Möglichkeit gegeben, die österreichischen Befunde mit den in anderen europäischen Ländern gewonnenen Ergebnissen vergleichend zu bewerten. Der gemeinsam durchgeführte Survey ist somit der ambitionierte Versuch, den soziodemographischen Wandel in vergleichender Perspektive aus der Sicht der Bevölkerung zu erfassen.

Der Bericht ist wie folgt aufgebaut: Im ersten Kapitel werden Konzeption, Zielsetzungen und internationaler Rahmen der Studie dargelegt. Zudem werden im ersten Kapitel die Fragebogenkonstruktion und die Erhebungsdurchführung der zweiten Befragungsrunde kurz beschrieben. Danach wird im zweiten Kapitel der theoretische Rahmen „Generationenverhältnisse und Generationenbeziehungen“ erläutert. Im dritten Kapitel wird eine Zusammenfassung der Ergebnisse vorgelegt. Eingeleitet wird dieses Kapitel mit Beurteilungen demographischer Entwicklungen. Danach werden Einschätzungen zur persönlichen Lebenserwartung und Einstellungen zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates behandelt. Anschließend werden Einstellungen zum gesellschaftlichen Status Älterer, zur Solidarität zwischen den Generationen und zur Unterstützung Älterer präsentiert. Abschließend werden die Befunde kurz zusammengefasst und Forschungsperspektiven angesprochen. Zudem enthält der Bericht im Anhang die Linearauszahlung nach soziodemographisch relevanten Merkmalen der Probanden für die zweite Befragungsrunde (PPA 2).

---

## 1 Der „Population Policy Acceptance Survey“

### 1.1 Konzeption der Studie

Der „Population Policy Acceptance Survey (PPA)“ ist eine Befragung zu Fakten, Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung über demographische und familienpolitisch relevante Themen. Zentrale Inhalte der ersten Umfrage waren die Indikatoren zu allgemeinen Wertorientierungen, zur Bedeutung von „Ehe und Familie“, zum Leben mit Kindern und zu den individuellen und gesellschaftlichen Hintergründen der Entscheidung für oder gegen Kinder, zu den Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zu den Erwartungen an zukünftige Maßnahmen der Familienpolitik und zur Einschätzung ihrer Effekte.

Bevölkerungswissenschaftliche Themen finden seit einigen Jahren eine weitaus größere öffentliche Aufmerksamkeit als noch zu Beginn der 1990er Jahre. Dies hat mehrere Gründe. Erstens stellt der Prozess der demographischen Alterung inzwischen eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung dar, mit der sich die Politik immer stärker konfrontiert sieht. Zweitens haben Migrationsprozesse eine heftige Diskussion um Fragen der Zuwanderung und der Integration ausgelöst. Drittens ist eine anhaltend niedrige Geburtenhäufigkeit zu verzeichnen, wobei steigende Anteile Kinderloser einen weiteren Rückgang der Fertilitätsrate durchaus möglich erscheinen lassen. Und viertens vollzieht sich ein offensichtlich nicht aufzuhaltender Wandel von Ehe und Familie, der u.a. mit der Zunahme an Ledigen, steigenden Scheidungsziffern und erhöhten Anteilen an unehelich geborenen Kindern einhergeht. Schließlich hat sich auf individueller und gesellschaftlicher Ebene gerade im vergangenen Jahrzehnt eine tief greifende Veränderung im Verhältnis der Geschlechter vollzogen. Bevölkerungspolitischer Handlungsbedarf ist somit angezeigt.

Vor diesem Hintergrund wurde 1999 von der Arbeitsgruppe „PPA 1“ beschlossen, eine erneute Befragung durchzuführen: „Promotion of the Population Acceptance Survey in the ECE-Region – Round 2“. In mehreren Arbeitstreffen wurde der aus der ersten Erhebungsrunde vorliegende standardisierte Fragebogen modifiziert. Im Frühjahr 2001 wurde dieser dann in der endgültigen Version vorgelegt. Um eine hohe Vergleichbarkeit mit den Befunden aus der ersten Runde zu gewährleisten, enthält der Fragebogen für alle beteiligten Länder verbindliche Kernmodule. Aufgrund der Erfassung möglichst vieler demographisch induzierter Problemkomplexe hat das PPA 2-Instrument allerdings eine zweifache Konzepterweiterung erfahren: Der PPA 1-Survey war primär auf Familienfragen, daneben auch auf Fragen der Alterung und Migration ausgerichtet. Im Gegensatz dazu deckt der PPA 2-Survey ein breiteres Themenspektrum ab. Neben dem „Kernfragebogen“ enthält das Instrument die Module „Lebensstil“, „Wertorientierungen“, „Geschlechterverhältnis“, „Unterstützung“ und „Kinderbetreuung“. Die Konzepterweiterung aufgrund der Einbeziehung weiterer Module erforderte auch ein verändertes Stichprobendesign. Vor allem das Modul „Altern“ machte es notwendig, das Altersspektrum der Befragten zu erweitern.

## **1.2 Zielsetzungen der Studie**

Das übergreifende Thema der Studie lässt sich wie folgt bestimmen: Es geht um Politik, die zum Ziel hat, auf Bevölkerungsvorgänge Einfluss zu nehmen. Hierbei werden Informationen erhoben, wie darauf bezogene staatliche und öffentlich-rechtliche Institutionen und Maßnahmen von der Bevölkerung wahrgenommen und bewertet werden. Wie andere moderne Staaten kennt auch Österreich keine explizite Bevölkerungspolitik. Gleichwohl finden sich in zahlreichen Politikfeldern rechtliche Regelungen, finanzielle Hilfen und infrastrukturelle Anreize, mit denen auf die Generationenverhältnisse und Generationenbeziehungen, auf das familiäre Verhalten von Individuen, auf die Gleichstellung von Frauen im Beruf, auf die Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft sowie auf die Zuwanderung und die Integration von Migranten/innen Einfluss genommen wird. Im Mittelpunkt der Studie steht jedoch nicht die inhaltliche Verfassung solcher politischer Bedingungen, sondern die Frage nach der Akzeptanz der geltenden impliziten Bevölkerungspolitik und der Präferenzen im Hinblick auf ihre zukünftige Ausgestaltung. Mit der Studie soll ein Überblick darüber gewonnen werden,

- inwieweit die Bevölkerung gegenüber den Prozessen des soziodemographischen Wandels sensibilisiert ist und welche Chancen und Befürchtungen damit verknüpft werden,
- in welchen Bereichen die Bevölkerung politische Defizite wahrnimmt und Verbesserungen erwartet und
- welche Bedürfnisse und Wünsche im Hinblick auf die zukünftige Ausgestaltung der einzelnen Politikfelder artikuliert werden.

## **1.3 Internationaler Rahmen der Studie**

Ihre besondere Relevanz gewinnt die Studie durch die Verfolgung einer vergleichenden zeitlichen und internationalen Perspektive. Denn mit dem Forschungsinstrument ist die Möglichkeit gegeben, die österreichischen Befunde in einen international vergleichenden Rahmen zu stellen und Vergleiche zu den Anfang der 1990er Jahre gewonnenen Ergebnissen vorzunehmen. Die Durchführung einer Länder übergreifenden Forschung als kooperatives Projekt erlaubt es, institutionelle und programmatische Besonderheiten politischer Maßnahmen im Zusammenhang mit verschiedenen soziodemographischen Entwicklungen vergleichend zu bewerten und vorliegende Erfahrungen Dritter zu nutzen.

Bis Mitte des Jahres 2004 werden alle an der Studie beteiligten Länder ihre Erhebung abgeschlossen und die Daten ausgewertet haben. Für die international vergleichende Auswertung sind daher erste Ergebnisse im Jahr 2005 zu erwarten. Hierzu wird im Rahmen des „Fifth Framework Programme“ der Europäischen Union ein Forschungs- und Koordinierungsprojekt durchgeführt. Ziel des Projektes „Dialog“ sind aber nicht nur komparative Analysen zu allen erhobenen Themen des PPA 2, sondern auch Analysen der einzelnen nationalen Bevölkerungspolitiken und Experteninterviews im Rahmen einer Delphi-Studie.

## 1.4 Fragebogenkonstruktion

Um neben dem Kernfragebogen die Themenblöcke „Childcare“, „Gender“, „Ageing“ und „Migration“ in einem gemeinsamen Erhebungsinstrument berücksichtigen zu können, mussten bei der Entwicklung des Fragebogens zwangsläufig Kürzungen vorgenommen werden. Hierbei war unter dem Aspekt der Vergleichbarkeit zu bedenken, dass diese weder zu Lasten der Gesamtstudie noch zu Lasten der einzelnen Module gehen durften. Die Konstruktion des Fragebogens erfolgte in mehreren Arbeitsschritten. Nachdem der internationale Fragebogen der ersten Runde („Core Questionnaire PPA 1“) in modifizierter Form vorlag, wurde auf dessen Grundlage von März bis Mai 2001 die für Österreich spezifische Fassung erstellt. Durch die Integration der „Gender-Perspektive“ hat das Projekt eine wesentliche Erweiterung erfahren. Allerdings mussten dadurch die Module „Altern“ und „Migration“ gekürzt werden.

## 1.5 Durchführung der Erhebung

Die folgenden Angaben beziehen sich auf Informationen zur Anlage und Durchführung der zweiten Befragungsrunde (PPA 2).

- Grundgesamtheit: Diese bildeten alle Personen im Alter von 20 bis 65 Jahren mit österreichischer Staatsbürgerschaft und ordentlichem Wohnsitz in Österreich. Da der zentrale Befragungsgegenstand der Untersuchung, die Familienpolitik, nur für Inländer mit Wohnsitz in Österreich einheitlich geregelt ist, wurden auch nur diese befragt.
- Auswahlverfahren: Um für die Befragung ein repräsentatives Sample in der Größenordnung von rund 2.000 verwertbaren Interviews zu erhalten, wurde ein „Multistage, Stratified, Clustered Adress Random“-Verfahren angewandt. Die Auswahl der Befragungspersonen in den gewählten Privathaushalten wurde mittels eines so genannten Schwedenschlüssels getroffen.
- Befragungsmethode und Befragungsdauer: Die Befragung erfolgte in Form von mündlichen persönlichen Interviews an der Haushaltsadresse der jeweiligen Zielperson durch Interviewer des Meinungsforschungsinstituts. Die Befragungsdauer betrug zwischen 60 und 90 Minuten, wobei die meisten Interviews deutlich mehr als 60 Minuten in Anspruch nahmen.
- Befragungszeitraum: Die Feldarbeit begann Mitte Juni 2001, wurde nach der dritten Juliwoche wegen der Urlaubszeit bis Ende August unterbrochen und Anfang September nochmals für eine Woche fortgesetzt. Der Befragungszeitraum umfasste somit sechs Wochen.

- Ausschöpfung: Die Brutto-Ausschöpfungsquote betrug 3.280 Adressen. Die qualitätsneutralen Ausfälle machten zusammen 17% aus, wobei in der überwiegenden Zahl der Fälle (15%) keine Zielperson, also keine Person zwischen 20 und 65 Jahren mit österreichischer Staatsbürgerschaft im Haushalt vorhanden war. Zieht man von den Ausgangsadressen die qualitätsneutralen Ausfälle ab, dann verblieben 2.724 verwendbare Adressen. Aufgrund sonstiger Ausfälle konnten jedoch nur 2.013 Interviews realisiert werden. Von diesen mussten weitere 18 Interviews abgezogen werden, da sie mit Personen geführt wurden, deren Alter außerhalb der Altersgrenzen lag. Für die Auswertung standen letztlich 1.995 Interviews zur Verfügung. Damit ergab sich eine Nettoausschöpfungsquote der Interviews von rund 73%, die etwas unter dem Wert der ersten PPA-Befragung mit 76% liegt. Die Gesamtausschöpfungsquote betrug knapp 61%. Damit lag sie ebenfalls etwas unter dem Wert der ersten PPA-Befragung mit 65%.
  
- Gewichtung: Anhand der Daten der Mikrozensususerhebung von 1999 wurde die Stichprobe auf ihre Repräsentativität hin überprüft. Zur Gewichtung der Soziodemographie wurden folgende Merkmale verwendet: Bundesland, Ortsgrößenklasse, Geschlecht, Alter und Berufstätigkeit. Durch die Verwendung der Gewichtungsvariablen erhöht sich die Fallzahl auf 2000.



## **2. Generationenverhältnisse und Generationenbeziehungen**

Der demographische und gesellschaftliche Wandel könnte zu einschneidenden Veränderungen der familialen und gesellschaftlichen Generationenbeziehungen führen. Als Folge davon könnte die Solidarität zwischen den Generationen abnehmen. Mit der vorliegenden Studie soll daher ein umfassendes Bild über Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zum Altern und zur Alterspolitik gezeichnet werden. Um die empirischen Befunde übergreifend theoretisch und gesellschaftspolitisch verorten zu können, werden sie unter Bezugnahme auf ein mehrdimensionales Generationenkonzept diskutiert. Dadurch ist es möglich, sowohl Entwicklungen auf der Mikro- und Makroebene als auch Verbindungen zwischen familialen und gesellschaftlichen Generationenbeziehungen zu erfassen.

### **2.1 Familiäre und gesellschaftliche Generationen**

Mit dem Generationenbegriff wird eine Vielzahl von Aspekten auf unterschiedlichen Analyseebenen gekennzeichnet. Grundsätzlich kann aber zwischen familialen und gesellschaftlichen Generationen unterschieden werden. Familiäre Generationen sind auf der Mikroebene angesiedelt und bezeichnen die Glieder der Abstammungslinien: Enkel, Kinder, Eltern, Großeltern usw. Sie stellen Generationen im ursprünglichen Sinne und im allgemeinen Verständnis dar. Unter familialen Generationenbeziehungen wird demzufolge die Art und Weise sozialer Interaktionen zwischen Angehörigen verschiedener familial definierter Generationen verstanden. Gesellschaftliche Generationen sind dagegen auf der Makroebene angesiedelt. Sie umfassen Personen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums geboren wurden. Unter wohlfahrtsstaatlichen Aspekten können gesellschaftliche Generationen nach ihrer Position im sozialstaatlichen Umverteilungsregime unterschieden werden. Bei gesellschaftlichen Generationen werden Generationenbeziehungen allerdings nicht in direkter Weise erfahren, sondern indirekt (als Beitragszahler oder Pensionsempfänger) über Generationenverhältnisse. Diese bezeichnen die durch Institutionen des Sozialstaats vermittelten Zusammenhänge von Lebenslagen unterschiedlicher Altersgruppen.

Der Begriff der Solidarität findet sowohl im Zusammenhang mit familialen als auch mit gesellschaftlichen Generationen Verwendung. Im Hinblick auf gesellschaftliche Generationen spielt der Solidaritätsbegriff vor allem in der Diskussion um den „Generationenvertrag“ eine Rolle. Generell wird die öffentliche Umverteilung von finanziellen Leistungen per se als ein Akt der gesellschaftlichen Generationensolidarität verstanden. Damit verknüpft ist die Frage der „Generationengerechtigkeit“, die wesentlich auf die Verteilungsgerechtigkeit in der Alterssicherung abstellt. Die Rede von einem gesellschaftlichen „Generationenkonflikt“ bezieht sich dabei auf einen Verteilungskonflikt zwischen Altersgruppen im Zuge einer „intergenerationellen Lastenverschiebung“. Für die Forschung stellt sich damit die Frage, inwieweit fehlende Akzeptanz und Vertrauensverlust gegenüber der Alterssicherung bzw. mangelnde Generationensolidarität die Legitimationsbasis des Wohlfahrtsstaats unterminieren.

Generationensolidarität auf der individuellen Ebene bezieht sich auf die familialen Generationenbeziehungen. Intergenerationale familiale Solidarität im engeren Sinne meint ein Verbundenheitsgefühl und aufeinander bezogene Handlungen zwischen miteinander verwandten Personen unterschiedlicher Generationen. Die familiale Generationensolidarität umfasst eine Vielzahl von Facetten, die man grundsätzlich drei Dimensionen zuordnen kann: der funktionalen, der affektiven und der assoziativen Dimension. Die funktionale Solidarität beinhaltet Unterstützungsleistungen in finanzieller, zeitlicher und räumlicher Hinsicht. Die affektive Solidarität stellt auf Gefühlshaltungen wie die Enge der Beziehung und die emotionale Verbundenheit ab. Die assoziative Solidarität bezieht sich auf gemeinsame Aktivitäten, auf die Kontakthäufigkeit und die Art der Kontakte. Intergenerationelle Beziehungen sind keineswegs nur von Harmonie geprägt, sondern sie beinhalten Ambivalenzen, Konflikte und Widersprüche. Erstens existieren widersprüchliche Normen im Hinblick darauf, wie Generationenbeziehungen geführt werden sollen. Und zweitens besteht ein gleichsam unauflöslicher Widerspruch zwischen Autonomie und Abhängigkeit. Für die Forschung stellt sich damit die Frage, ob familiale Generationenbeziehungen, die wesentlich durch eine „Intimität auf Abstand“ bzw. durch eine „innere Nähe durch äußere Distanz“ gekennzeichnet sind, weiterhin von Solidarität geprägt sind und unter welchen Bedingungen diese Verbundenheit praktiziert wird und aufrechterhalten werden kann.

Verbindungen zwischen familialen und gesellschaftlichen Generationen werden besonders deutlich, wenn man die Folgen von staatlichen Umverteilungsregimes in den Blick nimmt. Neuere Forschungen sprechen für die These, dass der öffentliche Generationenvertrag die innerfamilialen Bindungen fördert und verstärkt. Durch die öffentlichen Transfers wird die Familie entlastet, wodurch die familialen Generationenbeziehungen konfliktärmer und stabiler werden. Zugleich werden damit Ressourcen bereitgestellt, die von der Familie zu neuen Leistungen genutzt werden können. Nachweisen lassen sich somit Synergieeffekte zwischen öffentlichen und privaten Transfers. Für die Forschung stellt sich damit die Frage, welche Rückwirkungen ein neuer „Wohlfahrtsmix“ von staatlichen und privaten Formen der Daseinsvorsorge auf die familialen Generationenbeziehungen hat.

Die nachfolgende Übersicht stellt familiale und gesellschaftliche Generationen anhand zentraler Merkmale einander gegenüber und fasst deren Verbindung in typischer Weise zusammen.

## Übersicht 1: Familiäre und gesellschaftliche Generationen

Generationenkonzept	Familiäre Generationen	Gesellschaftliche Generationen
Personen(gruppe)	Kind-Eltern (Dyaden) Kind-Eltern-Großeltern (Triaden)	Altersgruppe bzw. Kohorten (Position im sozialstaatlichen Umverteilungsregime)
Ebene	Mikro	Makro
Interaktionsform	Generationenbeziehungen (unmittelbar)	Generationenverhältnisse (mittelbar)
Solidaritätsform	intergenerational familial orientiert (Familienzusammenhalt)	gesellschaftlich sozialstaatlich orientiert (Generationenvertrag)
Konfliktform	innerfamiliärer Generationenkonflikt aufgrund von Abhängigkeit und Autonomie	öffentlicher Generationenkonflikt aufgrund sozialstaatlicher Regelungen und Lastenverteilungen
Zusammenhang zwischen familiären und gesellschaftlichen Generationen	Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Regelungen auf familiäre Generationenbeziehungen (Abhängigkeit privater von öffentlichen Transfers)	Einfluss familiärer Solidarität auf das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Generationen (Abhängigkeit der Akzeptanz des Generationenvertrags von familiären Generationenbeziehungen)

### 2.2 Solidarität und Autonomie in Generationenbeziehungen

In Generationenbeziehungen wird man ungefragt und alternativlos hineingeboren. Generationenbeziehungen unterscheiden sich von anderen Beziehungen durch den Typ der sozialen Regelung, der mit dem Begriff der Solidarität umschrieben wird. Die Solidarität regelt die Art und Weise der emotionalen, materiellen und symbolischen Zusammengehörigkeit auf der familiären und gesellschaftlichen Ebene. Mit der Solidarität sind die Probleme des sozialen Ausgleichs und der gesellschaftlichen Gerechtigkeit eng verknüpft. Solidarität äußert sich als einseitiger Bestand, bei dem die Erwartung der Gegenseitigkeit aber immer mit Bedacht wird. Zu den Motiven für intergenerationale Unterstützung zählen u.a. Zuneigung, Pflichtgefühl und die Erwartung von Gegenleistung. Die Verschmelzung dieser Faktoren führt für gewöhnlich zu einem übergreifenden Gefühl von ausgleichender Gerechtigkeit in emotionaler und sozialer Hinsicht. Unabhängig davon, ob die Familie zusammenwohnt oder nicht, wird den älteren von den jüngeren Familienmitgliedern auf vielfältige Weise geholfen wie umgekehrt. Da Solidarität auf der freien Entscheidung des Einzelnen beruht und insofern eine moderne Art der sozialen Beziehung darstellt, erfährt sie ihre Verbindlichkeit erst auf der Grundlage spezifischer Werte und Normen, die wiederum das Handeln leiten.

Verbundenheit mit anderen Menschen kommt aufgrund ungleicher Teilhabe von als gleich empfundenen Interessen und Ansprüchen zum Ausdruck. Die soziale (bzw. wohlfahrtsstaatliche) Ungleichheit ist demnach konstituierendes Element für die Solidarität und setzt insofern eine soziale Differenzierung in der Gesellschaft voraus. Solidarität findet nicht nur auf individueller Ebene statt. Mit der sozialen Differenzierung, die mit zunehmender Arbeitsteiligkeit einhergeht, wird Solidarität auch zum gesamtgesellschaftlichen Anliegen.

Auf damit verbundene Probleme der sozialen Integration reagiert auf der Makroebene der „Generationenvertrag“ mit institutionellen Regelungen der Solidarität. Dagegen sind persönliche und familiäre Hilfeleistungen Ausdruck direkter intergenerationeller Solidarität auf der Mikroebene. Die Trennung von privaten Hilfeleistungen und staatlicher Altersversorgung entlastet das Individuum, indem durch das Pensionssystem eine finanzielle Grundversorgung und ein sozialer Ausgleich für die ältere Bevölkerung gewährleistet werden. Erst die Entlastung des Einzelnen vom Zwang, unmittelbar für andere finanziell sorgen zu müssen, ermöglicht es, dass die funktionale und affektive Unterstützung durch familiäre Netzwerke gestärkt werden kann.

Mit der sozialen Differenzierung korrespondieren auch Prozesse der Individualisierung. Diese ist die Folge einer Zunahme von Handlungsmöglichkeiten aufgrund der Lockerung bzw. Auflösung traditioneller Bindungen. Auf individueller Ebene werden Werte der Selbständigkeit und Unabhängigkeit, die mit dem Streben nach Eigenverantwortlichkeit einhergehen, betont. Derartige Werte sind jedoch nicht zwangsläufig mit Bindungslosigkeit und Vereinzelung gleichzusetzen. Vielmehr ermöglichen sie es, Beziehungen frei zu wählen und selber zu gestalten. Individuelle Autonomie ist daher nicht nur im Sinne von Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung zu verstehen, sondern auch als persönliche Eigenständigkeit und selbständige Lebensführung, die vom Wert „enger Sozialbeziehungen“ im Hinblick auf Freundschaft, Partnerschaft und Familienleben geprägt ist. Untersuchungen zur sozialen Integration und zum Wohlbefinden der älteren Bevölkerung zeigen, dass Autonomie im Alter eine zentrale Bedingung ist, um „erfolgreich“ zu altern. Insofern steht die Individualisierung auch nicht im Widerspruch zur Solidarität, sondern bildet geradezu deren Voraussetzung.

Aufgrund der dargestellten Handlungszusammenhänge ist zu vermuten, dass sowohl die Norm der Solidarität gegenüber der älteren Bevölkerung als auch diejenige nach Unabhängigkeit im Alter in der Gesellschaft weit verbreitet sind. Beide Normen widersprechen sich nicht, sondern ergänzen sich. Man lebt im Alter so lange unabhängig, wie es die gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Ressourcen erlauben. Erst dann erwartet man vom familiären Netz Hilfeleistungen. Von beiden Seiten wird die Solidarität auf gesellschaftlicher Ebene in Form einer kollektiven Alterssicherung stets mitgedacht, denn sie ist sowohl Voraussetzung der eigenen Selbständigkeit als auch der individuellen Entlastung. Solidarische Einstellungen bilden damit die Grundlage der familiären Unterstützung und der geltenden Verbindlichkeit des Generationenvertrags. Insofern ist in einer modernen Gesellschaft Solidarität auf zwei Ebenen zu untersuchen: Denn Solidarität wird einerseits in Form einer kollektiv geregelten Alterssicherung auf institutioneller Ebene, andererseits in Form von persönlichen Unterstützungsleistungen auf individueller Ebene geleistet. Gesellschaftliche Solidarität ermöglicht Autonomie im Alter, wodurch der Einzelne wiederum in die Lage versetzt wird, auf familialer Ebene solidarisch zu handeln. Solidarität und Unabhängigkeit schließen sich daher nicht aus, sondern bedingen einander wechselseitig.

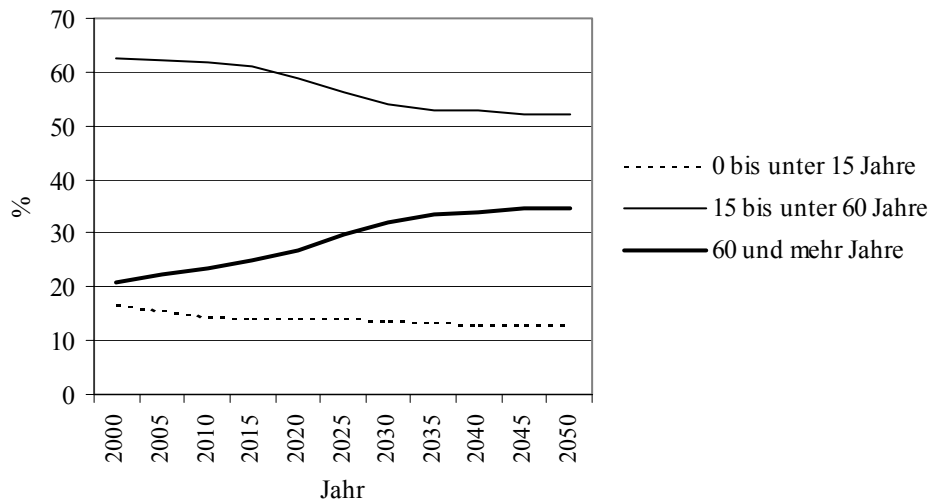
### **3. Ergebnisse**

Das Thema der Befragung sind Einstellungen zum Alter und zur Alterspolitik. Ausgegangen wird von der Annahme, dass der soziodemographische Wandel tiefgreifende und vielfältige Auswirkungen für Staat, Gesellschaft und Individuum hat, die wesentlich die familialen und gesellschaftlichen Generationenbeziehungen betreffen. Um zu überprüfen, inwieweit die Generationenbeziehungen einem Wandel unterliegen, wurden Einstellungen zu folgenden Themen erhoben:

- Beurteilungen demographischer Trends
- Einschätzungen der persönlichen Lebenserwartung
- Einstellungen zur Alterspolitik
- Einstellungen zum gesellschaftlichen Status Älterer
- Einstellungen zur Solidarität zwischen den Generationen
- Einstellungen zur Unterstützung Älterer
- Wunschvorstellungen bei Hilfebedürftigkeit im Alter.

#### **3.1 Beurteilung der Bevölkerungsalterung**

Laut Bevölkerungsvorausrechnungen wächst in Österreich die Gesamtzahl der Bevölkerung noch rund 25 Jahre, weil die negativen Geburtenbilanzen durch Zuwanderung vorerst kompensiert werden. Dagegen verändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung bereits in naher Zukunft deutlich. Zahl und Anteil der unter 15-jährigen Kinder sinken. Gleichzeitig wird das Erwerbspersonenpotenzial, also die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 60 Jahren, kontinuierlich abnehmen. Dagegen sind kräftige Zuwächse bei der über 60-jährigen Bevölkerung unmittelbar zu erwarten, weil stärker besetzte Geburtsjahrgänge als bisher in das Pensionsalter vorrücken. Der Zeitraum, der bisher als „demographische Atempause“ im Hinblick auf den bevorstehenden Alterungsprozess der Bevölkerung zur Verfügung stand, ist in Österreich bereits abgelaufen. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung nach breiten Altersgruppen.

**Abbildung 1: Entwicklung der Bevölkerung nach breiten Altersgruppen in Österreich****2000-2050**

Anmerkung: Mittlere Variante. Berechnungen der Statistik Austria.

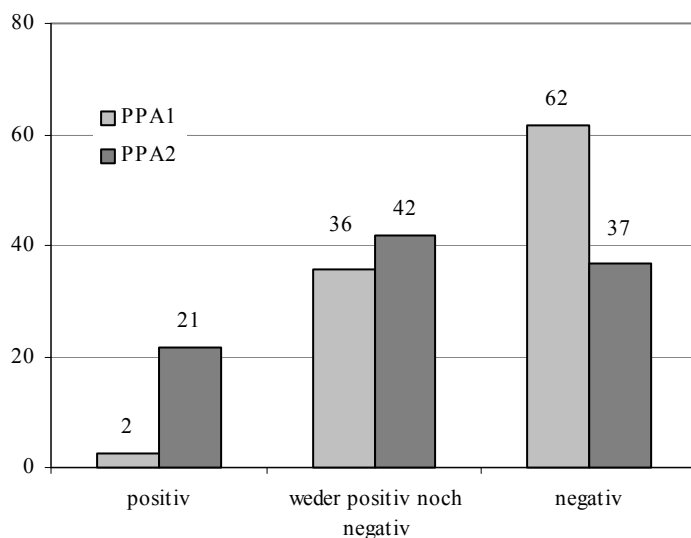
Quelle: Hanika (2001:630).

Vor diesem Hintergrund wurden die Befragten um ihre Meinung gebeten, wie sie die zukünftige Zunahme Älterer an der Gesamtbevölkerung beurteilen. Betrachtet man zuerst die Befragungsergebnisse von 2001, dann zeigt sich folgendes Bild (siehe Abbildung 2): Rund ein Fünftel der Befragten (21%) steht der Alterung der Gesellschaft positiv gegenüber, und rund die Hälfte (42%) nimmt zu dieser Entwicklung eine neutrale Position ein. Der hohe Prozentsatz an „Unentschlossenen“ zeigt, dass sich immer noch viele Befragte über Herausforderungen und Chancen der Bevölkerungsalterung nicht im Klaren sind. Über ein Drittel (35%) beurteilt den Alterungsprozess allerdings negativ. Dies lässt darauf schließen, dass die künftige Zunahme Älterer an der Gesamtbevölkerung bei zahlreichen Befragten vielfältige Befürchtungen auslöst. Eine Unterscheidung der Befragten nach sozialen Merkmalen zeigt folgendes Bild: Signifikante Unterschiede nach Alter und Geschlecht liegen kaum vor. Jüngere Befragte und Männer beurteilen die Bevölkerungsalterung geringfügig negativer als ältere Befragte und Frauen. Etwas größere Unterschiede liegen nach Bildungsstand und Einkommen vor, wobei vor allem Befragte mit hohem Bildungsniveau und hohem Einkommen die Bevölkerungsalterung negativ bewerten. Damit zeigen sich in etwa die gleichen Unterschiede wie in der ersten Befragung. Dies gilt auch für die Rolle der Religion. Befragte, in deren Leben die Religion eine sehr wichtige Rolle einnimmt, beurteilen die Bevölkerungsalterung erneut deutlich negativer als Personen, für welche die Religion überhaupt keine Rolle spielt.

Gegenüber der Erhebung von 1992 zeigt sich aber, dass der Anteil der Befragten, welche die Bevölkerungsalterung negativ beurteilen, deutlich zurückgegangen ist (siehe Abbildung 2). Gleichzeitig hat sich der Anteil der Befragten, die das Altern der Bevölkerung positiv

beurteilen, verzehnfacht. Gründe für die Bevölkerungsalterung wurden in der Befragung allerdings nicht erhoben. Es kann daher nur vermutet werden, dass die Rede von der „Überalterung der Gesellschaft“ heute differenzierter beurteilt wird als noch vor zehn Jahren. Der Alterung der Gesellschaft können offensichtlich zunehmend mehr positive Aspekte abgewonnen werden. Oder nüchterner interpretiert: Das Heraufziehen einer irreversiblen Entwicklung wird antizipiert.

Abbildung 2: Beurteilung der Bevölkerungsalterung – Vergleich PPA 1/PPA 2



Anmerkung: Die Frage lautete: „Der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird in Zukunft stark zunehmen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?“

Quellen: PPA 2, Frage G 1; PPA 1, Frage 57.

### 3.2 Einschätzung der persönlichen Lebenserwartung

Die Menschen in Österreich leben heute schon in einer Gesellschaft, in der Langlebigkeit und Hochaltrigkeit vor allem für Frauen nicht nur zum allgemeinen Erscheinungsbild, sondern auch zu einem festen und damit planbaren Bestandteil der eigenen Biographie wurden. Gegenwärtig beträgt die Lebenserwartung ab Geburt für Männer über 75 Jahre und für Frauen 81 Jahre. Die fernere Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren beträgt für Männer rund 20 Jahre und für Frauen 24 Jahre.

Vor diesem Hintergrund wurden die Probanden danach gefragt, wie alt zu werden sie glauben und wie alt sie gerne werden würden. Mit der ersten Frage erhält man Aufschluss darüber, inwieweit der Gewinn an Lebensjahren und das Erreichen eines höheren und hohen Alters von immer mehr Menschen seitens der Bevölkerung reflektiert werden. Mit der zweiten Frage lassen sich anhand der Altersangaben indirekt Hinweise darauf gewinnen, inwieweit „alt werden“ als „Segen“ oder „Fluch“ angesehen wird, inwieweit also eine zukünftige Lebenszufriedenheit erwartet wird, die ein „alt werden“ erstrebenswert erscheinen lässt.

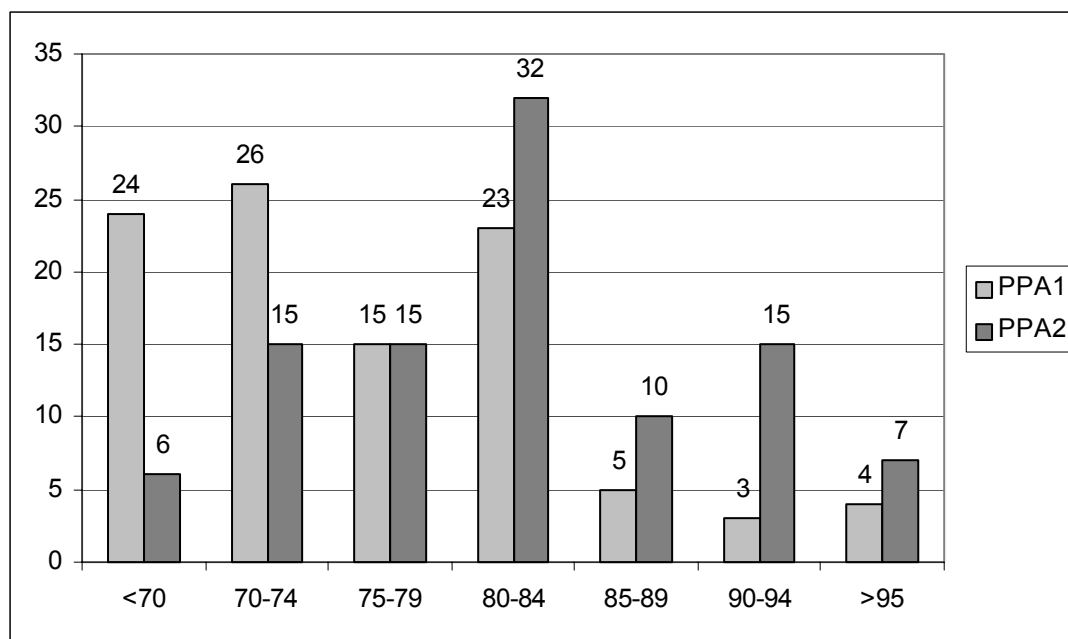
Das Spektrum an Erwartungen lässt eine relativ realistische Einschätzung der gegenwärtigen Situation von Sterblichkeit und Lebenserwartung erkennen (siehe Abbildung 3): Rund 6% der Befragten erwarten, etwa 70 Jahre, und jeweils 15% etwa 75 bzw. 80 Jahre alt zu werden. Über ein Drittel (34%) aller Befragten glauben, zumindest ein Alter von 80 Jahren zu erreichen, was in etwa dem Durchschnittswert von 80,2 Jahren entspricht. Rund 10% meinen, gut 85 Jahre, und 15% vermuten, zumindest 90 Jahre alt zu werden. Immerhin rund 7% aller Probanden glauben, ein Alter von über 95 Jahren zu erreichen. Damit erwartet jeweils etwa ein Drittel der Befragten, bis zu 80 Jahre, gut 80 Jahre und über 85 Jahre alt zu werden.

Hinsichtlich der Frage nach dem Wunsch, ein bestimmtes Alter zu erreichen, liegen folgende Ergebnisse vor (siehe Abbildung 4): Jeweils rund 8% wünschen sich, nur etwa 75 bzw. 80 Jahre alt zu werden. Über ein Drittel (34%) möchte zumindest 80 Jahre und ein Zehntel (10%) zumindest 85 Jahre alt werden – was knapp unter dem Durchschnittswert von 86,7 Jahren liegt. Rund 18% der Befragten haben den Wunsch, ein Lebensalter von gut 90 Jahren zu erreichen. Nahezu 20% möchten sogar über 95 Jahre alt werden. Zusammenfassend zeigt sich folgendes Bild: Etwa jede siebente Person wünscht sich, bis zu 80 Jahre alt zu werden, jede dritte Person möchte zumindest 80 Jahre alt werden, und rund jede zweite Person würde gerne 85 Jahre und älter werden. Mehrheitlich gewünscht wird somit das Erreichen eines Lebensalters, das zumal für Frauen heute schon vielfach Realität ist.

Unterscheidet man die Befragten nach Alter und Geschlecht, dann zeigen sich nur geringfügige Unterschiede: Tendenziell erwarten jüngere Menschen bzw. Männer, älter zu werden, als ältere Menschen bzw. Frauen. Gleiches gilt auch für den Wunsch, ein bestimmtes Alter zu erreichen. Diese Differenzen lagen auch in der ersten Befragung vor. Vor allem aber zeigt der Vergleich, dass die Einschätzung der persönlichen Lebenserwartung vor zehn Jahren deutlich niedriger lag. Dies gilt sowohl für die Erwartung als auch für den Wunsch, ein bestimmtes Alter zu erreichen. Letztlich spiegelt sich die veränderte Einschätzung im Durchschnittsalter wider, das von knapp 75 auf 80,2 Jahre (Erwartung) bzw. von 81,7 auf 86,7 Jahre (Wunsch) gestiegen ist. Zu vermuten ist daher, dass die Befragten zum einen die Möglichkeit, ein hohes Alter erreichen zu können, reflektieren. Zum anderen erscheint es den Befragten mehrheitlich als erstrebenswert, alt zu werden. Indirekt spiegeln die Ergebnisse auch ein positives Selbstbild der Befragten wider. Denn ein positives Selbstbild korreliert mit dem Wunsch, ein möglichst hohes Alter zu erreichen.

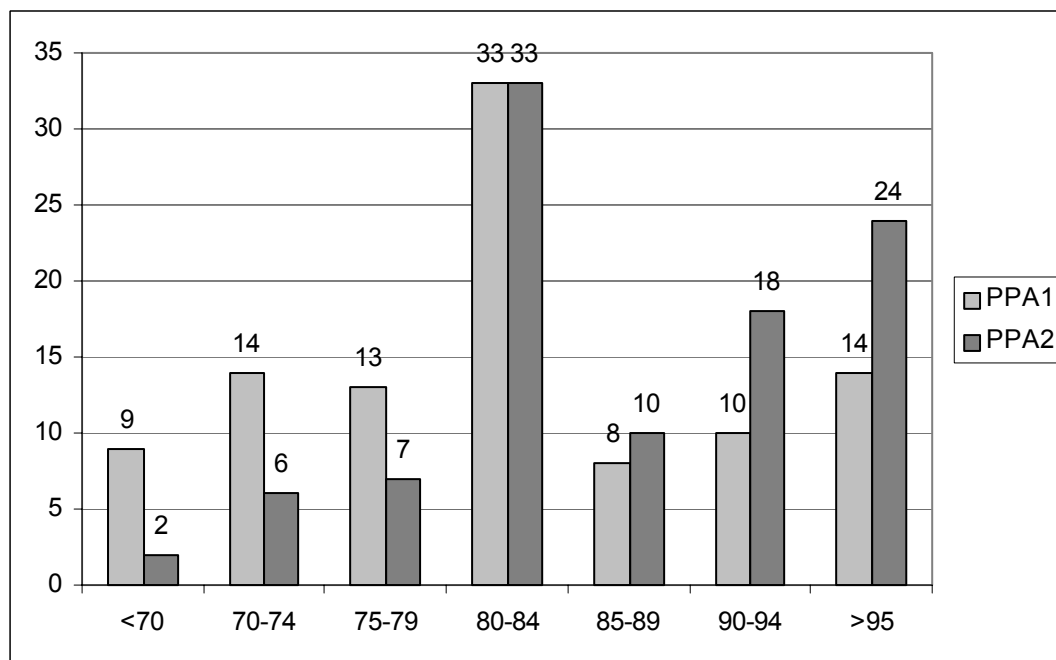


Abbildung 3: Erwartung, ein bestimmtes Alter zu erreichen – Vergleich PPA 1/PPA 2



Quelle: PPA 2, Frage G12; PPA 1, Frage 63.

Abbildung 4: Wunsch, ein bestimmtes Alter zu erreichen – Vergleich PPA 1/PPA 2



Quelle: PPA 2, Frage G 13; PPA 1, Frage 64.

### **3.3 Einstellungen zur Alterspolitik**

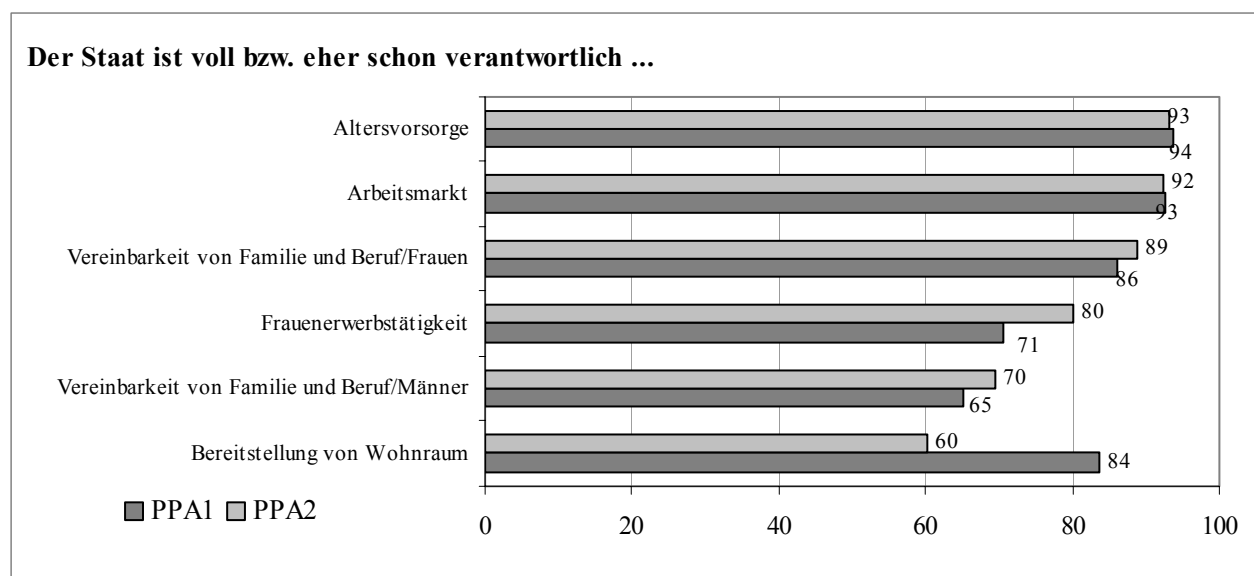
In diesem Abschnitt werden zuerst Einstellungen zur staatlichen Altersvorsorge (3.3.1) und zur Regulierung des Pensionssystems (3.3.2) wiedergegeben. Anschließend werden Einstellungen zum Übergang in den Ruhestand (3.3.3) und Präferenzen zum Alter bei Pensionsantritt (3.3.4) dargestellt.

#### **3.3.1 Einstellungen zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates**

Da der österreichische Sozialstaat auch im internationalen Vergleich einen weit reichenden und insgesamt großzügigen sozialen Schutz bietet, erfahren wohlfahrtsstaatliche Leistungen in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Trotz Liberalisierungsbestrebungen und gestiegener Beitragslasten aufgrund ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturbrüche im Zuge des industriellen und soziodemographischen Wandels kann bisher von einer zunehmenden oder gar grundlegenden Ablehnung des wohlfahrtsstaatlichen Systems in Österreich nicht gesprochen werden. Hierauf weisen auch die erhobenen Einstellungen zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates hin. Zugleich wird deutlich, welche Relevanz der Alterspolitik im Vergleich zu anderen Politikbereichen im Urteil der Bevölkerung zugeschrieben wird. Hierbei ist zu bedenken, dass die materielle Absicherung im Alter in Österreich in einem sehr hohen Maß auf Leistungen aus den öffentlichen Alterssicherungssystemen abstellt.

Grundsätzlich wird die sozialpolitische Verantwortung des Staates in Österreich sehr hoch eingeschätzt (siehe Abbildung 5). Die bei weitem größte Verantwortlichkeit wird dem Staat im Bereich der „Alterssicherung“ (93%) und im Bereich der „Arbeitsmarktpolitik“ (92%) zugeschrieben. Diese Ansicht wird von allen Personengruppen, also unabhängig von spezifischen Merkmalen der Befragten wie Alter, Geschlecht oder Klasse, etwa gleich stark vertreten. Der Vergleich mit den Daten des PPA 1 zeigt zudem, dass die Verantwortlichkeit des Staates im Bereich der Alterssicherung unverändert hoch bewertet wird: 94% zu 93%. Auffällig ist weiterhin, dass die Themen „Frauenerwerbstätigkeit“ und „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ höher bewertet werden als in der ersten Befragung. Ganz offensichtlich wird vom Staat verstärkt erwartet, dass er die Vereinbarkeitsproblematik entschärft und die Stellung von Frauen im Berufsleben verbessert – Erwartungen, die auch unter demographischen Aspekten von Relevanz sind. Einen Sonderfall stellt die Beurteilung der staatlichen Verantwortung im Bereich „Bereitstellung von Wohnraum“ dar. Die hohe Zustimmung im Jahr 1992 beruhte sehr wahrscheinlich auch auf dem starken Zuzug von Ausländern als Folge der Grenzöffnungen und des Jugoslawienkonflikts zu Beginn der 1990er Jahre. Dadurch kam es kurzfristig zu einem Engpass an preisgünstigen Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt.

Abbildung 5: Einstellungen zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates – Vergleich PPA 1/PPA 2



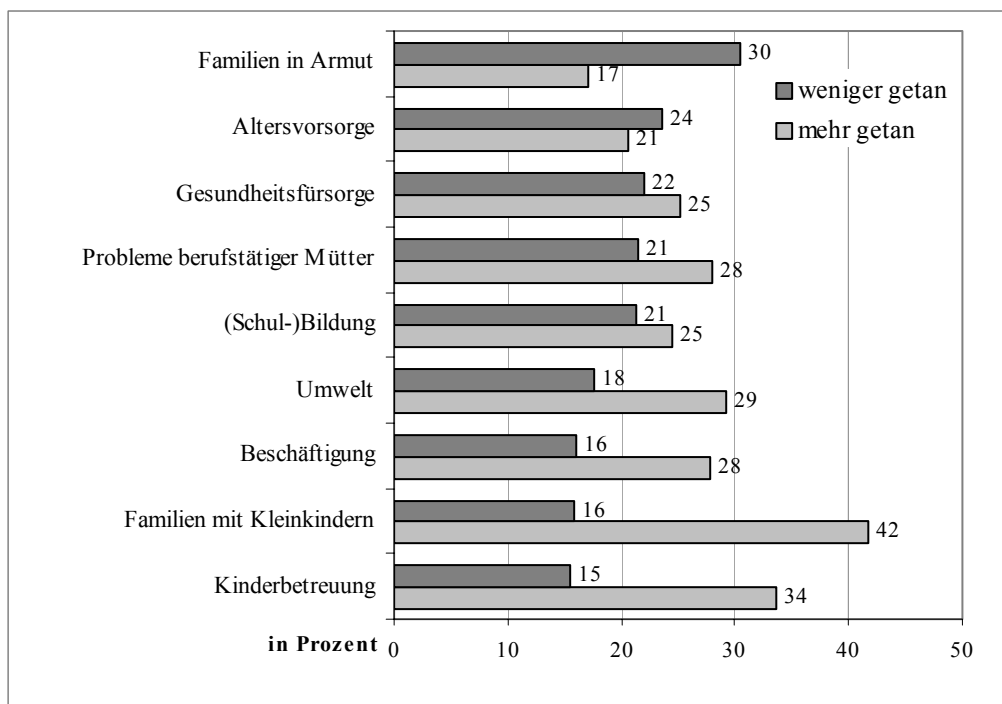
Anmerkung: Zusammenfassung der Kategorien „voll verantwortlich“ und „eher schon verantwortlich“ in Prozent.

Quellen: PPA 2, Frage B 1; PPA 1, Frage 4.

Ein Vergleich der Beurteilungen staatlicher Aktivitäten der letzten Jahre in verschiedenen Politikfeldern kommt zu folgenden Ergebnissen (siehe Abbildung 6): Nach Ansicht der Befragten ist mit Ausnahme des sozialpolitischen Problems „Familien in Armut“ keinem anderen Politikfeld in der Vergangenheit weniger Aufmerksamkeit zuteil geworden als dem Bereich der Altersvorsorge (30% bzw. 24%). Umgekehrt wurde nach Meinung der Befragten – wiederum mit Ausnahme von „Familien in Armut“ – in allen anderen Politikfeldern mehr getan als im Bereich der Alterssicherung (17% bzw. 21%).

Unter den Befragten, die der Meinung sind, der Staat habe in den letzten Jahren im Bereich der Altersvorsorge vergleichsweise weniger getan, heben sich verschiedene Personengruppen deutlich vom Durchschnittswert (24%) ab. Hierzu zählen u.a. Alleinerziehende und Arbeitslose sowie generell Befragte aus strukturschwachen Regionen. Ganz offensichtlich spielt in all diesen Fällen das staatliche Transfereinkommen für den Lebensunterhalt eine besonders wichtige Rolle. Überraschend ist allerdings, dass die Beurteilung nach Hauptaltersgruppen kaum differiert: Die über 50-Jährigen haben nur geringfügig häufiger eine kritische Meinung als die 20- bis 34- und die 35- bis 49-Jährigen (26% versus 22% bzw. 23%). Dies gilt auch dann, wenn man andere Variablen kontrolliert. Etwas größere Unterschiede zeigen sich dagegen innerhalb der einzelnen Altersgruppen. Dies würde für die These sprechen, dass im System der Alterssicherung „soziale Gerechtigkeit“ nicht nur ein Problem zwischen Jung und Alt sondern auch zwischen „Systemgewinnern“ und „Systemverlierern“ innerhalb der Generationen ist.

Abbildung 6: Beurteilung staatlicher Aktivitäten der letzten Jahre in verschiedenen Politikfeldern – Ergebnisse des PPA 2



Anmerkungen: Die Frage lautete: „Hat der Staat Ihrer Meinung nach folgenden politischen Fragen in den letzten Jahren weniger, mehr oder gleich viel Aufmerksamkeit gewidmet als zuvor?“ Der Rest auf jeweils 100% entfällt auf die beiden Kategorien „gleich viel“ und „weiß nicht“.

Quelle: PPA 2, Frage B 2.

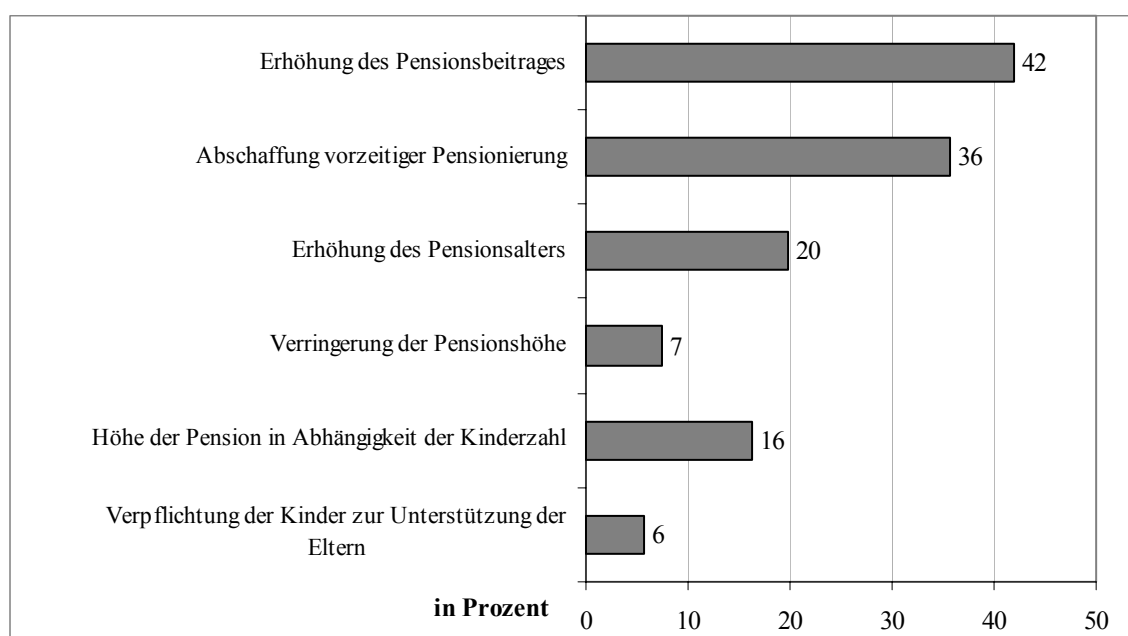
Zusammenfassend zeigt sich, dass die sozialpolitische Verantwortung des Staates von den Befragten nach wie vor sehr hoch eingeschätzt wird. Eine abnehmende Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates lässt sich daher nicht feststellen. Weiterhin zeigt sich, dass dem Staat im Vergleich mit anderen Politikfeldern im Bereich der Alterssicherung eine besonders starke Verantwortung zugeschrieben wird. Im Urteil der Befragten ist aber gerade der Altersvorsorge in der Vergangenheit weniger Aufmerksamkeit zuteil geworden als anderen Politikbereichen. Aufgrund der zentralen Bedeutung, welche die Alterssicherung für die Bevölkerung hat, werden die staatlichen Bemühungen zur Altersvorsorge offensichtlich sehr kritisch beurteilt. Gründe für die kritische Beurteilung der Altersvorsorge wurden in der Befragung nicht erhoben. Wie der nachfolgende Abschnitt zeigt, erlauben die Daten aber Rückschlüsse darauf, welche Reformoptionen in der Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen.

### 3.3.2 Einstellungen zur künftigen Ausgestaltung des Pensionssystems

Die Entwicklung von Wachstum und Struktur der Bevölkerung einerseits und der Verlauf von Arbeitsmarkt und Beschäftigung andererseits zeigen, dass unter den gegebenen und zukünftigen Bedingungen das bisherige Pensionssystem nicht unverändert beibehalten werden kann. Dagegen sprechen verschiedene Indikatoren wie etwa die Entwicklung der Alters- und Pensionsquote. Politikoptionen zur Reform der Pensionsversicherung werden daher auf die Stabilisierung der Einnahmebasis und auf den demographischen Wandel reagieren müssen.

Könnte es nach Meinung der Befragten gehen, dann würde das gegenwärtige Pensionssystem allerdings weitgehend unverändert beibehalten werden. Dies legen die in Abbildung 7 enthaltenen Werte nahe. Eine eindeutige Präferenz für eine der angegebenen Möglichkeiten, die mehrheitlich von der Bevölkerung gewünscht wird, liegt jedenfalls nicht vor. Am ehesten würden die Befragten noch einer Erhöhung des Pensionsbeitrages und der Abschaffung vorzeitiger Pensionierungsmöglichkeiten zustimmen (43% bzw. 36%). Dagegen wird eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters nur von einem Fünftel (20%) der Befragten präferiert. Eine Verringerung der Pensionshöhe wird sogar nur von einer sehr kleinen Minderheit (7%) unter den Befragten als akzeptable Möglichkeit zur Reform des Pensionssystems angesehen.

Abbildung 7: Präferenzen gegenüber Maßnahmen zur Pensionsreform – Ergebnisse des PPA2



Anmerkungen: Die Frage lautete: „Das heutige Pensionssystem muss verändert werden. Wenn Sie die Wahl hätten, für welche der Möglichkeiten würden Sie sich entscheiden?“ Der Rest auf jeweils 100% entfällt auf die Kategorie „nein“.

Quelle: PPA 2, Frage G 6.

Auf die beiden anderen Maßnahmen wird hier nicht eingegangen, da es sich um keine systemimmanente Maßnahmen handelt, die mit dem Pensionsrecht vereinbar sind. Zum einen sind Leistungen für Familien durch das Steuersystem zu finanzieren, zum anderen sprechen verfassungsrechtliche Gründe gegen eine Verpflichtung der Kinder, ihre Eltern im Alter finanziell zu unterstützen.

Eine Unterscheidung der Befragten nach sozialen Merkmalen zeigt folgendes Bild: Nach Alter und Geschlecht liegen kaum Unterschiede vor. Frauen stimmen einer Erhöhung des Pensionsalters etwas häufiger zu, während sich Männer etwas häufiger für eine Erhöhung des Pensionsbeitrages und eine Verringerung der Pensionshöhe aussprechen. Auch andere soziale Merkmale, wie z.B. Familienstand oder das Vorhandensein von Kindern, erweisen sich als nicht besonders trennscharf.

Größere Differenzen liegen aber nach den Merkmalen Bildungsstand, Einkommen und Parteipräferenz vor (Übersicht 2). Befragte mit höherem Bildungsniveau und höherem Einkommen stimmen einer Erhöhung des Pensionsbeitrages bzw. einer Erhöhung des Pensionsalters überdurchschnittlich häufig zu. Dagegen stimmen Befragte mit niedrigerem Bildungsniveau und geringerem Einkommen allen Optionen unterdurchschnittlich oft zu. Das Ausmaß der Zustimmung zu einer der Optionen ist somit wesentlich vom sozioökonomischen Status der Befragten abhängig. Und dies gilt im Wesentlichen für alle Altersgruppen und für beide Geschlechter.

Zum anderen variiert das Ausmaß der Zustimmung mit der Parteipräferenz – wenn auch nicht ganz so stark. Am ehesten sind noch Befragte mit ÖVP-Präferenz einer umfassenden Pensionsreform gegenüber aufgeschlossen, während Befragte mit FPÖ-Präferenz einer Pensionsreform insgesamt eher besonders ablehnend gegenüberstehen. Keine Option erhält jedoch parteiübergreifende Zustimmung. Dieser Befund unterstützt die in der politischen Diskussion vertretene Auffassung, wonach eine langfristig tragfähige Pensionsreform nur als gemeinsame Aufgabe aller Parteien zu realisieren ist.

## Übersicht 2: Ausmaß der Zustimmung zu Optionen der Pensionsreform nach sozialen Merkmalen der Befragten – Ergebnisse des PPA 2

Merkmal	Optionen			
	Erhöhung des Pensionsbeitrages	Abschaffung vorzeitiger Pensionierung	Erhöhung des Pensionsantrittsalters	Verringerung der Pensionshöhe
Bildungsstand niedriger	-	-	- /*	=
Bildungsstand höher	+	+	+ /*	=
Einkommen niedriger	-	- /*	- /*	-
Einkommen höher	+	=	+	+ /*
SPÖ-Präferenz	+	- /*	-	-
ÖVP-Präferenz	- /*	+ /*	+ /*	+ /*
FPÖ-Präferenz	- /*	-	-	+ /*
Grünen-Präferenz	+	=	+ /*	-

Anmerkungen: Ausmaß der Zustimmung: - unterdurchschnittlich; + überdurchschnittlich; = durchschnittlich. \* = Bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $p \leq 0,05$  ist das Ergebnis signifikant. Dies gilt auch dann, wenn Männer und Frauen sowie die drei Hauptaltersgruppen getrennt betrachtet werden.

Quelle: PPA 2, Frage G 6.

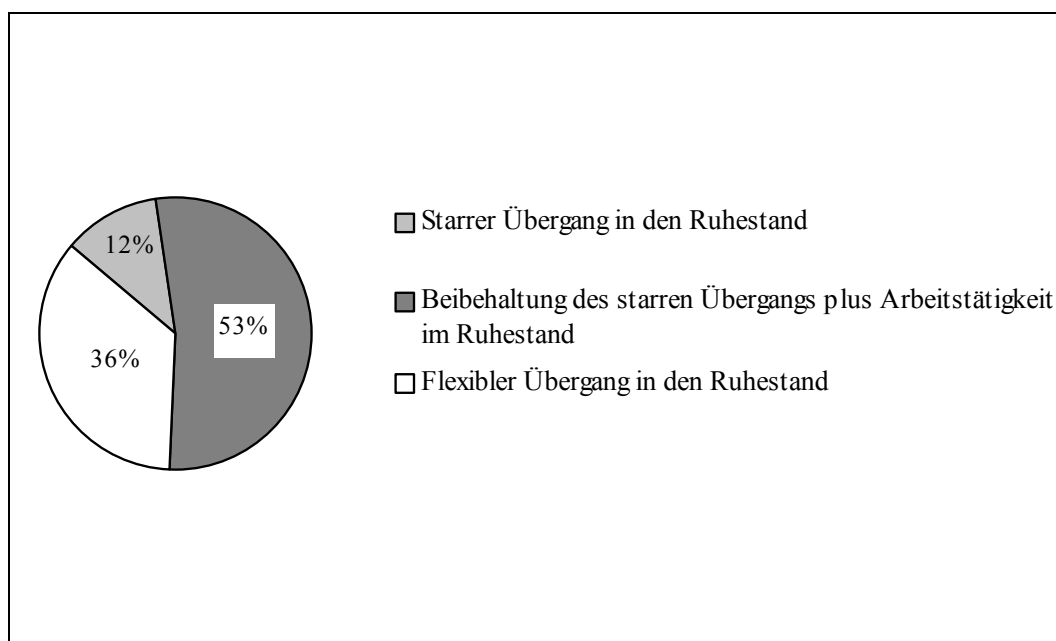
### 3.3.3 Einstellungen zum Übergang in den Ruhestand

Die Präferenzen zur künftigen Ausgestaltung des Pensionssystems lassen folgendes idealtypisches Muster erkennen: Ganz überwiegend werden eine niedrigere Pension und ein späterer Eintritt in den Ruhestand abgelehnt. Hierfür ist man jedoch bereit, auf eine vorzeitige Berufsaufgabe zu verzichten und eine Erhöhung des Pensionsbeitrages in Kauf zu nehmen, um dann eine Pension in gleicher Höhe wie bisher zu erhalten. Bei dieser Option wird ein starrer Übergang unterstellt, wie er heute noch die Regel ist. Denkbar ist aber auch ein flexibler Übergang in den Ruhestand in Form von gleitenden Modellen wie der Altersteilzeitarbeit.

Für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand sprechen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels pensionsrechtliche, arbeitsmarktpolitische und sozialgerontologische Gründe. Erstens zwingt die Situation der Pensionsversicherung zu einer künftig längeren Erwerbstätigkeit. Modelle des gleitenden Überganges tragen dazu bei, dass ältere Menschen länger im Beschäftigungssystem verbleiben, wodurch das Pensionssystem entlastet wird. Zweitens gehen Projektionen zum demographischen Wandel von einer Veränderung des Arbeitskräftepotenzials nach Umfang und Altersstruktur aus. Angenommen wird, dass die Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials und der Rückgang jüngerer Erwerbspersonen nicht allein durch eine steigende Frauenerwerbsquote und durch Zuwanderung kompensiert werden können. Indem flexible Übergänge in den Ruhestand auf die Integration Älterer in das Beschäftigungssystem abstellen, leiten sie eine zukünftig längere lebenszeitliche Erwerbstätigkeit ein. Drittens sprechen sozialgerontologische Gründe für das bereits in den 1970er Jahren propagierte Konzept des „gleitenden Ruhestands“, das ab einem bestimmten Alter eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit vorsieht, so dass ein langsamer Übergang in die nachberufliche Phase erfolgen kann.

Die Ergebnisse zum gewünschten Übergang in den Ruhestand zeigen (siehe Abbildung 8), dass sich nur etwa jeder achte Befragte (12%) eine Beibehaltung des starren Übergangs wünscht. Mehr als die Hälfte (53%) sprechen sich zwar auch für eine starre Regelung aus, jedoch mit der Option, im Ruhestand eine nachberufliche Tätigkeit ausüben zu können. Gut ein Drittel (36%) präferiert allerdings einen flexiblen Übergang in den Ruhestand. Dieser Befund signalisiert, dass Modelle des gleitenden Übergangs durchaus auf Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.

Abbildung 8: Präferenzen zum Übergang in den Ruhestand – Ergebnisse des PPA 2



Anmerkung: Die Frage lautete: „Was glauben Sie, wie sollte der Übergang von der Arbeit in die Pension sein?“  
Quelle: PPA 2, Frage G 11.

Unterscheidet man die Befragten nach sozialen Merkmalen, dann zeigt sich folgendes Bild (siehe Übersicht 3): Eine Beibehaltung des starren Übergangs präferieren vor allem Ältere (45 Jahre und älter). Dagegen wird ein flexibler Übergang in den Ruhestand häufiger von Jüngeren (bis 39 Jahre), Frauen und Befragten mit höherer Bildung und höherem Einkommen gewünscht. Insgesamt kann sich die große Mehrheit der Befragten vorstellen, das Erwerbsleben flexibel zu beenden. Für die Arbeitsmarktpolitik könnte dies bedeuten, dass auf eine vorzeitige Berufsaufgabe verzichtet bzw. ein späterer Eintritt in den Ruhestand akzeptiert wird, sofern die letzten Berufsjahre flexibel gestaltet und der Zeitpunkt der Berufsaufgabe weitgehend selbst bestimmt werden können. Bei entsprechender Einbindung in ein umfassendes Konzept von Qualifikations-, Arbeitsplatz- und Laufbahngestaltung könnte die Altersteilzeit daher zur wirksamen Option einer Integration älterer Arbeitnehmer in die Erwerbsarbeit werden. Darüber hinaus könnte der Befund ein wichtiger Hinweis für die



Politik des bürgerschaftlichen Engagements sein. Denn eine flexible Erwerbstätigkeit erleichtert es, sich bereits während der letzten Berufsphase gesellschaftlich zu engagieren. Aufgrund des soziodemographischen Wandels bei gleichzeitigem Umbau des Sozialstaats werden „produktive“ Tätigkeiten, soziale Aktivitäten und familiäre Unterstützungsleistungen gerade von Älteren zunehmend wichtiger.

Übersicht 3: Präferenzen zum Übergang in den Ruhestand nach sozialen Merkmalen der Befragten – Ergebnisse des PPA 2

<b>Merkmal</b>	Beibehaltung der starren Pensionsregelung	Beibehaltung der starren Pensionsregelung plus Arbeits-tätigkeit im Ruhestand	Flexibler Übergang in den Ruhestand
Alter 20 – 34	- /*	-	+ /*
Alter 35 – 49	+	-	+
Alter 50 – 64	+ /*	+	- /*
Männer	+/=	=	-/=
Frauen	-/=	=	+/=
Einkommen – niedriger	+	+	-
Einkommen – höher	- /*	- /*	+ /*
Bildungsstand – niedriger	+	+ /*	- /*
Bildungsstand – höher	- /*	- /*	+ /*

Anmerkungen: Die Frage lautete: „Was glauben Sie, wie sollte der Übergang von der Arbeit in die Pension sein?“ Ausmaß der Zustimmung: - unterdurchschnittlich; + überdurchschnittlich; = durchschnittlich. \* = Bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $p \leq 0,05$  ist das Ergebnis signifikant.

Quelle: PPA 2, Frage G 11.

### 3.3.4 Präferenzen zum Alter bei Pensionsantritt

Die präferierten Maßnahmen zur Pensionsreform und die Wünsche zum Übergang in den Ruhestand gewinnen an Aussagekraft, wenn sie mit den Angaben zum erwarteten und gewünschten Pensionsantrittsalter verknüpft werden. Im Jahr 2001 betrug in Österreich das durchschnittliche Pensionsantrittsalter für Männer und Frauen rund 58 Jahre (siehe Übersicht 4). Das gewünschte Pensionsantrittsalter der im Jahr 2001 befragten Nichtpensionisten liegt somit ein Jahr unter dem durchschnittlichen. Allerdings liegt das erwartete Pensionsantrittsalter der Befragten rund vier Jahre über dem faktischen. Zu vermuten ist daher, dass die Probanden die beabsichtigte „Anhebung des faktischen Pensionsalters“ in ihren Lebensentwürfen bereits reflektieren. Zudem zeigt sich ein interessanter Zusammenhang: Befragte, die relativ alt werden möchten, stimmen einer Erhöhung des Pensionsantrittsalters stärker zu – und sie wünschen sich auch häufiger ein höheres Pensionsantrittsalter. Besonders deutlich zeigt sich ein Zusammenhang zwischen „erwartetes Alter“ und „erwartetes Pensionsantrittsalter“ für Personen mit höherem Bildungsniveau und höherem Einkommen.

Vergleicht man die Ergebnisse der beiden Erhebungen miteinander, dann zeigt sich folgendes Bild: Die Befragten der PPA 2-Erhebung erwarten und wünschen sich im Durchschnitt ein höheres Pensionsantrittsalter als die Befragten der PPA 1-Erhebung. Dies gilt für beide

Geschlechter. Auffällig ist, dass sich die Altersangaben parallel zum Anstieg der Lebenserwartung erhöht haben (siehe Übersicht 4). Die Ergebnisse könnten somit darauf hindeuten, dass die Befragten den Prozess der demographischen Alterung zunehmend antizipieren: Länger zu leben, bedeutet auch, länger zu arbeiten. Ein späterer Eintritt in den Ruhestand wird daher in der Lebensplanung offensichtlich verstärkt berücksichtigt. Zumindest in kognitiver Hinsicht könnte sich damit ein Übergang des Lebenslaufs vom Modell „Komprimierte Ausbildungs- und Erwerbsphasen“ mit einem frühen Ausstieg aus dem Erwerbsleben zum Modell „Verteilte Ausbildungs- und Erwerbsphasen“ mit einem späteren Ausstieg aus dem Erwerbsleben andeuten. Weitaus naheliegender dürfte jedoch sein, dass den Befragten die politischen Diskussionen um die anstehende Pensionsreform bewusst waren. Denn zum Befragungszeitpunkt im Jahr 2001 war der Öffentlichkeit bereits bekannt, dass Änderungen im Pensionsrecht vorbereitet werden und diese u.a. auch die Anhebung des faktischen Pensionsalters betreffen.

#### Übersicht 4: Durchschnittliches Pensionsantrittsalter – Vergleich PPA 1/PPA 2

Durchschnittliches Pensionsantrittsalter	Insgesamt	Männer	Frauen
Erwartetes Pensionsantrittsalter von Nichtpensionisten PPA 2	61,8	63,0	60,1
Gewünschtes Pensionsantrittsalter von Nichtpensionisten PPA 2	57,0	58,1	55,4
Faktisches Pensionsantrittsalter 2001	58,0	58,7	57,3
Lebenserwartung ab Geburt 2001	-	75,9	81,7
Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren 2001	-	20,4	24,2
Erwartetes Pensionsantrittsalter von Nichtpensionisten PPA 1	60,7	62,3	58,0
Gewünschtes Pensionsantrittsalter von Nichtpensionisten PPA 1	56,1	57,3	54,7
Faktisches Pensionsantrittsalter 1992	57,8	58,3	57,3
Lebenserwartung ab Geburt 1992	-	72,4	79,1
Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren 1992	-	18,0	22,2

Anmerkung: Die Fragen lauteten: „Was glauben Sie? In welchem Alter werden Sie in Pension gehen?“ Und: „In welchem Alter würden Sie am liebsten in Pension gehen?“

Quellen: PPA 2, Frage G 7 und G 8 sowie Hauptverband 2002; PPA 1, Frage 58, 59 und 65; Kytir et al. 2002, S. 748.

Betrachtet man nur die Angaben der PPA 2-Befragten zum erwarteten Pensionsantrittsalter, dann zeigen sich zwischen den einzelnen Personengruppen einige Unterschiede, die allerdings auch institutionell bedingt sind (siehe Übersicht 5). In Österreich beträgt das gesetzliche Pensionsalter für Frauen 60 Jahre, für Männer aber 65 Jahre. Eine vollständige Angleichung ist erst für das Jahr 2033 vorgesehen. Dieser Unterschied dürfte wesentlich erklären, warum Frauen weitaus häufiger als Männer erwarten, bereits vor dem 60. Lebensjahr in Pension zu gehen. Größere Unterschiede zeigen sich aber auch nach dem Lebensalter: Ein Drittel der unter 35-Jährigen, aber nur ein Fünftel der über 50-Jährigen erwartet erst mit 65 Jahren und später in den Ruhestand einzutreten. Deutliche Differenzen liegen zudem nach dem Bildungsstand vor. Tendenziell gilt: Je höher das Bildungsniveau ist, desto häufiger vermuten

die Befragten, erst nach dem 60. bzw. 65. Lebensjahr in den Ruhestand zu treten. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass Bildungsstand und Lebensalter miteinander zusammenhängen.

Hinsichtlich des gewünschten Pensionsantrittsalters liegen nach Geschlecht und Alter wiederum in etwa die gleichen Unterschiede vor. Größere Differenzen zeigen sich erneut nach Bildungsstand, aber auch nach Erwerbstätigkeit und Einkommen. Vor allem Personen mit niedrigerem Bildungsniveau, niedrigerer beruflicher Stellung und geringerem Einkommen würden gerne bereits vor dem 60. Lebensjahr aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Ein möglichst frühzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben kann als Absage an ungünstige betriebliche Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen interpretiert werden. Die Befunde lenken somit auch den Blick auf verstärkte Bemühungen zur „Humanisierung am Ende des Erwerbslebens“ und zur Entwicklung von Alternativen zu Frühpensionierung und Langzeitarbeitslosigkeit. Die Anhebung des faktischen Pensionsalters muss daher von Maßnahmen begleitet werden, die ein längeres Verbleiben im Arbeitsprozess und den Übergang in den Ruhestand unter akzeptablen Bedingungen ermöglichen.

Übersicht 5: Präferenzen zum Alter bei Pensionsantritt nach sozialen Merkmalen der Befragten – Ergebnisse des PPA 2

Merkmal	Präferenz < 60	Präferenz > 60
Alter 20-34	=	=
Alter 35-49	=	=
Alter 50-64	- /*	+ /*
Männer	- /*	+ /*
Frauen	+ /*	- /*
Bildungsniveau niedriger	+ /*	- /*
Bildungsniveau höher	- /*	+ /*
Berufsstatus niedriger	+	-
Berufsstatus höher	-	+
Einkommen niedriger	+ /*	- /*
Einkommen höher	-	+

Anmerkungen: Die Fragen lauteten: „Was glauben Sie? In welchem Alter werden Sie in Pension gehen? Und: „In welchem Alter sind Sie in Pension gegangen?“ Ausmaß der Zustimmung: - unterdurchschnittlich; + überdurchschnittlich; = durchschnittlich. \* = Bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $p \leq 0,05$  ist das Ergebnis signifikant.

Quelle: PPA 2, Frage G 7 und G 8.

### 3.4 Einstellungen zum gesellschaftlichen Status Älterer

Das „Alter“ ist nicht nur eine natürliche, sondern auch eine soziale Kategorie. Festlegungen, wann das höhere Alter beginnt, wie seine Stellung im Lebenslauf einzuordnen ist und welche gesellschaftlichen Funktionen das Alter hat, sind sozial definiert. Wie die Geschichte des Alters zeigt, war in früheren Epochen das Ansehen Älterer im Allgemeinen nicht sehr hoch. Ein grundlegender Wandel der sozialen Stellung Älterer in der Gesellschaft vollzog sich erst mit dem Übergang „vom Greis zum Rentner“. Mit der Ausbreitung und Verallgemeinerung des Ruhestandes wurde aus dem Prozess des Alterns eine strukturell einheitliche und kollektiv

erfahrbare Lebensphase „Alter“ abgegrenzt, die für die Älteren mit einem neuen sozialen Status einherging. Seitdem haben ältere Menschen nicht nur formal einen höheren Status, sie verfügen ganz überwiegend auch über einen relativ hohen Grad an materieller Sicherheit. Die heutigen Pensionisten verfügen über mehr Ressourcen für eine eigenständige Lebensführung als jemals zuvor. Denn – zumindest bisher – wies jede nachfolgende Kohorte beim Übergang in den Ruhestand ein höheres Ausbildungsniveau, eine bessere Gesundheit und eine bessere materielle Absicherung auf. Da diese Ressourcen die Grundlage für vielfältige Formen der Partizipation und Aktivität im Alter bilden, konnte sich auch eine „Kultur des Alters“ entwickeln. Ein relativ hoher Lebensstandard und ein erfüllter Lebensabend haben den sozialen Status von Älteren in der Gesellschaft weiter verbessert. Gleichzeitig geht mit einer ökonomisch gesicherten Lage tendenziell eine gestärkte Position der Älteren innerhalb der Familie einher, wobei sich familiäre Position und gesellschaftlicher Status wechselseitig beeinflussen.

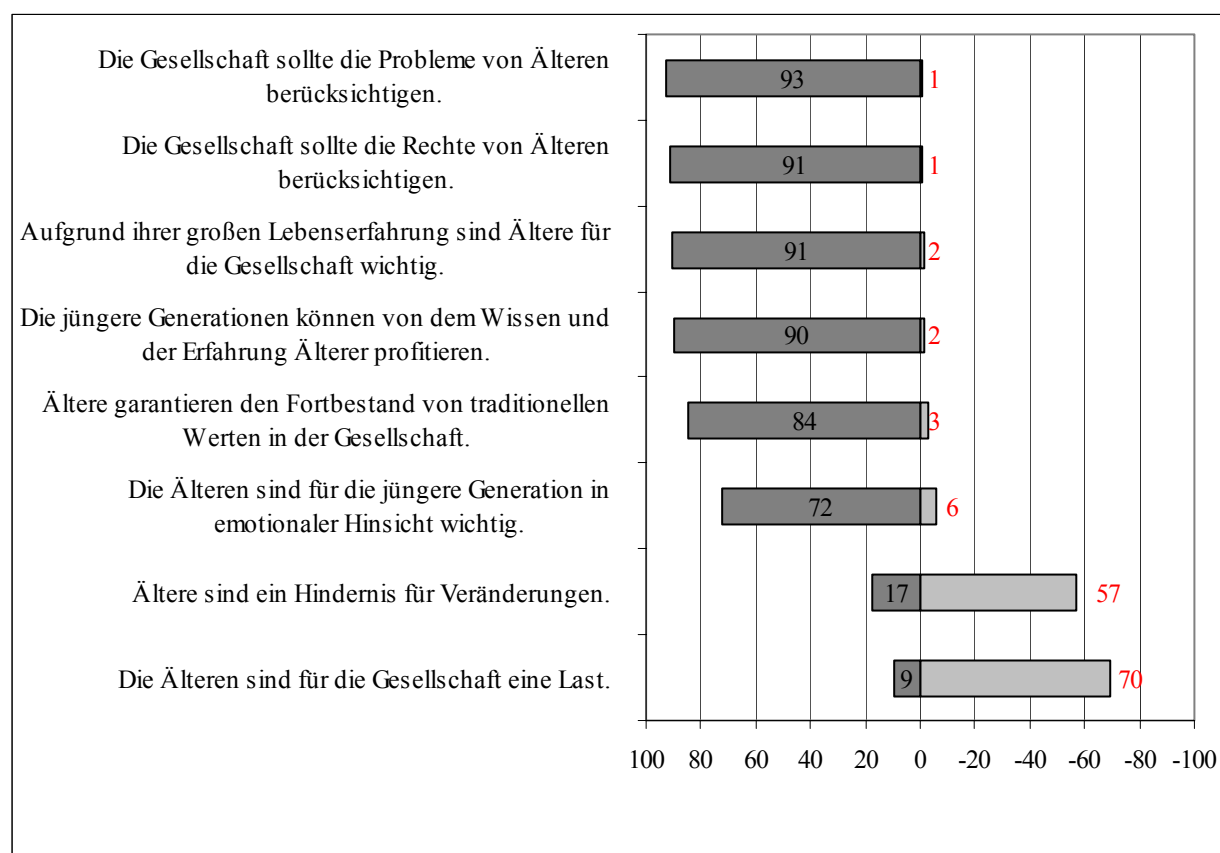
Die gegebene demographische Entwicklung und Arbeitsmarktsituation erfordern jedoch eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme. Aufgrund der sozioökonomischen Umbrüche in den vergangenen Jahren stehen ältere Menschen daher verstärkt im Spannungsfeld zwischen „Last“ und „Bereicherung“ für Staat, Gesellschaft und Gemeinschaft. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie das gegenwärtige Altersbild aussieht und welcher gesellschaftliche Status Älteren allgemein zuerkannt wird. Von Interesse ist hierbei aber nicht nur, wie die Älteren aufgrund ihrer Lebensbedingungen und Charakteristika von den Jüngeren wahrgenommen werden, sondern auch, wie die Älteren sich selbst bzw. ihre eigene Altersgruppe einschätzen.

Für die Befragten insgesamt zeigt sich, dass der soziale Status Älterer sehr hoch eingeschätzt wird (siehe Abbildung 9). Dies gilt für alle Teilgruppen, so dass nur wenige Unterschiede zwischen den Befragten nach sozialen Merkmalen vorliegen. Auffallend ist, dass die Berücksichtigung von Problemen und Rechten Älterer sogar noch etwas höher eingeschätzt wird als ihre spezifischen Funktionen bzw. Kompetenzen für die Gesellschaft und das soziale Umfeld. Die geringste Zustimmung erfährt die Aussage, „Ältere sind für die jüngere Generation in emotionaler Hinsicht wichtig“. Aber immerhin noch rund vier Fünftel glauben, dass Älteren auch auf dieser Interaktionsebene eine zentrale Funktion zukommt. Umgekehrt vertritt nur knapp ein Zehntel der Befragten die Meinung, Ältere seien für die Gesellschaft eine Last. Am ehesten noch sind die Probanden der Ansicht, Ältere seien ein Hindernis für Veränderungen (17%). Mehrheitlich ist die Bevölkerung aber nicht der Auffassung, mit der alternden Gesellschaft gehe zukünftig eine mangelnde Innovationsbereitschaft einher.

Unterscheidet man die Befragten nach Geschlecht, dann beurteilen Frauen die soziale Stellung Älterer durchwegs etwas positiver als Männer. Ursache hierfür dürfte sein, dass vor allem Frauen die Familienarbeit leisten und den Familienzusammenhang aufrechterhalten. Eine Differenzierung nach dem Alter zeigt zudem, dass die Antworten zu den einzelnen Aussagen mit der Lebensstellung der Befragten variieren. Die 50- bis 64-Jährigen beurteilen den sozialen Status von Älteren zumeist positiver als die beiden anderen Hauptaltersgruppen.

Die 35- bis 49-Jährigen schätzen die Rolle von Älteren als emotionale Stütze etwas höher ein als die älteren Befragten. Zudem empfinden sie die Älteren am seltensten als Last. Die durchwegs positivere Beurteilung der 35- bis 49-Jährigen gegenüber den 20- bis 34-Jährigen dürfte auf ihre Stellung im Generationengefüge und das Vorhandensein von Elternschaft zurückzuführen sein. Insgesamt werden Ältere aber kaum als Last, sondern vielmehr als Bereicherung in kognitiver und emotionaler Hinsicht wahrgenommen, deren Rechte zu berücksichtigen und Probleme ernst zu nehmen sind.

Abbildung 9: Meinungen zur Stellung Älterer in der Gesellschaft – Ergebnisse des PPA 2



Anmerkung: Der Rest auf jeweils 100% entfällt auf die Kategorie „weder noch“.

Quelle: PPA 2, Frage G2.

### 3.5 Einstellungen zur Solidarität zwischen den Generationen

Zwischen familialen Generationenbeziehungen und gesellschaftlichen Generationenverhältnissen besteht eine enge Beziehung. Intergenerationale Transfers lassen sich grundsätzlich nach den beiden Dimensionen „private“ und „öffentliche Leistungen“ unterscheiden. Diese vor allem analytische Trennung bedeutet jedoch nicht, dass private und öffentliche Transfers unabhängig voneinander sind. Vielmehr können die direkten Familienbeziehungen im Wohlfahrtsstaat durch unpersönliche Generationenverhältnisse

ersetzt, ergänzt oder erweitert bzw. stabilisiert werden. Wird die Ersetzung betont, geht man davon aus, dass Familie und Wohlfahrtsstaat in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und die familialen Leistungen zugunsten des Wohlfahrtsstaates an Bedeutung eingebüßt haben. Begründet wird die Schwächung familialer Bindungen u.a. durch Daten zur stark abgenommenen intergenerationellen Koresidenz, also zur Abnahme von Mehr-Generationen-Haushalten und zum steigenden Bedarf an professionellen Dienstleistungen für alte Menschen. Der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen habe demnach zu einer Abnahme familialer Bindungen und Verpflichtungen geführt, und die Bereitstellung von Unterstützungsleistungen durch formelle Sozialdienste gehe mit einem Rückzug der Angehörigen aus dem Hilfe- und Pflegebereich einher. Die Annahme einer Ergänzung geht dagegen von einem weitgehend unbeeinflussten Nebeneinander von familialen Generationenbeziehungen und wohlfahrtsstaatlichen Generationenverhältnissen aus. Schließlich kann man aber auch vermuten, dass sich persönliche und öffentliche Leistungen wechselseitig stabilisieren. Begründen lässt sich diese Annahme mit generell sehr engen Familienbeziehungen, die von einem hohen Grad an Intimität und häufigen Kontakten gekennzeichnet sind.

Das Verhältnis von privaten und öffentlichen Leistungen kann demnach unterschiedliche Folgen für die familialen Generationenbeziehungen und die gesellschaftlichen Wohlfahrtsverhältnisse haben. Die nachfolgende Übersicht fasst die möglichen Folgen idealtypisch zusammen. Der Sozialstaat könnte zum einen die familialen Generationenbeziehungen entweder stärken oder schwächen; zum anderen könnte das wohlfahrtsstaatliche System zu einer Akzeptanz oder Ablehnung der gesellschaftlichen Wohlfahrtsverhältnisse bzw. des „Generationenvertrages“ führen.

Übersicht 6: Folgen des Verhältnisses von privaten und öffentlichen Leistungen für die Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse

Verhältnis von privaten und öffentlichen Leistungen	Folgen für die familialen Generationenbeziehungen	Folgen für die gesellschaftlichen Generationenverhältnisse
Ersetzung Ergänzung Erweiterung	Schwächung Neutralität Stärkung/Stabilisierung	Ablehnung Neutralität Akzeptanz

Um Informationen darüber zu erhalten, welche Einstellungen die Probanden gegenüber öffentlichen und privaten Solidarleistungen haben, wurde eine Frage zur Unterstützung von alten Menschen gestellt. Diese Frage enthielt acht Items, die drei Indikatoren zugeordnet wurden. Der Indikator für „intergenerationelle gesellschaftliche Solidarität“ wird durch ein Item bestimmt:

1. Es ist eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft, Einrichtungen und Dienste für Ältere bereitzustellen.

Der Indikator für „intergenerationelle familiäre Solidarität“ umfasst folgende Items:

1. Es ist die Aufgabe der Kinder, sich um die Älteren zu kümmern.
2. Alte Menschen sollten nur dann in einem Altersheim leben, wenn sich niemand von der Familie um sie kümmern kann.
3. Es ist die Pflicht der Angehörigen, sich um die Älteren zu kümmern.
4. Wenn ein Elternteil Hilfe bräuchte, würde ich meine Eltern fragen, ob sie bei mir leben möchten.
5. Ich hätte es gerne, wenn meine alten Eltern mit mir zusammen leben würden.

Der Indikator für „fehlende intergenerationelle familiäre Solidarität“ wird anhand von zwei Items gebildet:

1. Alte Menschen sollten im Altersheim leben.
2. Wer kleine Kinder hat, sollte sich nicht auch noch um seine alten Eltern kümmern müssen.

Die Ergebnisse zum Indikator für „intergenerationelle gesellschaftliche Solidarität“ zeigen, dass nahezu alle Befragten (94%) der Aussage zustimmen, es sei eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft, Einrichtungen und Dienste für Ältere bereitzustellen (siehe Tabelle 1). Lediglich bei einer verschwindend geringen Minderheit von 2% kann davon ausgegangen werden, dass das wohlfahrtsstaatliche System abgelehnt wird. Betrachtet man die fünf Items, die den Indikator für die „intergenerationelle familiäre Solidarität“ bilden, dann erfährt die Aussage „Es ist die Aufgabe der Kinder, sich um die alten Eltern zu kümmern“ mit rund 75% die höchste Zustimmung. Mit einer Zustimmung von 71% folgt die Aussage „Ältere Menschen sollten nur dann in einem Altersheim leben, wenn sich niemand von der Familie um sie kümmern kann“, die ebenfalls auf die Verpflichtung der Kinder gegenüber ihren Eltern abstellt. Mit 62% erfährt die Aussage „Es ist die Pflicht der Angehörigen, sich um die Älteren zu kümmern“ dagegen geringere Zustimmung. Offenbar haben sich die Befragten bei der Beantwortung der Frage vielfach nicht als direkte Familienangehörige, sondern als entferntere Angehörige begriffen. Dies würde bedeuten, dass dem allgemeinen Verständnis von Generationenbeziehungen nach zuerst die Kinder und dann erst die weiteren Angehörigen Sorge für die alten Eltern tragen.

Die beiden anderen Items zielen auf die Frage ab, wie groß die Bereitschaft zur intergenerationellen Koresidenz ist. Für zwei Drittel der Befragten (67%) ist es offenbar selbstverständlich, die Eltern im Falle von Hilfebedürftigkeit eines Elternteils bei sich aufzunehmen. Die Bereitschaft, generell mit den alten Eltern zusammenzuleben, ist dagegen weitaus geringer: Nur 41% der Befragten haben diesen Wunsch oder können sich einen gemeinsamen Haushalt mit den Eltern vorstellen. Dieser Befund verweist zum einen darauf, dass die Familienbeziehungen auch von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen profitieren, so dass die wirtschaftliche Notwendigkeit zur Koresidenz in der Regel entfallen dürfte. Zum anderen wird die These eines Bedingungsgefüges von „innerer Nähe bei äußerer Distanz“ tendenziell bestätigt. Ein Zusammenleben von Eltern und Kindern wird nicht nur von den Kindern, sondern auch von den Eltern mehrheitlich abgelehnt.

Mit lediglich 8% Zustimmung wird die Aussage „Alte Menschen sollten im Altersheim leben“ ganz überwiegend abgelehnt. Der hohe Anteil an Unentschiedenen von 20% deutet allerdings darauf hin, dass eine Reihe von Befragten befürchten, sich nicht ausreichend um ihre alten Angehörigen kümmern zu können. Besonders auffallend ist allerdings der hohe Anteil an Unentschiedenen von 26% bei der Aussage „Wer kleine Kinder hat, sollte sich nicht auch noch um seine alten Eltern kümmern müssen“. Mit 19% ist das Ausmaß der Zustimmung zu diesem Item auf den ersten Blick überraschend hoch. Möglicherweise ist dieser Wert aber auch als Indiz für eine schwieriger gewordene Elternschaft zu werten, weil sich die Rahmenbedingungen hierfür verändert haben. Zum einen bereitet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Probleme, zum anderen wird die Kindererziehung durch den familialen Wandel als Folge von Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen kompliziert. Möglicherweise ist die verschiedentlich geringere familiäre Solidarität auch im Zusammenhang von sozioökonomischer Lage und individueller Belastung zu erklären. Demnach geht sozioökonomische Bedürftigkeit der Familienmitglieder generell mit schwächeren intergenerationellen familiären Beziehungen und Solidaritätspotenzialen einher.

Tabelle 1: Einstellungen zur intergenerationellen Solidarität – Ergebnisse des PPA 2

Item	stimme völlig zu	stimme eher schon zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
1. Es ist eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft, Einrichtungen und Dienste für Ältere bereitzustellen.	64	31	4	1	1
2. Es ist die Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern.	34	41	13	10	3
3. Alte Menschen sollten nur dann in einem Altersheim leben, wenn sich niemand von der Familie um sie kümmern kann.	40	31	15	9	5
4. Es ist die Pflicht der Angehörigen, sich um die Älteren zu kümmern.	23	39	20	12	6
5. Wenn ein Elternteil Hilfe bräuchte, würde ich meine Eltern fragen, ob sie bei mir leben möchten.	37	31	16	11	6
6. Ich hätte es gerne, wenn meine alten Eltern mit mir zusammenleben würden.	21	20	21	23	16
7. Alte Menschen sollten im Altersheim leben.	2	6	20	29	43
8. Wer kleine Kinder hat, sollte sich nicht auch noch um seine alten Eltern kümmern müssen.	5	14	26	28	28

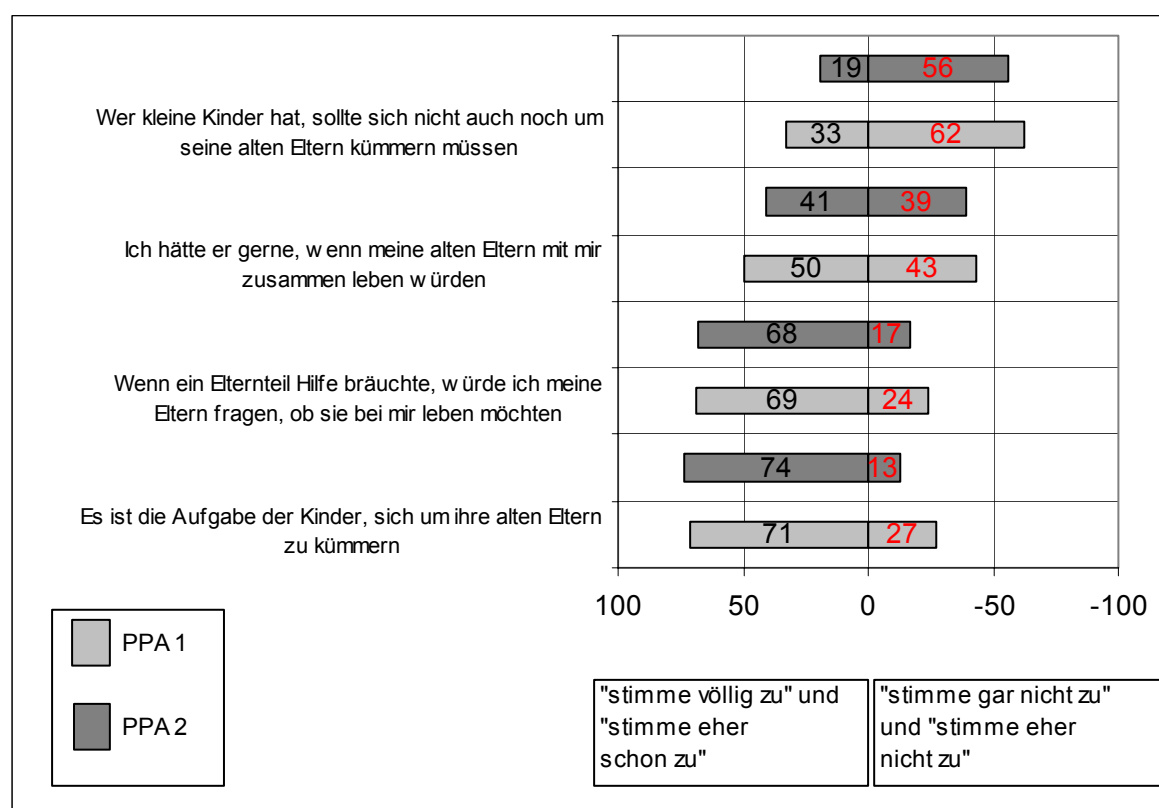
Quelle: PPA 2, Frage G3.

Der Vergleich von Einstellungen zur Unterstützung älterer Menschen zeigt, dass die intergenerationelle familiäre Solidarität nach wie vor hoch bewertet wird (siehe Abbildung 10). Die Zustimmung zu der Aussage „Es ist die Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern“ hat sogar leicht zugenommen. Und für zwei Drittel der Befragten ist es



wiederum selbstverständlich, die Eltern im Falle von Hilfebedürftigkeit bei sich aufzunehmen. Die Bereitschaft, generell mit den alten Eltern zusammenzuleben, hat dagegen abgenommen. Der größte Unterschied liegt bei der Aussage vor, „Wer kleine Kinder hat, sollte sich nicht auch noch um seine alten Eltern kümmern müssen“. Der relativ hohe Anteil an Zustimmung von 33% in der ersten Befragungsrunde dürfte aber auch mit der Zusammensetzung und der Altersabgrenzung der Stichprobe zusammenhängen.

Abbildung 10: Einstellungen zur intergenerationellen Solidarität – Vergleich PPA 1/ PPA 2



Quelle: PPA 1, Frage 66; PPA 2, Frage 63.

Insgesamt zeigt sich, dass sich die Beziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern in allen Altersgruppen durch eine große Verbundenheit auszeichnen. Von einem Abbrechen der Generationenbeziehungen nach dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus kann offensichtlich nicht gesprochen werden. Vielmehr weisen die Daten darauf hin, dass die Älteren von den Jüngeren bei Hilfebedürftigkeit ein hohes Maß an Unterstützung erwarten können. Zudem lassen die Daten erkennen, dass das Ausmaß an Solidarität tendenziell vom Alter der Befragten abhängt: Ältere Probanden neigen eher dazu, den Aussagen zuzustimmen (bzw. diese abzulehnen). Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass intergenerationelle familiäre Solidarität mit dem Alter immer wichtiger wird. Die Befunde korrespondieren mit der These, dass sich die Familie in modernen Gesellschaften trotz aller Formveränderungen als Solidargemeinschaft nicht auflöst, sondern lediglich hinsichtlich der grundlegenden sozialen Sicherungsfunktionen hinter den Wohlfahrtsstaat zurücktritt.

### 3.6 Einstellungen zur Unterstützung Älterer

Nachfolgend wird der Frage nachgegangen, wer im Falle von Hilfebedürftigkeit älterer Menschen Unterstützungsaufgaben wahrnehmen sollte. Hierbei wird zwischen familialer und institutioneller Hilfe unterschieden und eine Differenzierung der beiden Unterstützungspotenziale vorgenommen. Untersucht wird, welchen Stellenwert familiale und außerfamiliale Personen sowie Sozialdienste für die Unterstützung Älterer haben. Um Hinweise darauf zu erhalten, welche sozialen Unterstützungspotenziale vorliegen und welcher Bedarf an institutionellen Diensten zukünftig zu erwarten ist, werden auch die Ansichten der derzeit Älteren mit jenen der zukünftigen Älteren verglichen.

Empirische Studien haben wiederholt belegt, dass als Unterstützungspersonen für Ältere hauptsächlich die (Ehe-)Partner und Kinder in Frage kommen. Welche Personen zur Verfügung stehen, wenn keine (Ehe-)Partner oder Kinder vorhanden sind, ist weniger gut untersucht. Unklar ist auch, welche Beziehungen welche Unterstützungsleistungen erfüllen (können). In der Literatur werden zu dieser Frage vor allem zwei Positionen diskutiert: die These der „hierarchischen Kompensation“ und die These der „funktionalen Spezifität“. Beide Thesen machen Aussagen über die Aufgaben- und Arbeitsteilung in sozialen Netzwerken. Das Modell der hierarchischen Kompensation geht davon aus, dass kulturell unterschiedliche Präferenzordnungen existieren, die weitestgehend festlegen, an wen man sich im Falle von Hilfebedürftigkeit wenden würde. Im Wesentlichen besagt dieses Modell, dass die Präferenz für bestimmte Unterstützungspersonen vor allem von der Art der Beziehung abhängt, weniger jedoch von der Art der Unterstützungsleistung. Im Allgemeinen würden Ältere daher Verwandte – insbesondere (Ehe-)Partner und Kinder – als die angemessensten Unterstützungspersonen ansehen, gefolgt von außerfamilialen Personen wie Freunden, Nachbarn und Bekannten. Nachrangige Bedeutung kommt in diesem Modell formellen Organisationen bzw. professionellen Helfern zu. Sie spielen die Rolle von „Lückenbüßern“, auf die zurückgegriffen wird, wenn die präferierten Unterstützungspersonen nicht verfügbar oder nicht vorhanden sind bzw. wenn diese bestimmte Unterstützungsleistungen (wie etwa pflegerische Versorgung) nicht leisten können.

Demgegenüber behauptet die These der funktionalen Spezifität, dass informelle soziale Beziehungen nicht unabhängig von den Aufgaben substituierbar sind. Hilfeleistungen lassen sich durch bestimmte Merkmale (z.B. den Zeitaufwand, den Grad an räumlicher Nähe oder das Ausmaß an spezifischen Kompetenzen) und deren Kombination charakterisieren. Art und Aufwand der Hilfeleistungen sind daher typisch für bestimmte Beziehungen. So seien informelle Netzwerke besonders hilfreich bei Aufgaben, die Wissen um alltägliche Lebensbezüge der betreffenden Personen erfordern, während formelle Sozialdienste qua Struktur besser geeignet seien für Aufgaben, bei denen technisches Wissen notwendig ist. Im Gegensatz zur These der hierarchischen Kompensation setzt das aufgabenspezifische Modell also nicht bei den Unterstützungspersonen, sondern bei der unterschiedlichen Art von Hilfeleistungen an. Zu erwarten ist demnach, dass Beziehungen in einem sozialen Netzwerk jeweils spezifische Funktionen erfüllen, und zwar unabhängig von der Struktur des

---

Netzwerkes. In übergreifender Perspektive widersprechen sich beide Konzepte allerdings nicht, sondern befassen sich nur mit jeweils unterschiedlichen Aspekten: Während das erste Modell auf die Präferenzen abstellt, also an wen man sich bei Hilfebedürftigkeit am liebsten wenden würde, stehen beim zweiten Modell die faktischen Hilfeleistungen im Zentrum, also wer bei Unterstützungsbedarf tatsächlich Hilfe leistet.

Bringt man die Einstellungen zur personalen und institutionellen Unterstützung in eine Rangreihe, dann zeigt sich folgendes Bild (siehe Tabelle 2): Erwartungsgemäß kommt dem (Ehe-)Partner die größte Bedeutung zu, gefolgt von den Kindern. Noch vor den Angehörigen rangieren dann aber formelle Organisationen, nämlich staatliche und gemeinnützige Sozialdienste. Kirchliche Einrichtungen und Angehörige liegen gleich auf, während Freunden und Nachbarn nur eine geringe Relevanz zukommt. Die Reihenfolge spiegelt zum einen eine Präferenzordnung wider, die gemäß dem Modell der hierarchischen Kompensation zu erwarten war und mit den Ergebnissen anderer Studien übereinstimmt. Die gleiche Präferenzordnung weisen auch Befunde zur tatsächlichen Pflege bei Krankheit auf: Ältere werden vor allem von ihrem Partner gepflegt, gefolgt von Kindern und Sozialdiensten. Sonstige Verwandte und Freunde oder Nachbarn spielen dagegen nur eine höchst untergeordnete Rolle. Demnach stellt die familiäre Betreuungsarbeit bei weitem den größten Teil der Unterstützungsleistungen dar. Zum anderen zeigt sich, dass im Urteil der Befragten aber auch den formellen Organisationen als potenziellen Helfern erhebliches Gewicht zukommt. Unterscheidet man die Sozialdienste nach der Trägerschaft, dann kommt staatlichen und gemeinnützigen Einrichtungen eine größere Bedeutung zu als kirchlichen. Die Leistungsfähigkeit kirchlicher Sozialdienste kann anhand der Daten nicht beurteilt werden, die Präferenzordnung ist aber möglicherweise als Hinweis auf eine in der Bevölkerung gewandelte Einstellung gegenüber der „Kirche“ anzusehen, die mit einer gewissen Distanz gegenüber Einrichtungen in konfessioneller Trägerschaft einhergeht.

Tabelle 2: Einstellungen gegenüber Unterstützungsleistungen – Ergebnisse des PPA 2

Merkmal	stimme völlig zu	stimme eher schon zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
Der Ehe- oder Lebenspartner	67	27	4	1	0
Die Kinder	37	44	12	6	1
Andere Angehörige	17	37	25	15	5
Freunde oder Nachbarn	10	26	29	24	11
Eine staatliche Einrichtung	32	45	14	7	2
Eine gemeinnützige Einrichtung	29	45	17	6	3
Eine kirchliche Einrichtung	23	33	25	12	8

Quelle: PPA 2, Frage G4.

Hinsichtlich der Einstellung gegenüber sozialen Institutionen zeigen sich zwischen den einzelnen Personengruppen keine größeren Unterschiede. Am aussagekräftigsten ist wohl der Befund, wonach Frauen einer institutionellen Unterstützung positiver gegenüber stehen als Männer – und zwar auch unabhängig von der institutionellen Trägerschaft. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in Partnerschaften die Männer zumeist älter als die Frauen sind und in der Regel über geringere Pflegeerfahrungen verfügen. Unterscheidet man die Einstellungen gegenüber personalen und institutionellen Unterstützungsleistungen nach Hauptaltersgruppen (20-34, 35-49 und 50-65 Jahre), dann sind vor allem drei Befunde auffällig: Erstens erwarten Ältere von Kindern am seltensten Unterstützung. Zweitens erfahren professionelle Sozialdienste von Älteren durchwegs die größte Zustimmung. Möglicherweise ist die Beurteilung auf spezifische Erfahrungen zurückzuführen, wonach bestimmte Unterstützungsleistungen (wie etwa pflegende Versorgung) am besten von Sozialdiensten erbracht werden können. Drittens werden von den 35- bis 49-Jährigen Freunde oder Nachbarn als potenzielle Unterstützungspersonen am häufigsten in Betracht gezogen.

Zu Beginn der 1990er Jahre glaubte ein Drittel der Befragten, Leistungen der „Pflegeversicherung“ im Alter nicht in Anspruch nehmen zu müssen. Die Ergebnisse des PPA 1 zum Thema „Pflegeversicherung“ werden durch die nun vorliegenden Befunde stark relativiert, da der Unterstützung durch Sozialdienste eine große Bedeutung zukommt. Die Daten des PPA 2 lassen erkennen, dass eine erhebliche Bereitschaft besteht, bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit professionelle Sozialdienste in Anspruch zu nehmen. Aufgrund der soziodemographischen Entwicklungen ist der Ausbau des ambulanten Pflegesektors daher von besonderer Relevanz. Dagegen werden informelle Netze nur selten genannt. Da die zukünftig Älteren vermutlich aber über ein kleineres und weniger verlässliches familiales Unterstützungspotenzial verfügen werden, kommt auch dem Ausbau sozialer Netzwerkstrukturen große Bedeutung zu.

### 3.7 Wunschkonzeptionen bei Hilfebedürftigkeit im Alter

Nachfolgend werden persönliche Wunschkonzeptionen der Befragten bei Hilfebedürftigkeit im Alter behandelt. In zwei Abschnitten werden die Präferenzen im Hinblick auf die Wohnform, die man für das eigene Alter erhofft, und die gewünschten Unterstützungspersonen bei Hilfebedarf dargestellt. Nachgegangen wird somit folgenden Fragen:

- Wo möchte man leben, wenn man auf fremde Hilfe angewiesen ist?
- Und von wem erwartet man Hilfestellungen?

#### 3.7.1 Wohnpräferenzen bei Hilfebedürftigkeit im Alter

Die Wohnsituation ist eine entscheidende Ressource für die Lebensqualität von Menschen. Wohnungsausstattung und Wohnumfeld stellen Handlungsräume und Sinndimensionen bereit, die im ganzen Lebenslauf wichtig, wenngleich in den einzelnen Lebensphasen unterschiedlich ausgeprägt sind. Die objektiven Gegebenheiten der Wohnung und des Wohnumfelds werden mit dem Alter zunehmend wichtiger. Mit dem Übergang in den Ruhestand beginnt eine neue Phase des Wohnens, in der aufgrund des Wegfalls beruflicher Verpflichtungen die Wohnerfahrung im Alltag zentral wird. Dies gilt in verstärktem Maße im hohen Alter, wenn Tätigkeiten außer Haus aufgrund eingeschränkter Mobilität seltener oder gar nicht mehr möglich sind. Die Wohnsituation hat daher auch eine hohe Bedeutung für die Vermeidung und Bewältigung von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit. Das heißt, die Wohnsituation trägt entscheidend dazu bei, im Alter eine selbständige Lebensführung aufrechtzuerhalten und einen Umzug ins Heim zu vermeiden oder zumindest hinauszuschieben.

Die Wohnsituation ist darüber hinaus im Alter generell ein wichtiges Bestimmungsmerkmal subjektiven Wohlbefindens. Den vorliegenden Studien zufolge nimmt die Bereitschaft zu Veränderungen der Wohnsituation mit dem Alter ab. Die Zufriedenheit mit Wohnung und Wohnumfeld ist selbst bei objektiv vorhandenen und subjektiv wahrgenommenen Mängeln recht hoch. Konkrete Pläne für Veränderungen der Wohnsituation sind daher die Ausnahme. Vielmehr wollen die Älteren fast ausnahmslos in ihrer Wohnung (oder zumindest Wohngegend) bleiben. Selbst im Falle des Angewiesenseins auf Unterstützung bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit überwiegt ganz stark der Wunsch, die eigene Wohnung beizubehalten. Andere Möglichkeiten, wie etwa der Umzug in ein Alters- oder Pflegeheim, können sich nur Minderheiten vorstellen.

Auf die Frage, wo man gerne leben würde, falls man im Alter nicht mehr in der Lage ist, sich zu Hause allein zu versorgen, konnten die Probanden unter verschiedenen Antwortmöglichkeiten wählen. Die Angaben zeigen, dass die Befragten ganz überwiegend auch weiterhin zu Hause leben möchten (siehe Tabelle 3). Rund drei Viertel (74%) haben diesen Wunsch. Die Befragten möchten aber ganz überwiegend alleine und nicht zusammen mit einem Angehörigen zu Hause leben (69% bzw. 5%). Nur ein geringer Teil wäre bei Betreuungsbedürftigkeit bereit, in eine andere Wohnung bzw. in ein anderes Haus zu ziehen

(7%). Und nur ein ganz geringer Anteil der Befragten könnte sich vorstellen, im Falle von Hilfebedürftigkeit bei einem Kind zu leben (3%). Immerhin rund 11% der Probanden wären allerdings bereit, in ein Altersheim zu ziehen. Die Wohn- bzw. Lebensform „Wohngemeinschaft“ wird dagegen nahezu nicht genannt (2%). Offensichtlich stellt diese Art des Zusammenlebens im Alter (auch für Alleinstehende und Jüngere) bisher noch keine ernsthaft zu erwägende Alternative dar. Mit rund 2% der Nennungen spielen auch andere Wohnformen, wie etwa der Umzug in betreute Wohneinrichtungen, kaum eine Rolle. Der stark ausgeprägte Wunsch, selbst bei Betreuungsbedürftigkeit im Alter allein zu Hause wohnen bleiben zu wollen, kann somit als sozial übergreifender Ausdruck von Autonomie gewertet werden.

Tabelle 3: Gewünschte Wohnform bei Hilfebedürftigkeit im Alter – Ergebnisse des PPA 2

Wohnform	Prozent
Zu Hause allein (mit Hilfe Dritter)	69
Zu Hause mit einem Familienangehörigen	5
Umzug in eine andere Wohnung/ein anderes Haus	7
Altersheim	11
Bei einem Kind	3
Wohngemeinschaft	2
Andere Wohnform	2

Quelle: PPA 2, Frage G5.

Die gewünschte Selbständigkeit im Alter tritt noch deutlicher hervor, wenn die Wohnformen nach dem Grad der Unabhängigkeit eingeteilt werden. Hierbei wird eine „starke Unabhängigkeit“ mit folgenden Wohnformen in Beziehung gesetzt: „alleine zu Hause leben mit Hilfe Dritter“, „gemeinsam mit einem Familienangehörigen zu Hause leben“ und „Umzug in eine andere Wohnung (bzw. in ein anderes Haus)“. Unter den Wohnformen mit „schwacher Unabhängigkeit“ werden das Wohnen in einem Altersheim und bei einem Kind zusammengefasst. Eine „mittlere Unabhängigkeit“ wird durch die Kategorien „Wohngemeinschaft“ und „andere Wohnformen“ bestimmt. Aufgrund dieser Zuordnung zeigt sich, dass 82% aller Befragten eine Wohnform im Alter wünschen, welche die Aufrechterhaltung hoher Unabhängigkeit ermöglicht.

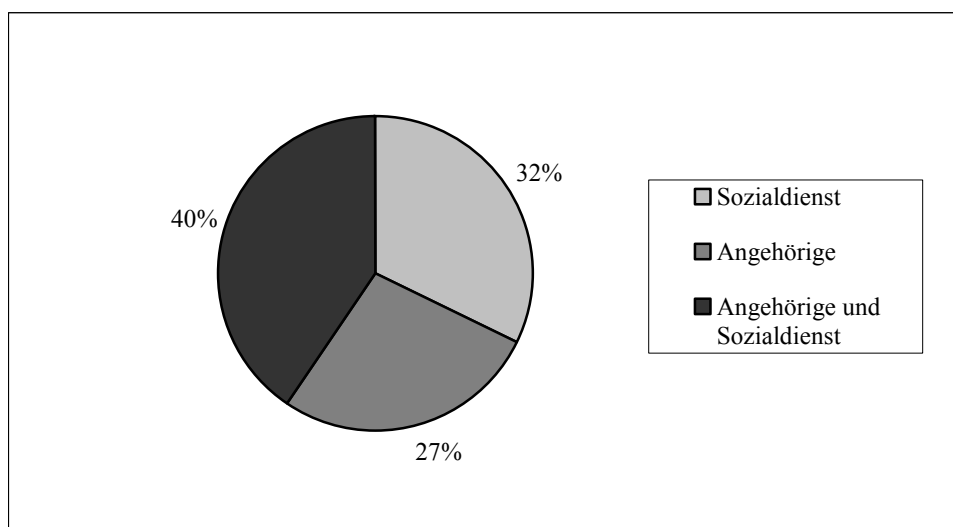
### 3.7.2 Gewünschte Form der Hilfe im Alter

Vier Fünftel der Befragten möchten im Alter auch bei Betreuungsbedürftigkeit weiterhin zu Hause leben. Damit stellt sich die Frage, wer ihrer Meinung nach im Bedarfsfall Unterstützung leisten soll: die Familienangehörigen, ein Sozialdienst oder beide gemeinsam? Am häufigsten wird eine regelmäßige Hilfe gewünscht, die gemeinsam von Kindern bzw. von der Familie und einem Sozialdienst erbracht wird (40%). Danach folgt die ausschließliche Hilfe durch Sozialdienste (32%), noch vor einer Hilfe, die allein von den

Familienangehörigen wahrgenommen wird (27%; siehe Abbildung 11). Diese Präferenzstruktur mag überraschen, dürfte aber die tatsächlichen Gegebenheiten und vorliegenden Erfahrungen im Umgang mit Hilfe und Betreuung für ältere Menschen widerspiegeln. Aus verschiedenen Gründen sind Hilfestellungen allein durch die Angehörigen vielfach nicht möglich, so dass es der Unterstützung durch Sozialdienste bedarf. Hierin sind sich die Befragten über alle sozialen Unterschiede hinweg einig.

Diese Auffassung wird allerdings von Jüngeren, Frauen, Verheirateten und Personen mit Kindern am stärksten vertreten. Für eine allein professionelle Hilfe durch Sozialdienste sprechen sich vor allem Ältere, Verwitwete, Geschiedene und Kinderlose aus; Sozialgruppen also, die entweder über ein geringes familiales bzw. verwandtschaftliches Netz verfügen oder deren Sozialbeziehungen sich bereits ausgedünnt haben. Auffällig ist zudem der Befund, wonach sich Frauen eine Hilfe, die allein von den Kindern wahrgenommen wird, deutlich seltener wünschen als Männer. Dieser Wunsch nimmt mit steigendem Alter weiter ab. Weiterhin zeigt sich ein Zusammenhang zwischen präferierter Hilfeform und Schichtzugehörigkeit. Tendenziell gilt: Je niedriger der sozioökonomische Status, desto häufiger wird eine Hilfe allein durch die Angehörigen gewünscht.

Abbildung 11: Gewünschte Form der Hilfe im Alter – Ergebnisse des PPA 2



Quelle: PPA 2, Frage G5.

Zusammenfassend ist festzustellen: Hinsichtlich der gewünschten Wohnform bei Hilfebedürftigkeit im Alter kommt den Sozialdiensten für den Verbleib der Betroffenen im bisherigen Haushalt eine zentrale Rolle zu. Ursache hierfür ist, dass Hilfestellungen, die allein von Angehörigen geleistet werden, verschiedentlich gar nicht gewünscht bzw. erwartet werden (können). Neben der anscheinend unzureichenden Verfügbarkeit familialer Unterstützung dürfte sicherlich auch von Relevanz sein, dass die Hilfebedürftigkeit vielfach eine kontinuierlich professionelle Versorgung erfordert.

#### **4. Zusammenfassung und Ausblick**

Wie alle modernen Gesellschaften ist auch Österreich mit dem Prozess der demographischen Alterung konfrontiert. Gesunkene Kinderzahlen und eine weiterhin steigende Lebenserwartung bewirken, dass die Bevölkerung langfristig altert. Etwa ab dem Jahr 2030 wird rund ein Drittel der Bevölkerung 60 Jahre und älter sein. Schon heute ist absehbar, dass der Wandel der Altersstruktur – bei gleichzeitig sozioökonomischen Strukturveränderungen – weit reichende Auswirkungen für Staat, Gesellschaft und Individuum haben wird.

Vor diesem Hintergrund lässt sich das übergreifende Thema der Studie wie folgt bestimmen: Es geht um Politik, die zum Ziel hat, auf Bevölkerungsvorgänge Einfluss zu nehmen. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht daher die Frage nach der Akzeptanz der Alterspolitik und der Präferenzen im Hinblick auf ihre zukünftige Ausgestaltung seitens der Bevölkerung. Mit der Studie liegt nun ein erster Überblick zu Bewertungen demographischer Trends, Einstellungen gegenüber Generationenverhältnissen und Generationenbeziehungen sowie Wunschvorstellungen für das eigene Alter vor.

Ihre besondere Relevanz gewinnt die Studie durch die Verfolgung einer vergleichenden zeitlichen und internationalen Perspektive. Denn mit dem Forschungsinstrument ist die Möglichkeit gegeben, die österreichischen Befunde in einen international vergleichenden Rahmen zu stellen und Vergleiche zu den Anfang der 1990er Jahre gewonnenen Ergebnissen vorzunehmen.

Gegenüber der Erhebung von 1992 zeigt sich, dass der Anteil der Befragten, der die Bevölkerungsalterung negativ beurteilt, deutlich zurückgegangen ist (siehe Abbildung 2). Zu vermuten ist, dass die Rede von der „Überalterung der Gesellschaft“ heute – trotz aller Strukturveränderungen – differenzierter beurteilt wird als noch vor zehn Jahren. Der Alterung der Gesellschaft können offensichtlich zunehmend mehr positive Aspekte abgewonnen werden. Oder nüchterner interpretiert: Das Heraufziehen einer irreversiblen Entwicklung wird antizipiert.

Der Vergleich beider Erhebungen zeigt auch, dass die Einschätzung der persönlichen Lebenserwartung vor zehn Jahren deutlich niedriger lag. Dies gilt sowohl für die Erwartung als auch für den Wunsch, ein bestimmtes Alter zu erreichen (siehe Abbildung 3 und 4). Die veränderte Einschätzung spiegelt sich im Durchschnittsalter für beide Geschlechter wider, das von knapp 75 auf 80,2 Jahre (Erwartung) bzw. von 81,7 auf 86,7 Jahre (Wunsch) gestiegen ist. Das erwartete Alter entspricht damit in etwa der ferneren Lebenserwartung für 60-jährige Personen. Zu vermuten ist daher, dass die Befragten zum einen die Möglichkeit, ein hohes Alter erreichen zu können, reflektieren. Zum anderen erscheint es den Befragten mehrheitlich als erstrebenswert, alt zu werden.

Die Einstellungen zur Alterspolitik zeigen, dass die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates ungebrochen ist. Grundsätzlich wird die sozialpolitische Verantwortung des Staates weiterhin



sehr hoch eingeschätzt. Dies gilt besonders für den Bereich der Alterssicherung (siehe Abbildung 5). Gleichzeitig werden Konsequenzen der demographischen Alterung verstärkt antizipiert. Die Notwendigkeit einer Reform des Pensionssystems wird gesehen, und die Befragten erwarten, zukünftig länger arbeiten zu müssen. Eine Erhöhung des Pensionsalters wird allerdings ganz überwiegend abgelehnt (siehe Abbildung 7). Gleichzeitig liegt aber eine breite Zustimmung für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand vor (siehe Abbildung 8). Die Befunde werfen somit die zentrale Frage auf, wie Beschäftigungs- und Sozialpolitik bei gegebenen wirtschaftlichen und demographischen Bedingungen stärker integriert werden können, um ein längeres Verbleiben Älterer im Arbeitsprozess zu ermöglichen.

Für die Befragten insgesamt zeigt sich, dass der soziale Status Älterer sehr hoch eingeschätzt wird (siehe Abbildung 9). Allerdings beurteilen Frauen die soziale Stellung Älterer durchwegs etwas positiver als Männer. Eine Differenzierung nach dem Alter zeigt zudem, dass die Antworten zu den einzelnen Aussagen mit der Lebensstellung der Befragten variieren. Insgesamt werden Ältere aber kaum als Last, sondern vielmehr als Bereicherung in kognitiver und emotionaler Hinsicht wahrgenommen, deren Rechte zu berücksichtigen und Probleme ernst zu nehmen sind.

Der Vergleich von Einstellungen zur Unterstützung älterer Menschen zeigt, dass die intergenerationelle familiäre Solidarität nach wie vor hoch bewertet wird (siehe Abbildung 10). Die Zustimmung zu der Aussage „Es ist die Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern“ hat sogar leicht zugenommen. Insgesamt weisen die Daten darauf hin, dass die Älteren von den Jüngeren bei Hilfebedürftigkeit ein hohes Maß an Unterstützung erwarten können und dass sich die Beziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern in allen Altersgruppen durch eine große Verbundenheit auszeichnen. Die Befunde korrespondieren mit der These, dass sich die Familie in modernen Gesellschaften trotz aller Formveränderungen als Solidargemeinschaft nicht auflöst, sondern lediglich hinsichtlich der grundlegenden sozialen Sicherungsfunktionen hinter den Wohlfahrtsstaat zurücktritt.

Bringt man die Einstellungen zur personalen und institutionellen Unterstützung in eine Rangreihe, dann zeigt sich folgendes Bild (siehe Tabelle 2): Erwartungsgemäß kommt dem (Ehe-)Partner die größte Bedeutung zu, gefolgt von den Kindern. Noch vor den Angehörigen rangieren dann aber formelle Organisationen, nämlich staatliche und gemeinnützige Sozialdienste. Kirchliche Einrichtungen und Angehörige liegen gleich auf, während Freunden und Nachbarn nur eine geringe Relevanz zukommt. Auffällig sind vor allem drei Befunde: Erstens erwarten Ältere von Kindern am seltensten Unterstützung. Zweitens erfahren professionelle Sozialdienste von Älteren durchwegs die größte Zustimmung. Dies gilt für Frauen noch stärker als für Männer. Drittens werden von den 35- bis 49-Jährigen Freunde oder Nachbarn als potenzielle Unterstützungspersonen am häufigsten in Betracht gezogen.

Auch wenn man im Alter nicht mehr in der Lage ist, sich zu Hause allein zu versorgen, möchten rund drei Viertel der Befragten ganz überwiegend weiterhin zu Hause leben (siehe Tabelle 3). Die Befragten möchten aber ganz überwiegend alleine und nicht zusammen mit

einem Angehörigen zu Hause leben (69% bzw. 5%). Der stark ausgeprägte Wunsch, selbst bei Betreuungsbedürftigkeit im Alter allein zu Hause wohnen bleiben zu wollen, kann somit als sozial übergreifender Ausdruck von Autonomie gewertet werden.

Am häufigsten wird eine regelmäßige Hilfe gewünscht, die gemeinsam von Kindern bzw. von der Familie und einem Sozialdienst erbracht wird (40%). Danach folgt die ausschließliche Hilfe durch Sozialdienste (32%), noch vor einer Hilfe, die allein von den Familienangehörigen wahrgenommen wird (27%; siehe Abbildung 11). Diese Präferenzstruktur mag überraschen, dürfte aber die tatsächlichen Gegebenheiten und vorliegenden Erfahrungen im Umgang mit Hilfe und Pflege für ältere Menschen widerspiegeln. Aus verschiedenen Gründen sind Hilfestellungen allein durch die Angehörigen vielfach nicht möglich, so dass es der Unterstützung durch Sozialdienste bedarf.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich die Bevölkerung auf den demographischen Wandel zunehmend einstellt. Zum einen werden Konsequenzen der demographischen Alterung verstärkt antizipiert. Dies betrifft nicht nur die gestiegene Lebenserwartung, sondern auch die Reform der sozialen Sicherungssysteme. Zum anderen kann die These einer Schwächung der Generationenbeziehungen bzw. einer Abnahme der Generationensolidarität nicht bestätigt werden. Die Ergebnisse weisen auf einen mehr oder minder ungebrochenen sozialen Zusammenhalt zwischen den Generationen hin, so dass sich kaum Verfallserscheinungen im sozialen Verhalten zwischen den Generationen feststellen lassen. Weder kann auf familialer Ebene von Entfremdung und Auseinanderleben der Generationen noch auf gesellschaftlicher Ebene von einem Verteilungskonflikt gesprochen werden. Gleichwohl ist das positive Bild einer „lebenslangen Solidarität der kurzen Wege“ zu relativieren. Zum einen können Antworten der Befragten im Sinne der sozialen Erwünschtheit nicht ausgeschlossen werden. Zum anderen verdeckt eine Bewertung anhand der Durchschnittswerte tendenziell Unterschiede zwischen einzelnen Generationenbeziehungen. Darüber hinaus machen die Befunde darauf aufmerksam, dass die Alterspolitik nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit zwischen den Generationen, sondern auch innerhalb der Generationen ist. Allerdings erlaubt der „Population Policy Acceptance Survey“ für das Modul „Altern“ keine tiefer gehenden Analysen. Hierzu wäre ein differenzierteres und kontinuierlich durchgeführtes Erhebungsprogramm notwendig, das vor dem Hintergrund der demographischen Alterung den Zusammenhang von „Umbau des Wohlfahrtsstaates“ und „Wandel der Generationenbeziehungen“ eingehend beobachtet. Mit der Etablierung eines solchen Erhebungsprogrammes würde die sozialwissenschaftliche Altersforschung in Österreich erheblich an wissenschaftlicher Legitimität und politischer Relevanz gewinnen.

# **Tabellenanhang**

## **PPA II**

**(Angaben in Prozent)**

### **Modul „Altern“**

**Tabelle 1: Beschreibung der Grundgesamtheit/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>in Prozent</b>	<b>insgesamt</b>	<b>absolut</b>
<b>Geschlecht:</b>			
Männer	49.9	50.0	999
Frauen	50.1	100.0	1001
<b>Alter:</b>			
20-24	8.5	8.5	171
25-29	11.9	20.4	238
30-34	14.5	34.9	290
35-39	13.8	48.8	277
40-44	12.1	60.9	243
45-49	10.5	71.4	210
50-54	9.8	81.2	195
55-59	10.5	91.7	210
60+	8.3	100.0	166
<b>Familienstand:</b>			
Ledig	27.3	27.3	538
Verheiratet	61.1	88.5	1204
Geschieden	9.0	97.5	178
Verwitwet	2.5	100.0	49
<b>Kinder:</b>			
Keine Kinder	26.9	27.0	1455
Kinder	73.1	100.0	536
<b>Lebensform:</b>			
allein lebend	29.3	29.3	584
nicht allein lebend	70.7	100.0	1407
nicht allein lebend ohne Kinder	7.4	7.4	148
getrennt lebend ohne Kinder	5.4	12.8	107
allein lebend ohne Kinder	13.8	26.6	277
nicht allein lebend mit Kindern	63.0	89.6	1259
getrennt lebend mit Kindern	1.9	91.4	37
allein lebend mit Kindern	7.8	99.2	156
<b>Bildungsstand:</b>			
Volks- und Hauptschule	16.4	16.4	327
Berufs- und Fachschule	60.6	76.9	1211
Matura	16.4	93.3	329
Hochschule/Universität	6.7	100.0	133
<b>Berufstätigkeit:</b>			
Vollzeit berufstätig	53.8	53.8	1076
Teilzeit berufstätig	12.4	66.1	247
arbeitslos	3.3	69.5	66
nicht berufstätig	14.2	83.6	283
pensioniert	12.3	95.9	246
in Ausbildung	4.1	100.0	82

<b>Merkmal</b>	<b>in Prozent</b>	<b>insgesamt</b>	<b>absolut</b>
<b>Stellung im Beruf:</b>			
Landwirt	5.2	5.2	104
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	7.0	12.2	139
Arbeiter niedriger qualifiziert	14.3	26.5	286
Arbeiter höher qualifiziert	20.6	47.1	412
Angestellter niedriger qualifiziert	7.9	55.0	159
Angestellter qualifiziert	26.8	81.8	536
Angestellter höher qualifiziert	6.6	88.5	133
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	9.4	97.8	188
Beamter höher qualifiziert	2.2	100.0	43
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>			
katholisch	82.0	82.0	1620
evangelisch	4.3	86.3	86
islamisch	0.9	87.2	17
sonstige Konfession	1.4	88.6	27
konfessionslos	11.4	100.0	227
<b>Rolle der Religion</b>			
eine sehr wichtige Rolle	13.3	13.3	263
eine wichtige Rolle	36.9	50.2	733
keine wichtige Rolle	31.8	82.0	631
überhaupt keine Rolle	18.0	100.0	356
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>			
keine Angabe	16.9	16.9	338
bis 1.300 Euro	18.7	35.7	375
von 1.300 bis 2.200 Euro	30.7	66.3	613
über 2.200 Euro	33.7	100.0	673
<b>Ortsgröße:</b>			
bis 5.000 Einwohner	62.2	62.2	867
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	24.5	86.7	465
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	13.3	100.0	252
<b>Bundesland:</b>			
Vorarlberg	4.3	4.3	86
Tirol	7.5	11.8	151
Salzburg	6.4	18.2	128
Oberösterreich	16.7	34.9	333
Kärnten und Osttirol	7.4	42.3	149
Steiermark	14.7	57.0	294
Burgenland	3.4	60.4	68
Niederösterreich	18.7	79.2	375
Wien	20.8	100.0	417
<b>Parteipräferenz:</b>			
SPÖ	24.4	24.4	467
ÖVP	19.1	43.5	366
FPÖ	10.7	54.2	204
Grüne	8.5	62.7	164
andere Partei	1.3	64.0	24
keine Partei (+ keine Angabe)	36.0	100.0	690

Quelle: PPA II, Grundauszählung.

**Tabelle 2: Berufstätigkeit/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>vollzeit</b>	<b>teilzeit</b>	<b>arbeitslos</b>	<b>nicht berufstätig</b>	<b>pensio- niert</b>	<b>in Ausbildung</b>
<b>Insgesamt</b>	54	12	3	14	12	4
<b>Geschlecht:</b>						
Männer	77	3	4	1	12	4
Frauen	31	22	3	28	13	4
<b>Alter:</b>						
20-24	46	9	5	9	0	31
25-29	57	15	5	14	0	9
30-34	58	17	4	20	0	2
35-39	71	13	2	14	1	1
40-44	67	20	2	10	2	0
45-49	64	15	5	11	4	0
50-54	62	11	4	17	5	1
55-59	33	4	3	16	44	0
60+	7	1	0	14	78	0
<b>Familienstand:</b>						
Ledig	63	11	6	4	2	15
Verheiratet	50	14	2	20	14	0
Geschieden	60	9	8	5	18	0
Verwitwet	18	1	1	5	75	0
<b>Kinder:</b>						
keine Kinder	67	8	5	2	4	13
Kinder	49	14	3	19	15	1
<b>Lebensform:</b>						
allein lebend	59	9	7	3	12	10
nicht allein lebend	52	14	2	19	12	1
nicht allein lebend ohne Kinder	70	7	0	8	6	9
getrennt lebend ohne Kinder	70	9	6	0	0	15
allein lebend ohne Kinder	65	8	8	0	5	15
nicht allein lebend mit Kindern	49	15	2	20	13	1
getrennt lebend mit Kindern	57	15	2	7	14	4
allein lebend mit Kindern	41	9	9	8	32	1
<b>Bildungsstand:</b>						
Volks- und Hauptschule	30	17	5	24	23	2
Berufs- und Fachschule	61	10	4	13	12	0
Matura	49	15	0	11	5	19
Hochschule/Universität	62	15	1	10	5	7
<b>Stellung im Beruf:</b>						
Landwirt	57	5	0	22	11	5
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	67	11	2	8	5	7
Arbeiter niedriger qualifiziert	47	20	7	11	13	1
Arbeiter höher qualifiziert	64	3	4	17	10	2
Angestellter niedriger qualifiziert	37	25	4	13	13	8
Angestellter qualifiziert	49	17	3	15	12	4
Angestellter höher qualifiziert	50	12	3	10	17	8
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	59	5	0	13	16	6
Beamter höher qualifiziert	63	2	0	15	14	7

<b>Merkmal</b>	<b>vollzeit</b>	<b>teilzeit</b>	<b>arbeitslos</b>	<b>nicht berufstätig</b>	<b>pensio- niert</b>	<b>in Ausbildung</b>
<b>Insgesamt</b>	54	12	3	14	12	4
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>						
Katholisch	52	13	3	15	12	4
Evangelisch	57	7	2	11	14	9
sonstige Konfession	51	8	21	19	1	0
Konfessionslos	61	9	4	4	19	2
<b>Rolle der Religion:</b>						
eine sehr wichtige Rolle	53	11	5	19	11	1
eine wichtige Rolle	53	14	3	15	13	3
keine wichtige Rolle	52	13	4	14	12	5
überhaupt keine Rolle	60	11	2	10	10	7
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>						
keine Angabe	52	13	1	17	10	6
bis 1.300 Euro	39	9	9	17	20	5
von 1.300 bis 2.200 Euro	49	15	3	17	14	2
über 2.200 Euro	67	12	1	9	8	4
<b>Ortsgröße:</b>						
bis 5.000 Einwohner	55	12	3	16	11	4
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	52	14	3	12	14	4
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	47	13	4	14	16	7
<b>Bundesland:</b>						
Vorarlberg	42	23	1	18	9	6
Tirol	50	12	3	19	11	4
Salzburg	45	19	0	21	16	0
Oberösterreich	54	13	2	15	11	4
Kärnten und Osttirol	52	11	4	19	11	4
Steiermark	55	9	5	13	14	4
Burgenland	55	10	5	17	11	2
Niederösterreich	52	15	4	12	14	4
Wien	61	9	4	9	11	5
<b>Parteipräferenz:</b>						
SPÖ	56	9	4	9	19	3
ÖVP	61	10	2	14	10	3
FPÖ	62	10	1	16	9	2
Grüne	50	14	4	14	4	14
andere Partei	57	24	0	20	0	0
keine Partei (+ keine Angabe)	48	15	4	15	13	4

Quelle: PPA II, Frage A 6.

**Tabelle 3: Bedeutung der Religion/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>eine sehr wichtige Rolle</b>	<b>eine wichtige Rolle</b>	<b>keine wichtige Rolle</b>
<b>Insgesamt</b>	13	44	43
<b>Geschlecht:</b>			
Männer	9	42	48
Frauen	17	45	38
<b>Alter:</b>			
20-24	8	43	50
25-29	13	36	51
30-34	13	44	43
35-39	4	50	47
40-44	13	45	42
45-49	15	42	43
50-54	19	40	41
55-59	15	48	37
60+	23	46	32
<b>Familienstand:</b>			
Ledig	8	42	50
verheiratet	15	47	38
geschieden	12	34	55
Verwitwet	26	37	36
<b>Kinder:</b>			
keine Kinder	9	42	49
Kinder	15	45	41
<b>Lebensform:</b>			
allein lebend	13	42	45
nicht allein lebend	14	44	42
nicht allein lebend ohne Kinder	5	36	59
getrennt lebend ohne Kinder	4	43	53
allein lebend ohne Kinder	13	45	42
nicht allein lebend mit Kindern	15	45	40
getrennt lebend mit Kindern	17	36	47
allein lebend mit Kindern	18	38	44
<b>Bildungsstand:</b>			
Volks- und Hauptschule	22	44	34
Berufs- und Fachschule	12	46	42
Matura	10	40	50
Hochschule/Universität	10	37	54
<b>Berufstätigkeit:</b>			
Vollzeit berufstätig	10	43	47
Teilzeit berufstätig	15	47	39
Arbeitslos	19	30	51
nicht berufstätig	20	48	32
pensioniert	19	47	34
in Ausbildung	5	26	68



<b>Merkmal</b>	<b>eine sehr wichtige Rolle</b>	<b>eine wichtige Rolle</b>	<b>keine wichtige Rolle</b>
<b>Stellung im Beruf:</b>			
Landwirt	28	58	14
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	18	37	44
Arbeiter niedriger qualifiziert	19	40	41
Arbeiter höher qualifiziert	9	42	49
Angestellter niedriger qualifiziert	13	44	43
Angestellter qualifiziert	10	45	45
Angestellter höher qualifiziert	8	41	50
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	15	45	40
Beamter höher qualifiziert	10	52	38
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>			
katholisch	13	47	41
evangelisch	8	26	66
Sonstige Konfession	74	13	13
konfessionslos	7	27	66
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>			
keine Angabe	14	51	35
bis 1.300 Euro	20	40	40
von 1.300 bis 2.200 Euro	13	45	42
über 2.200 Euro	10	41	49
<b>Ortsgröße:</b>			
bis 5.000 Einwohner	14	46	40
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	12	44	44
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	16	39	45
<b>Bundesland:</b>			
Vorarlberg	18	43	40
Tirol	20	43	37
Salzburg	15	44	41
Oberösterreich	14	54	32
Kärnten und Osttirol	21	46	34
Steiermark	13	45	41
Burgenland	17	63	20
Niederösterreich	13	43	44
Wien	3	27	70
<b>Parteipräferenz:</b>			
SPÖ	8	43	50
ÖVP	21	48	31
FPÖ	7	40	53
Grüne	14	38	48
andere Partei	27	43	31
keine Partei (+ keine Angabe)	13	44	44

Quelle: PPA II, Frage J 7.

**Tabelle 4: Beurteilung der Entwicklung der Bevölkerungszahl/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>zunehmen</b>	<b>gleich bleiben</b>	<b>abnehmen</b>	<b>weiß nicht</b>
<b>Insgesamt</b>	43	47	6	4
<b>Geschlecht:</b>				
Männer	44	47	5	4
Frauen	43	47	6	4
<b>Alter:</b>				
20-34	39	49	8	4
35-49	43	48	5	4
50+	47	45	4	4
<b>Familienstand:</b>				
Ledig	39	50	8	3
Verheiratet	47	44	5	4
geschieden	36	56	5	3
Verwitwet	38	47	9	5
<b>Kinder:</b>				
keine Kinder	46	45	6	4
Kinder	38	52	6	4
<b>Lebensform:</b>				
allein lebend	38	50	8	4
nicht allein lebend	46	45	5	4
nicht allein lebend ohne Kinder	36	56	5	3
getrennt lebend ohne Kinder	39	49	8	3
allein lebend ohne Kinder	37	52	6	5
nicht allein lebend mit Kindern	47	44	5	4
getrennt lebend mit Kindern	41	43	16	0
allein lebend mit Kindern	38	50	9	3
<b>Bildungsstand:</b>				
Volks- und Hauptschule	45	45	5	5
Berufs- und Fachschule	42	47	7	3
Matura	42	49	5	5
Hochschule/Universität	49	42	7	2
<b>Berufstätigkeit:</b>				
Vollzeit berufstätig	42	49	6	4
Teilzeit berufstätig	42	48	5	5
Arbeitslos	43	42	14	2
nicht berufstätig	47	41	7	5
pensioniert	47	45	4	3
in Ausbildung	34	54	10	1
<b>Stellung im Beruf:</b>				
Landwirt	42	48	6	4
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	45	49	3	3
Arbeiter niedriger qualifiziert	47	42	7	5
Arbeiter höher qualifiziert	41	46	8	5
Angestellter niedriger qualifiziert	40	46	8	5
Angestellter qualifiziert	43	49	5	3
Angestellter höher qualifiziert	51	43	5	1
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	40	50	6	3
Beamter höher qualifiziert	51	42	2	4

<b>Merkmal</b>	<b>zunehmen</b>	<b>gleich bleiben</b>	<b>abnehmen</b>	<b>weiß nicht</b>
<b>Insgesamt</b>	43	47	6	4
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>				
Katholisch	43	48	6	4
evangelisch	47	45	3	5
sonstige Konfession	63	25	0	13
konfessionslos	44	46	8	2
<b>Rolle der Religion:</b>				
eine sehr wichtige Rolle	47	41	8	4
eine wichtige Rolle	44	46	7	3
keine wichtige Rolle	43	45	8	4
überhaupt keine Rolle	39	53	5	3
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>				
keine Angabe	44	44	8	4
bis 1.300 Euro	38	48	8	6
von 1.300 bis 2.200 Euro	43	49	5	3
über 2.200 Euro	48	45	4	3
<b>Ortsgröße:</b>				
bis 5.000 Einwohner	43	48	5	4
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	46	44	7	3
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	50	38	8	4
<b>Bundesland:</b>				
Vorarlberg	61	34	1	4
Tirol	35	55	5	4
Salzburg	23	47	28	2
Oberösterreich	49	38	10	3
Kärnten und Osttirol	53	34	5	7
Steiermark	58	35	5	2
Burgenland	57	40	2	0
Niederösterreich	40	53	2	4
Wien	33	58	4	5
<b>Parteipräferenz:</b>				
SPÖ	46	45	6	3
ÖVP	42	50	4	3
FPÖ	41	51	8	1
Grüne	50	42	4	5
andere Partei	56	39	6	0
keine Partei (+ keine Angabe)	40	48	7	4

Quelle: PPA II, Frage B 3.

**Tabelle 5: Beurteilung der Geburtenentwicklung/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>ja</b>	<b>nein</b>	<b>weiß nicht</b>
<b>Insgesamt</b>	79	11	10
<b>Geschlecht:</b>			
Männer	78	12	10
Frauen	80	11	9
<b>Alter:</b>			
20-34	74	13	13
35-49	79	12	9
50+	83	9	8
<b>Familienstand:</b>			
Ledig	74	13	13
verheiratet	83	10	7
geschieden	75	16	9
verwitwet	73	8	20
<b>Kinder:</b>			
keine Kinder	73	13	14
Kinder	81	11	8
<b>Lebensform:</b>			
allein lebend	74	13	14
nicht allein lebend	82	11	8
nicht allein lebend ohne Kinder	77	13	11
getrennt lebend ohne Kinder	70	19	11
allein lebend ohne Kinder	71	11	17
nicht allein lebend mit Kindern	82	10	7
getrennt lebend mit Kindern	84	8	8
allein lebend mit Kindern	76	12	11
<b>Bildungsstand:</b>			
Volks- und Hauptschule	77	11	12
Berufs- und Fachschule	78	12	10
Matura	82	10	8
Hochschule/Universität	83	8	9
<b>Berufstätigkeit:</b>			
Vollzeit berufstätig	79	11	10
Teilzeit berufstätig	79	9	11
arbeitslos	60	22	18
nicht berufstätig	80	12	7
pensioniert	81	10	9
in Ausbildung	80	14	6
<b>Stellung im Beruf:</b>			
Landwirt	83	8	9
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	76	11	13
Arbeiter niedriger qualifiziert	76	13	11
Arbeiter höher qualifiziert	77	12	12
Angestellter niedriger qualifiziert	76	13	11
Angestellter qualifiziert	81	10	9
Angestellter höher qualifiziert	78	14	8
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	83	10	7
Beamter höher qualifiziert	80	15	4

<b>Merkmal</b>	<b>ja</b>	<b>nein</b>	<b>weiß nicht</b>
<b>Insgesamt</b>	79	11	10
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>			
katholisch	80	11	9
evangelisch	79	10	11
sonstige Konfession	75	0	25
konfessionslos	76	15	9
<b>Rolle der Religion:</b>			
eine sehr wichtige Rolle	84	11	5
eine wichtige Rolle	79	13	9
keine wichtige Rolle	83	10	8
überhaupt keine Rolle	73	13	14
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>			
keine Angabe	76	10	13
bis 1.300 Euro	74	13	13
von 1.300 bis 2.200 Euro	80	12	8
Über 2.200 Euro	84	9	7
<b>Ortsgröße:</b>			
bis 5.000 Einwohner	79	12	9
Über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	81	9	11
Über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	82	11	7
<b>Bundesland:</b>			
Vorarlberg	81	5	14
Tirol	74	8	18
Salzburg	77	9	14
Oberösterreich	83	10	8
Kärnten und Osttirol	82	7	10
Steiermark	83	14	3
Burgenland	87	8	5
Niederösterreich	84	10	6
Wien	71	16	13
<b>Parteipräferenz:</b>			
SPÖ	80	10	10
ÖVP	85	10	5
FPÖ	79	15	6
Grüne	77	10	13
andere Partei	56	22	22
keine Partei (+ keine Angabe)	76	13	11

Quelle: PPA II, Frage B 4.

**Tabelle 6: Beurteilung der Bevölkerungsalterung/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>sehr positiv</b>	<b>positiv</b>	<b>weder noch</b>	<b>negativ</b>	<b>sehr negativ</b>
<b>Insgesamt</b>	6	17	42	30	5
<b>Geschlecht:</b>					
Männer	6	17	41	31	5
Frauen	6	19	45	25	4
<b>Alter:</b>					
20-34	4	14	44	32	6
35-49	8	18	42	27	5
50+	7	22	44	24	3
<b>Familienstand:</b>					
Ledig	6	15	42	31	6
Verheiratet	6	20	41	28	4
Geschieden	6	15	51	24	4
Verwitwet	8	17	54	18	3
<b>Kinder:</b>					
keine Kinder	5	16	46	27	5
Kinder	7	19	42	28	4
<b>Lebensform:</b>					
allein lebend	5	16	48	26	5
nicht allein lebend	7	20	41	28	4
nicht allein lebend ohne Kinder	5	16	47	28	3
getrennt lebend ohne Kinder	3	13	47	29	9
allein lebend ohne Kinder	5	17	46	27	5
nicht allein lebend mit Kindern	7	20	40	28	4
getrennt lebend mit Kindern	10	14	43	27	6
allein lebend mit Kindern	7	14	51	25	3
<b>Bildungsstand:</b>					
Volks- und Hauptschule	9	26	40	21	3
Berufs- und Fachschule	7	19	45	27	4
Matura	3	13	39	36	8
Hochschule/Universität	3	5	52	32	8
<b>Berufstätigkeit:</b>					
Vollzeit berufstätig	6	16	44	29	6
Teilzeit berufstätig	6	21	44	26	4
Arbeitslos	6	20	52	22	0
nicht berufstätig	6	20	44	26	4
Pensioniert	8	23	42	26	2
in Ausbildung	0	6	35	46	13
<b>Stellung im Beruf:</b>					
Landwirt	8	18	40	28	5
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	8	10	47	27	9
Arbeiter niedriger qualifiziert	8	21	41	25	4
Arbeiter höher qualifiziert	5	20	47	26	2
Angestellter niedriger qualifiziert	11	18	45	22	3
Angestellter qualifiziert	5	19	41	30	5
Angestellter höher qualifiziert	3	18	42	33	4
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	6	17	46	26	5
Beamter höher qualifiziert	2	15	46	28	9

<b>Merkmal</b>	<b>sehr positiv</b>	<b>positiv</b>	<b>weder noch</b>	<b>negativ</b>	<b>sehr negativ</b>
<b>Insgesamt</b>	6	17	42	30	5
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>					
Katholisch	6	19	43	28	4
Evangelisch	7	12	40	36	6
sonstige Konfession	13	6	69	13	0
konfessionslos	8	17	46	22	6
<b>Rolle der Religion:</b>					
eine sehr wichtige Rolle	7	16	40	32	5
eine wichtige Rolle	6	18	42	29	6
keine wichtige Rolle	6	14	41	35	5
überhaupt keine Rolle	8	20	46	23	4
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>					
keine Angabe	8	19	33	33	6
bis 1.300 Euro	6	17	52	23	3
von 1.300 bis 2.200 Euro	7	20	44	24	4
über 2.200 Euro	5	17	41	32	6
<b>Ortsgröße:</b>					
bis 5.000 Einwohner	6	20	43	27	4
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	5	18	43	29	5
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	7	17	36	33	7
<b>Bundesland:</b>					
Vorarlberg	3	8	25	60	4
Tirol	6	21	44	26	4
Salzburg	17	12	29	30	11
Oberösterreich	3	19	39	34	5
Kärnten und Osttirol	3	22	38	32	5
Steiermark	8	22	38	26	5
Burgenland	10	26	26	32	6
Niederösterreich	4	18	50	24	4
Wien	8	16	53	20	3
<b>Parteipräferenz:</b>					
SPÖ	6	21	46	23	4
ÖVP	5	18	43	28	6
FPÖ	7	26	33	29	5
Grüne	6	12	45	33	4
andere Partei	0	11	67	17	6
keine Partei (+ keine Angabe)	7	16	44	28	4

Quelle: PPA II, Frage G 1.

Tabelle 7: Erwartung, ein bestimmtes Alter zu erreichen/differenziert

<b>Merkmal</b>	<b>- 70</b>	<b>71-75</b>	<b>76-80</b>	<b>81-85</b>	<b>86-90</b>	<b>91-95</b>	<b>96-100</b>	<b>100+</b>
<b>Insgesamt</b>	20	14	34	9	15	1	5	2
<b>Geschlecht:</b>								
Männer	19	16	31	10	16	1	5	2
Frauen	20	11	38	8	14	2	5	2
<b>Alter:</b>								
20-34	17	11	30	12	19	2	7	3
35-49	24	14	34	8	13	2	5	1
50+	18	18	40	7	13	1	3	1
<b>Familienstand:</b>								
ledig	14	10	33	14	18	2	6	3
verheiratet	21	15	35	8	14	1	5	1
geschieden	26	13	32	5	14	0	8	1
verwitwet	19	20	42	7	6	3	1	4
<b>Kinder:</b>								
keine Kinder	13	12	34	13	18	2	6	2
Kinder	22	15	35	8	14	1	5	1
<b>Lebensform:</b>								
allein lebend	17	11	36	13	15	2	5	2
nicht allein lebend	21	15	34	8	15	1	5	2
nicht allein lebend ohne Kinder	13	19	32	5	19	1	7	5
getrennt lebend ohne Kinder	16	11	32	15	11	5	8	2
allein lebend ohne Kinder	13	9	36	17	21	0	2	1
nicht allein lebend mit Kindern	22	15	34	8	14	1	4	1
getrennt lebend mit Kindern	28	17	30	14	2	4	5	0
allein lebend mit Kindern	22	12	40	4	11	1	6	5
<b>Bildungsstand:</b>								
Volks- und Hauptschule	28	14	33	9	10	4	2	1
Berufs- und Fachschule	20	15	34	8	16	1	5	2
Matura	14	9	37	12	19	1	6	1
Hochschule/Universität	12	18	35	15	9	2	5	5
<b>Berufstätigkeit:</b>								
Vollzeit berufstätig	20	14	34	9	15	1	5	2
Teilzeit berufstätig	15	10	40	6	17	3	6	3
arbeitslos	25	22	25	4	9	4	11	0
nicht berufstätig	30	11	32	7	14	2	5	0
pensioniert	13	21	40	9	10	1	4	2
in Ausbildung	12	5	17	29	28	1	3	6
<b>Stellung im Beruf:</b>								
Landwirt	18	18	31	16	16	0	1	0
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	13	15	38	3	25	0	5	2
Arbeiter niedriger qualifiziert	23	13	38	7	11	2	2	4
Arbeiter höher qualifiziert	24	17	26	7	16	2	7	0
Angestellter niedriger qualifiziert	25	7	23	17	16	3	8	2
Angestellter qualifiziert	16	13	37	11	16	1	5	1
Angestellter höher qualifiziert	12	15	44	4	7	2	9	7
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	28	13	38	5	13	0	4	0
Beamter höher qualifiziert	8	14	38	24	7	6	0	5



<b>Merkmal</b>	<b>- 70</b>	<b>71-75</b>	<b>76-80</b>	<b>81-85</b>	<b>86-90</b>	<b>91-95</b>	<b>96-100</b>	<b>100+</b>
<b>Insgesamt</b>	20	14	34	9	15	1	5	2
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>								
katholisch	20	14	34	10	15	1	4	2
evangelisch	11	12	44	10	10	2	11	0
sonstige Konfession	45	15	0	25	16	0	0	0
konfessionslos	17	16	38	7	14	0	7	2
<b>Rolle der Religion:</b>								
eine sehr wichtige Rolle	28	18	31	5	12	0	6	0
eine wichtige Rolle	21	14	34	10	16	1	3	1
keine wichtige Rolle	15	14	39	8	14	2	6	2
überhaupt keine Rolle	21	12	29	13	15	2	6	3
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>								
keine Angabe	19	5	38	9	17	2	6	4
bis 1.300 Euro	24	12	34	10	10	2	7	1
von 1.300 bis 2.200 Euro	23	19	31	6	14	1	4	1
über 2.200 Euro	15	13	36	11	17	2	4	2
<b>Ortsgröße:</b>								
bis 5.000 Einwohner	23	12	34	9	16	1	5	1
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	16	17	33	9	15	2	5	3
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	19	20	32	10	11	2	5	1
<b>Bundesland:</b>								
Vorarlberg	8	12	18	0	30	12	0	19
Tirol	16	15	38	5	20	6	1	0
Salzburg	17	9	44	9	13	2	7	0
Oberösterreich	23	12	31	10	14	2	7	1
Kärnten und Osttirol	15	9	39	7	17	1	10	2
Steiermark	21	20	29	12	14	0	1	2
Burgenland	46	8	30	1	4	4	6	0
Niederösterreich	19	16	35	10	13	0	4	2
Wien	15	11	39	10	19	0	6	1
<b>Parteipräferenz:</b>								
SPÖ	18	20	32	6	17	1	5	1
ÖVP	18	12	38	8	17	2	3	1
FPÖ	21	12	32	12	14	1	6	2
Grüne	21	12	34	15	13	0	1	4
andere Partei	4	33	13	21	12	0	17	0
keine Partei (+ keine Angabe)	22	13	33	11	11	2	7	2

Quelle: PPA II, Frage G 12.

**Tabelle 8: Wunsch, ein bestimmtes Alter zu erreichen/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>- 70</b>	<b>70-75</b>	<b>76-80</b>	<b>81-85</b>	<b>86-90</b>	<b>91-95</b>	<b>96-100</b>	<b>100+</b>
<b>Insgesamt</b>	7	7	34	10	17	3	17	5
<b>Geschlecht:</b>								
Männer	5	6	31	11	17	4	20	6
Frauen	9	7	37	9	17	2	15	4
<b>Alter:</b>								
20-34	8	6	28	11	18	5	19	5
35-49	6	6	37	9	16	2	17	6
50+	6	8	39	10	17	1	15	3
<b>Familienstand:</b>								
ledig	4	7	28	13	18	6	18	6
verheiratet	7	7	37	9	17	2	17	4
geschieden	10	6	32	8	18	2	20	5
verwitwet	9	5	46	9	22	2	4	4
<b>Kinder:</b>								
keine Kinder	4	7	27	11	19	5	19	6
Kinder	7	7	37	10	16	2	17	4
<b>Lebensform:</b>								
allein lebend	5	6	30	11	18	5	19	5
nicht allein lebend	7	7	36	10	17	2	16	5
nicht allein lebend ohne Kinder	4	10	30	6	24	1	16	8
getrennt lebend ohne Kinder	9	6	29	11	15	10	16	3
allein lebend ohne Kinder	3	6	26	14	18	6	21	6
nicht allein lebend mit Kindern	7	7	37	10	16	2	16	4
getrennt lebend mit Kindern	14	2	27	8	20	4	23	2
allein lebend mit Kindern	4	6	37	7	21	1	18	6
<b>Bildungsstand:</b>								
Volks- und Hauptschule	11	8	37	6	19	3	13	3
Berufs- und Fachschule	6	7	35	10	17	3	19	5
Matura	5	7	29	14	19	3	16	6
Hochschule/Universität	6	3	38	14	11	5	15	8
<b>Berufstätigkeit:</b>								
Vollzeit berufstätig	5	6	33	12	17	3	19	5
Teilzeit berufstätig	4	7	35	8	20	4	12	9
arbeitslos	6	11	25	1	15	3	38	2
nicht berufstätig	14	8	36	6	15	2	16	2
pensioniert	6	6	46	10	16	1	12	4
In Ausbildung	6	11	19	17	16	6	17	7
<b>Stellung im Beruf:</b>								
Landwirt	5	11	39	5	23	5	13	1
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	2	5	37	8	24	1	15	9
Arbeiter niedriger qualifiziert	10	8	36	11	15	2	13	5
Arbeiter höher qualifiziert	7	8	32	10	16	3	20	5
Angestellter niedriger qualifiziert	6	5	29	13	13	4	25	6
Angestellter qualifiziert	6	6	35	11	17	2	18	4
Angestellter höher qualifiziert	4	4	44	7	13	5	13	10
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	9	6	33	8	18	3	20	4
Beamter höher qualifiziert	2	6	25	20	30	6	7	4

<b>Merkmal</b>	<b>- 70</b>	<b>70-75</b>	<b>76-80</b>	<b>81-85</b>	<b>86-90</b>	<b>91-95</b>	<b>96-100</b>	<b>100+</b>
<b>Insgesamt</b>	7	7	34	10	17	3	17	5
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>								
katholisch	6	7	36	10	18	3	16	4
evangelisch	7	3	32	18	8	2	28	3
sonstige Konfession	43	9	11	21	9	1	6	0
konfessionslos	7	7	26	9	15	4	21	11
<b>Rolle der Religion:</b>								
eine sehr wichtige Rolle	6	6	44	5	16	0	19	2
eine wichtige Rolle	8	8	34	9	19	2	16	5
keine wichtige Rolle	5	5	34	12	16	4	17	6
überhaupt keine Rolle	6	9	27	13	17	5	18	6
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>								
keine Angabe	5	4	35	7	24	3	16	5
bis 1.300 Euro	10	8	32	9	16	2	18	6
von 1.300 bis 2.200 Euro	8	7	39	8	16	1	16	5
über 2.200 Euro	5	6	32	14	15	4	19	5
<b>Ortsgröße:</b>								
bis 5.000 Einwohner	6	6	34	9	19	3	18	4
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	7	7	37	9	14	3	17	5
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	7	9	34	15	13	2	13	6
<b>Bundesland:</b>								
Vorarlberg	3	0	43	2	19	9	7	17
Tirol	11	15	34	14	17	2	6	1
Salzburg	11	4	30	13	21	1	14	5
Oberösterreich	4	8	36	11	21	4	14	2
Kärnten und Osttirol	4	8	37	12	4	1	28	6
Steiermark	6	8	34	10	17	2	18	5
Burgenland	12	10	45	2	9	0	18	4
Niederösterreich	7	5	36	9	17	3	18	5
Wien	5	5	27	11	19	4	23	6
<b>Parteipräferenz:</b>								
SPÖ	4	8	36	11	16	1	19	6
ÖVP	6	8	40	6	21	5	12	2
FPÖ	10	5	26	16	14	1	21	6
Grüne	10	5	31	13	12	2	21	6
andere Partei	9	6	19	18	20	0	13	14
keine Partei (+ keine Angabe)	6	6	36	9	17	3	19	4

Quelle: PPA II, Frage G 13.

**Tabelle 9: Einstellungen zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>Altersvor- sorge</b>	<b>Arbeits- platz</b>	<b>Vereinbarkeit von Familie und Beruf/ Frauen</b>	<b>Förderung der Frauen- erwerbstätigkeit</b>	<b>Vereinbarkeit von Familie und Beruf/ Männer</b>	<b>Wohnung</b>
<b>Insgesamt</b>	94	92	89	80	69	60
<b>Geschlecht:</b>						
Männer	93	91	86	75	65	57
Frauen	94	94	91	85	73	63
<b>Alter:</b>						
20-34	92	93	90	82	76	62
35-49	94	92	88	79	65	60
50+	95	92	87	78	65	57
<b>Familienstand:</b>						
ledig	93	94	88	80	75	62
verheiratet	94	92	89	80	65	57
geschieden	92	90	88	79	75	64
verwitwet	93	88	83	73	71	71
<b>Kinder:</b>						
keine Kinder	92	94	89	79	73	63
Kinder	94	92	88	80	67	58
<b>Lebensform:</b>						
allein lebend	92	93	88	79	75	65
nicht allein lebend	94	92	89	80	66	58
nicht allein lebend ohne Kinder	89	93	90	79	68	58
getrennt lebend ohne Kinder	92	95	91	80	79	68
allein lebend ohne Kinder	94	94	87	80	74	64
nicht allein lebend mit Kindern	95	92	89	80	66	58
getrennt lebend mit Kindern	91	95	89	82	86	66
allein lebend mit Kindern	90	88	88	77	75	63
<b>Bildungsstand:</b>						
Volks- und Hauptschule	97	92	87	84	58	63
Berufs- und Fachschule	94	93	89	81	68	59
Matura	94	93	87	78	68	57
Hochschule/Universität	94	90	97	79	71	43
<b>Berufstätigkeit:</b>						
Vollzeit berufstätig	92	91	88	77	67	56
Teilzeit berufstätig	94	94	92	84	73	65
arbeitslos	98	82	83	78	76	71
nicht berufstätig	96	98	90	85	68	65
pensioniert	94	90	86	80	67	61
in Ausbildung	97	94	86	80	81	66
<b>Stellung im Beruf:</b>						
Landwirt	94	94	82	77	60	45
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	84	84	87	69	62	51
Arbeiter niedriger qualifiziert	93	96	88	83	72	70
Arbeiter höher qualifiziert	94	91	88	80	64	63
Angestellter nied. qualifiziert	96	95	89	82	76	73
Angestellter qualifiziert	94	93	90	82	72	57
Angestellter höher qualifiziert	96	92	93	78	66	56
Beamter nied. u. mittel qualifiziert	95	92	86	78	71	54
Beamter höher qualifiziert	97	88	92	68	70	51

<b>Merkmal</b>	<b>Altersvor- sorge</b>	<b>Arbeits- platz</b>	<b>Vereinbarkeit von Familie und Beruf/ Frauen</b>	<b>Förderung der Frauen- erwerbstätigkeit</b>	<b>Vereinbarkeit von Familie und Beruf/ Männer</b>	<b>Wohnung</b>
<b>Insgesamt</b>	94	92	89	80	69	60
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>						
katholisch	94	92	89	81	69	60
evangelisch	94	95	91	78	66	50
sonstige Konfession	89	89	79	72	62	96
konfessionslos	91	90	83	80	71	63
<b>Rolle der Religion:</b>						
eine sehr wichtige Rolle	94	97	92	84	70	64
eine wichtige Rolle	95	93	88	80	66	56
keine wichtige Rolle	94	91	90	79	70	59
überhaupt keine Rolle	91	90	84	78	72	65
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>						
keine Angabe	93	92	88	77	68	60
bis 1.300 Euro	92	94	86	77	70	67
von 1.300 bis 2.200 Euro	95	94	90	82	70	65
über 2.200 Euro	93	90	89	81	67	52
<b>Ortsgröße:</b>						
bis 5.000 Einwohner	94	92	87	79	68	59
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	93	95	90	82	68	61
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	93	89	93	85	76	63
<b>Bundesland:</b>						
Vorarlberg	96	96	95	85	78	72
Tirol	91	94	92	78	47	58
Salzburg	96	97	87	88	67	68
Oberösterreich	93	94	92	84	71	63
Kärnten und Osttirol	90	88	86	78	70	64
Steiermark	95	95	86	80	71	53
Burgenland	99	94	80	75	60	50
Niederösterreich	93	90	91	80	70	52
Wien	93	88	85	73	72	64
<b>Parteipräferenz:</b>						
SPÖ	95	94	90	85	69	66
ÖVP	93	90	87	76	60	51
FPÖ	92	90	86	83	66	63
Grüne	93	97	92	86	83	58
andere Partei	95	100	93	69	85	68
keine Partei (+ keine Angabe)	93	91	87	76	70	59

Quelle: PPA II, Frage B 1.

**Tabelle 10: Beurteilung staatlicher Aktivitäten der letzten Jahre im Bereich der Altersvorsorge/differenziert**

<b>Merkmal</b>	weniger	gleich viel	mehr	weiß nicht
<b>Insgesamt</b>	24	45	21	11
<b>Geschlecht:</b>				
Männer	24	45	20	10
Frauen	23	45	21	12
<b>Alter:</b>				
20-34	22	44	19	16
35-49	23	46	21	10
50+	26	45	22	7
<b>Familienstand:</b>				
ledig	22	45	17	16
verheiratet	24	45	22	9
geschieden	25	47	18	10
verwitwet	27	40	27	6
<b>Kinder:</b>				
keine Kinder	21	46	18	15
Kinder	24	44	22	10
<b>Lebensform:</b>				
allein lebend	21	45	19	15
nicht allein lebend	25	45	21	9
nicht allein lebend ohne Kinder	27	44	16	12
getrennt lebend ohne Kinder	23	43	14	20
allein lebend ohne Kinder	16	49	21	15
nicht allein lebend mit Kindern	24	45	22	9
getrennt lebend mit Kindern	39	36	6	19
allein lebend mit Kindern	22	41	25	12
<b>Bildungsstand:</b>				
Volks- und Hauptschule	28	35	19	18
Berufs- und Fachschule	24	47	21	9
Matura	22	48	19	11
Hochschule/Universität	28	41	23	8
<b>Berufstätigkeit:</b>				
Vollzeit berufstätig	23	47	20	10
Teilzeit berufstätig	24	41	23	12
arbeitslos	30	31	16	24
nicht berufstätig	22	46	20	12
pensioniert	25	47	22	6
in Ausbildung	22	37	25	17
<b>Stellung im Beruf:</b>				
Landwirt	13	45	33	9
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	19	50	21	10
Arbeiter niedriger qualifiziert	27	36	22	15
Arbeiter höher qualifiziert	21	46	17	16
Angestellter niedriger qualifiziert	20	49	20	11
Angestellter qualifiziert	27	45	19	9
Angestellter höher qualifiziert	18	55	22	5
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	28	41	23	8
Beamter höher qualifiziert	33	42	19	6

<b>Merkmal</b>	weniger	gleich viel	mehr	weiß nicht
<b>Insgesamt</b>	24	45	21	11
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>				
katholisch	22	46	21	11
evangelisch	25	37	32	5
sonstige Konfession	13	29	29	28
konfessionslos	35	43	14	8
<b>Rolle der Religion:</b>				
eine sehr wichtige Rolle	24	40	23	12
eine wichtige Rolle	25	42	20	13
keine wichtige Rolle	20	49	20	10
überhaupt keine Rolle	26	46	20	7
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>				
keine Angabe	18	45	24	13
bis 1.300 Euro	23	42	20	15
von 1.300 bis 2.200 Euro	23	47	19	10
über 2.200 Euro	27	44	20	9
<b>Ortsgröße:</b>				
bis 5.000 Einwohner	23	46	21	10
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	24	42	21	12
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	25	41	18	16
<b>Bundesland:</b>				
Vorarlberg	12	33	42	13
Tirol	13	40	22	25
Salzburg	26	52	10	12
Oberösterreich	20	43	22	14
Kärnten und Osttirol	26	44	16	14
Steiermark	32	34	24	9
Burgenland	33	45	13	8
Niederösterreich	25	44	24	8
Wien	22	57	15	6
<b>Parteipräferenz:</b>				
SPÖ	31	47	15	7
ÖVP	14	47	29	10
FPÖ	18	44	26	12
Grüne	35	38	18	9
andere Partei	27	60	14	0
keine Partei (+ keine Angabe)	24	43	19	14

Quelle: PPA II, Frage B 2.

Tabelle 11: Präferenzen gegenüber Maßnahmen zur Pensionsreform/differenziert

Merkmal	Erhöhung des Pensionsbeitrages		Abschaffung vorzeitiger Pensionierung		Erhöhung des Pensionsalters		Verringerung der Pensionshöhe	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
<b>Insgesamt</b>	42	58	36	64	20	80	7	93
<b>Geschlecht:</b>								
Männer	40	60	37	63	22	78	9	91
Frauen	44	56	35	65	18	82	5	95
<b>Alter:</b>								
20-34	39	61	36	64	21	79	10	90
35-49	44	56	35	65	20	80	7	93
50+	43	57	36	64	19	81	5	95
<b>Familienstand:</b>								
ledig	42	58	36	64	22	78	9	91
verheiratet	42	58	38	62	20	80	7	93
geschieden	44	56	27	73	13	87	3	97
verwitwet	44	56	24	76	18	82	6	94
<b>Kinder:</b>								
keine Kinder	44	56	34	66	23	77	8	92
Kinder	41	59	37	63	19	81	7	93
<b>Lebensform:</b>								
allein lebend	44	56	32	68	20	80	7	93
nicht allein lebend	41	59	37	63	20	80	8	92
nicht allein lebend ohne Kinder	44	56	35	65	25	75	5	95
getrennt lebend ohne Kinder	49	51	29	71	21	79	3	97
allein lebend ohne Kinder	42	58	34	66	21	79	11	89
nicht allein lebend mit Kindern	41	59	37	63	19	81	8	92
getrennt lebend mit Kindern	53	47	33	67	23	77	4	96
allein lebend mit Kindern	41	59	30	70	14	86	5	95
<b>Bildungsstand:</b>								
Volks- und Hauptschule	37	63	30	70	14	86	6	94
Berufs- und Fachschule	43	57	36	64	18	82	7	93
Matura	42	58	39	61	25	75	8	92
Hochschule/Universität	45	55	46	54	35	65	7	93
<b>Berufstätigkeit:</b>								
Vollzeit berufstätig	40	60	35	65	19	81	9	91
Teilzeit berufstätig	43	57	45	55	23	77	6	94
arbeitslos	51	49	28	72	12	88	5	95
nicht berufstätig	41	59	36	64	21	79	6	94
pensioniert	47	53	34	66	21	79	4	96
In Ausbildung	45	55	25	75	27	73	9	91
<b>Stellung im Beruf:</b>								
Landwirt	24	76	47	53	21	79	15	85
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	35	65	53	47	29	71	7	93
Arbeiter niedriger qualifiziert	39	61	33	67	11	89	10	90
Arbeiter höher qualifiziert	39	61	33	67	18	82	6	94
Angestellter niedriger qualifiziert	56	44	33	67	19	81	3	97
Angestellter qualifiziert	47	53	34	66	21	79	8	92
Angestellter höher qualifiziert	49	51	32	68	31	69	5	95



Merkmal	Erhöhung des Pensionsbeitrages		Abschaffung vorzeitiger Pensionierung		Erhöhung des Pensionsalters		Verringerung der Pensionshöhe	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
<b>Insgesamt</b>	42	58	36	64	20	80	7	93
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	39	61	30	70	20	80	5	95
Beamter höher qualifiziert	37	63	55	45	18	82	8	92
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>								
katholisch	42	58	38	62	19	81	8	92
evangelisch	46	54	23	77	28	72	9	91
sonstige Konfession	35	65	30	70	2	98	16	84
konfessionslos	38	62	28	72	21	79	2	98
<b>Rolle der Religion:</b>								
eine sehr wichtige Rolle	41	59	41	59	21	79	7	93
eine wichtige Rolle	45	55	33	67	16	84	9	91
keine wichtige Rolle	41	59	36	64	23	77	8	92
überhaupt keine Rolle	39	61	36	64	21	79	4	96
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>								
keine Angabe	40	60	44	56	23	77	8	92
bis 1.300 Euro	40	60	28	72	16	84	5	95
von 1.300 bis 2.200 Euro	42	58	37	63	19	81	6	94
über 2.200 Euro	44	56	34	66	21	79	10	90
<b>Ortsgröße:</b>								
bis 5.000 Einwohner	40	60	38	62	19	81	8	92
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	43	57	31	69	18	82	8	92
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	44	56	38	62	26	74	4	96
<b>Bundesland:</b>								
Vorarlberg	66	34	30	70	13	87	2	98
Tirol	39	61	28	72	11	89	7	93
Salzburg	31	69	52	48	27	73	4	96
Oberösterreich	36	64	34	66	17	83	8	92
Kärnten und Osttirol	35	65	30	70	22	78	12	88
Steiermark	46	54	27	73	29	71	6	94
Burgenland	48	52	47	53	23	77	7	93
Niederösterreich	37	63	48	52	17	83	12	88
Wien	49	51	31	69	19	81	4	96
<b>Parteipräferenz:</b>								
SPÖ	46	54	32	68	18	82	6	94
ÖVP	32	68	43	57	25	75	11	89
FPÖ	36	64	34	66	18	82	15	85
Grüne	45	55	36	64	29	71	6	94
andere Partei	26	74	39	61	26	74	8	92
keine Partei (+ keine Angabe)	46	54	36	64	17	83	5	95

Quelle: PPA II, Frage G 6.

Tabelle 12: Präferenzen zum Übergang in den Ruhestand/differenziert

Merkmal	Beibehaltung der starren Pensionsregelung	Beibehaltung der starren Pensionsregelung plus Möglichkeit der Arbeits- tätigkeit im Ruhestand	Flexibler Übergang in den Ruhestand
<b>Insgesamt</b>	12	53	36
<b>Geschlecht:</b>			
Männer	12	53	35
Frauen	11	52	36
<b>Alter:</b>			
20-34	7	52	41
35-49	12	51	36
50+	15	56	28
<b>Familienstand:</b>			
ledig	8	54	37
verheiratet	14	51	36
geschieden	8	62	30
verwitwet	8	64	28
<b>Kinder:</b>			
keine Kinder	9	53	38
Kinder	12	53	35
<b>Lebensform:</b>			
allein lebend	8	58	34
nicht allein lebend	13	51	36
nicht allein lebend ohne Kinder	13	44	43
getrennt lebend ohne Kinder	7	49	44
allein lebend ohne Kinder	8	58	34
nicht allein lebend mit Kindern	13	52	35
getrennt lebend mit Kindern	8	54	38
allein lebend mit Kindern	10	62	29
<b>Bildungsstand:</b>			
Volks- und Hauptschule	19	52	29
Berufs- und Fachschule	13	52	35
Matura	9	48	43
Hochschule/Universität	3	43	55
<b>Berufstätigkeit:</b>			
Vollzeit berufstätig	11	54	36
Teilzeit berufstätig	11	51	38
Arbeitslos	13	54	33
nicht berufstätig	13	52	34
pensioniert	18	55	27
in Ausbildung	2	42	56

<b>Merkmal</b>	<b>Beibehaltung der starren Pensionsregelung</b>	<b>Beibehaltung der starren Pensionsregelung plus Möglichkeit der Arbeits- tätigkeit im Ruhestand</b>	<b>Flexibler Übergang in den Ruhestand</b>
<b>Insgesamt</b>	12	53	36
<b>Stellung im Beruf:</b>			
Landwirt	15	53	32
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	6	47	46
Arbeiter niedriger qualifiziert	16	54	29
Arbeiter höher qualifiziert	13	59	29
Angestellter niedriger qualifiziert	11	49	40
Angestellter qualifiziert	8	50	42
Angestellter höher qualifiziert	13	52	36
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	14	54	32
Beamter höher qualifiziert	7	56	37
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>			
katholisch	12	54	35
evangelisch	15	36	49
sonstige Konfession	22	22	55
konfessionslos	10	56	34
<b>Rolle der Religion:</b>			
eine sehr wichtige Rolle	13	50	37
eine wichtige Rolle	14	49	37
keine wichtige Rolle	12	54	34
überhaupt keine Rolle	5	60	35
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>			
keine Angabe	12	58	30
bis 1.300 Euro	11	55	34
von 1.300 bis 2.200 Euro	15	54	31
über 2.200 Euro	9	48	43
<b>Ortsgröße:</b>			
bis 5.000 Einwohner	13	57	30
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	11	48	41
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	7	40	53
<b>Bundesland:</b>			
Vorarlberg	12	56	32
Tirol	18	24	58
Salzburg	7	62	31
Oberösterreich	7	46	46
Kärnten und Osttirol	9	64	27
Steiermark	16	56	29
Burgenland	14	55	31
Niederösterreich	18	48	34
Wien	6	63	31
<b>Parteipräferenz:</b>			
SPÖ	12	57	30
ÖVP	13	55	31
FPÖ	16	56	29
Grüne	3	40	57
andere Partei	20	63	18
keine Partei (+ keine Angabe)	11	50	39

Quelle: PPA II, Frage G 11.

**Tabelle 13: Erwartetes und gewünschtes Pensionsantrittsalter von Nichtpensionisten/differenziert**

Merkmal	Pensionsantrittsalter							
	erwartet				gewünscht			
	vor 59	60-64	65-69	70+	vor 59	60-64	65-69	70+
<b>Insgesamt</b>	17	45	31	8	54	37	7	2
<b>Geschlecht:</b>								
Männer	6	44	42	8	41	46	9	3
Frauen	31	46	16	7	71	25	3	1
<b>Alter:</b>								
20-34	14	40	34	12	55	35	8	2
35-49	18	43	33	6	54	37	6	3
50+	20	60	18	1	48	45	6	1
<b>Familienstand:</b>								
ledig	11	40	36	13	51	37	9	3
verheiratet	19	46	30	5	53	39	5	2
geschieden	22	48	24	6	59	35	5	2
verwitwet	40	44	15	0	81	12	6	0
<b>Kinder:</b>								
keine Kinder	11	43	34	12	49	39	9	3
Kinder	20	45	30	5	56	36	5	2
<b>Lebensform:</b>								
allein lebend	14	44	33	9	52	38	7	2
nicht allein lebend	18	45	30	6	54	37	6	3
nicht allein lebend ohne Kinder	16	42	27	15	50	35	12	4
getrennt lebend ohne Kinder	12	35	39	14	56	32	11	1
allein lebend ohne Kinder	8	47	35	10	45	45	7	3
nicht allein lebend mit Kindern	18	46	31	5	54	38	5	3
getrennt lebend mit Kindern	21	41	20	19	71	26	3	0
allein lebend mit Kindern	30	46	22	2	63	30	7	1
<b>Bildungsstand:</b>								
Volks- und Hauptschule	22	38	35	6	56	37	5	2
Berufs- und Fachschule	18	47	29	6	56	35	6	3
Matura	15	39	36	10	45	43	11	1
Hochschule/Universität	9	42	41	8	45	47	8	1
<b>Berufstätigkeit:</b>								
Vollzeit berufstätig	14	44	34	8	50	41	7	2
Teilzeit berufstätig	29	46	19	5	70	26	3	1
arbeitslos	20	49	24	7	62	24	10	4
nicht berufstätig	23	52	17	9	59	39	1	0
pensioniert	9	34	43	14	45	28	15	12
in Ausbildung	17	45	31	8	54	37	7	2
<b>Stellung im Beruf:</b>								
Landwirt	11	48	36	6	50	41	7	2
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	11	36	40	13	43	35	17	4
Arbeiter niedriger qualifiziert	20	51	22	7	63	33	2	2
Arbeiter höher qualifiziert	12	47	34	7	49	42	8	2
Angestellter niedriger qualifiziert	27	40	29	5	59	31	5	4
Angestellter qualifiziert	17	44	30	8	56	37	5	2
Angestellter höher qualifiziert	23	34	37	5	50	38	9	3
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	17	49	29	6	50	42	3	5
Beamter höher qualifiziert	15	38	31	16	51	37	12	0

Merkmal	Pensionsantrittsalter							
	erwartet				gewünscht			
	vor 59	60-64	65-69	70+	vor 59	60-64	65-69	70+
<b>Insgesamt</b>	17	45	31	8	54	37	7	2
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>								
katholisch	17	44	32	7	53	39	6	2
evangelisch	12	47	35	6	47	31	11	10
sonstige Konfession	32	54	14	0	62	38	0	0
konfessionslos	17	45	27	11	58	34	6	2
<b>Rolle der Religion:</b>								
eine sehr wichtige Rolle	21	44	35	0	50	45	4	1
eine wichtige Rolle	19	49	32	1	56	38	6	0
keine wichtige Rolle	17	48	32	3	55	35	9	1
überhaupt keine Rolle	17	46	36	2	54	39	7	1
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>								
keine Angabe	17	44	28	10	49	44	5	2
bis 1.300 Euro	18	49	25	8	62	32	4	2
von 1.300 bis 2.200 Euro	18	42	33	8	51	39	8	2
über 2.200 Euro	16	45	33	6	54	36	7	3
<b>Ortsgröße:</b>								
bis 5.000 Einwohner	16	44	32	8	54	37	7	2
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	19	47	29	5	52	41	5	2
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	19	41	30	10	55	32	8	5
<b>Bundesland:</b>								
Vorarlberg	38	38	22	2	64	33	3	0
Tirol	12	42	34	12	40	44	10	6
Salzburg	9	42	43	5	30	56	13	1
Oberösterreich	18	50	26	6	59	38	2	0
Kärnten und Osttirol	23	46	23	8	53	32	10	5
Steiermark	17	48	26	9	62	31	3	4
Burgenland	15	38	43	4	50	42	6	3
Niederösterreich	15	39	39	7	47	42	9	2
Wien	16	47	29	9	59	32	7	2
<b>Parteipräferenz:</b>								
SPÖ	17	48	31	4	56	39	4	2
ÖVP	13	48	33	6	45	45	8	2
FPÖ	19	41	31	8	51	35	9	5
Grüne	9	46	36	8	43	44	7	5
andere Partei	18	47	22	13	80	20	0	0
keine Partei (+ keine Angabe)	19	41	31	9	59	33	6	2

Quelle: PPA II, Fragen G 7 und G 8.

Tabelle 14: Tatsächliches und gewünschtes Pensionsantrittsalter von Pensionisten/differenziert

Merkmal	Pensionsantrittsalter							
	tatsächliches				gewünschtes			
	vor 49	50-54	55-59	60+	vor 54	55-59	60-64	65+
<b>Insgesamt</b>	8	15	55	22	9	48	38	5
<b>Geschlecht:</b>								
Männer	8	19	45	27	7	34	52	7
Frauen	8	10	65	16	11	63	24	2
<b>Familienstand:</b>								
ledig	18	0	67	15	7	61	21	11
verheiratet	7	15	55	24	9	46	42	4
geschieden	13	17	58	13	9	62	25	4
verwitwet	10	19	53	18	8	48	30	13
<b>Kinder:</b>								
keine Kinder	14	2	61	23	10	50	32	8
Kinder	8	16	54	22	9	48	39	5
<b>Lebensform:</b>								
allein lebend	11	17	58	15	9	56	26	9
nicht allein lebend	7	14	54	24	9	46	42	4
nicht allein lebend ohne Kinder	10	0	61	29	11	48	32	9
getrennt lebend ohne Kinder	0	0	0	100	0	0	100	0
allein lebend ohne Kinder	17	3	62	18	10	52	31	7
nicht allein lebend mit Kindern	7	15	54	24	9	46	43	3
getrennt lebend mit Kindern	24	29	39	9	7	67	5	21
allein lebend mit Kindern	7	20	60	14	9	57	27	8
<b>Bildungsstand:</b>								
Volks- und Hauptschule	7	24	49	21	6	48	40	5
Berufs- und Fachschule	10	12	59	18	11	50	37	2
Matura	0	8	41	52	4	34	39	24
Hochschule/Universität	0	0	68	32	0	54	44	2
<b>Stellung im Beruf:</b>								
Landwirt	10	7	52	31	8	22	70	0
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	12	27	13	47	8	27	44	22
Arbeiter niedriger qualifiziert	5	16	64	15	4	63	30	3
Arbeiter höher qualifiziert	14	16	59	11	12	58	25	6
Angestellter niedriger qualifiziert	2	25	60	14	8	54	30	8
Angestellter qualifiziert	11	8	64	16	5	54	40	1
Angestellter höher qualifiziert	1	15	34	49	18	26	38	19
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	5	21	52	22	13	42	45	0
Beamter höher qualifiziert	22	7	7	63	0	33	64	3
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>								
katholisch	10	13	58	19	6	53	38	4
evangelisch	0	13	54	33	4	55	37	4
sonstige Konfession	0	0	0	100	0	0	0	100
konfessionslos	3	26	43	28	23	27	40	9
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>								
keine Angabe	4	12	55	30	7	30	58	6
bis 1.300 Euro	7	21	53	19	9	49	38	4
von 1.300 bis 2.200 Euro	14	15	52	20	9	55	31	5
über 2.200 Euro	4	10	63	24	9	50	36	5

Merkmal	Pensionsantrittsalter							
	tatsächliches				gewünschtes			
	vor 49	50-54	55-59	60+	vor 54	55-59	60-64	65+
<b>Insgesamt</b>	8	15	55	22	9	48	38	5
<b>Ortsgröße:</b>								
bis 5.000 Einwohner	10	17	54	19	8	50	38	4
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	5	19	51	25	9	51	37	3
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	10	8	63	20	5	42	43	11
<b>Rolle der Religion:</b>								
eine sehr wichtige Rolle	18	11	54	18	8	49	39	4
eine wichtige Rolle	6	18	57	19	13	46	33	7
keine wichtige Rolle	7	14	55	24	8	54	35	4
überhaupt keine Rolle	9	13	53	25	9	49	38	5
<b>Bundesland:</b>								
Vorarlberg	10	32	25	33	11	9	71	9
Tirol	15	20	45	21	6	42	45	8
Salzburg	7	0	61	32	0	37	43	20
Oberösterreich	7	13	68	11	10	47	40	3
Kärnten und Osttirol	12	19	56	12	6	34	59	2
Steiermark	8	27	47	18	13	53	28	6
Burgenland	0	13	36	51	15	35	50	0
Niederösterreich	15	14	54	16	1	61	35	2
Wien	0	9	60	31	19	49	30	2
<b>Parteipräferenz:</b>								
SPÖ	10	17	56	17	6	60	33	1
ÖVP	6	5	63	26	7	40	46	8
FPÖ	4	31	30	34	10	33	40	17
Grüne	19	16	28	37	0	22	63	15
keine Partei (+ keine Angabe)	7	14	58	20	13	47	36	4

Quelle: PPA II, Fragen G 9 und G 10.

**Tabelle 15: Meinungen zur Stellung Älterer in der Gesellschaft nach Hauptaltersgruppen**

	stimme völlig zu	stimme eher schon zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
<b>Die Gesellschaft sollte die Probleme von Älteren berücksichtigen</b>					
20-34 Jahre	52	41	7	0	0
35-49 Jahre	57	35	7	1	0
50-64 Jahre	64	30	6	0	0
Gesamt	57	36	7	1	0
<b>Die Gesellschaft sollte die Rechte von Älteren berücksichtigen</b>					
20-34 Jahre	50	40	9	0	0
35-49 Jahre	57	34	9	1	0
50-64 Jahre	64	29	5	1	0
Gesamt	57	35	8	1	0
<b>Die jüngeren Generationen können von der Anwesenheit, dem Wissen und der Erfahrung Älterer profitieren</b>					
20-34 Jahre	49	40	9	2	0
35-49 Jahre	51	37	11	1	0
50-64 Jahre	62	30	6	2	0
Gesamt	54	36	9	2	0
<b>Ältere garantieren den Fortbestand von traditionellen Werten in der Gesellschaft</b>					
20-34 Jahre	39	42	14	3	1
35-49 Jahre	43	39	14	2	1
50-64 Jahre	56	34	7	2	0
Gesamt	46	39	12	3	1
<b>Aufgrund ihrer großen Lebenserfahrung sind Ältere ein wertvoller Bestandteil der Gesellschaft</b>					
20-34 Jahre	52	36	10	1	1
35-49 Jahre	54	37	8	1	0
50-64 Jahre	66	27	6	2	0
Gesamt	57	34	8	1	0
<b>Die Älteren sind für die jüngere Generation in emotionaler Hinsicht wichtig</b>					
20-34 Jahre	33	36	24	5	2
35-49 Jahre	39	35	22	4	1
50-64 Jahre	37	37	20	4	2
Gesamt	36	36	22	4	2
<b>Ältere sind ein Hindernis für Veränderungen</b>					
20-34 Jahre	4	16	29	24	27
35-49 Jahre	4	12	26	31	27
50-64 Jahre	5	11	22	28	34
Gesamt	4	13	26	28	29
<b>Die Älteren sind für die Gesellschaft eine Last</b>					
20-34 Jahre	1	7	25	27	40
35-49 Jahre	1	7	19	27	46
50-64 Jahre	3	9	20	23	45
Gesamt	2	8	21	26	44

Quelle: PPA II, Frage G 2.



Tabelle 16a: Einstellungen zur Unterstützung älterer Menschen/differenziert

Merkmal	Aufgabe der Gesellschaft		Aufgabe der Kinder		Pflicht der Angehörigen		Zusammenleben mit den alten Eltern	
	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu
<b>Insgesamt</b>	95	1	74	13	62	18	40	39
<b>Geschlecht:</b>								
Männer	95	2	76	11	63	17	40	38
Frauen	96	1	73	14	61	19	40	39
<b>Alter:</b>								
20-34	94	2	76	13	63	18	39	40
35-49	96	1	75	12	62	15	40	38
50+	95	1	72	14	60	20	42	38
<b>Familienstand:</b>								
ledig	96	1	76	11	66	15	41	39
verheiratet	95	1	76	12	62	18	42	37
geschieden	97	0	66	19	55	22	30	51
verwitwet	95	0	64	23	54	22	35	44
<b>Kinder:</b>								
keine Kinder	96	1	76	10	64	16	38	38
Kinder	95	1	74	14	62	18	41	39
<b>Lebensform:</b>								
allein lebend	95	1	72	14	60	18	39	41
nicht allein lebend	95	1	75	12	63	17	41	37
nicht allein lebend ohne Kinder	99	0	79	6	66	13	34	40
getrennt lebend ohne Kinder	94	4	69	13	62	17	35	41
allein lebend ohne Kinder	95	1	76	11	62	17	42	35
nicht allein lebend mit Kindern	95	2	75	13	63	18	42	37
getrennt lebend mit Kindern	94	2	79	9	66	5	36	58
allein lebend mit Kindern	96	0	64	21	54	26	36	50
<b>Bildungsstand:</b>								
Volks- und Hauptschule	92	3	78	12	63	18	53	30
Berufs- und Fachschule	96	1	73	14	61	19	41	38
Matura	96	0	76	8	61	16	32	45
Hochschule/Universität	97	2	76	9	69	12	23	49
<b>Berufstätigkeit:</b>								
Vollzeit berufstätig	94	2	75	11	61	17	40	38
Teilzeit berufstätig	96	2	71	16	63	21	39	44
arbeitslos	94	0	73	14	67	18	44	38
nicht berufstätig	96	1	74	14	62	20	42	35
pensioniert	96	1	73	14	61	19	44	36
in Ausbildung	96	0	76	9	69	13	28	49
<b>Stellung im Beruf:</b>								
Landwirt	95	0	83	6	68	12	63	22
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	93	2	72	9	56	15	31	44
Arbeiter niedriger qualifiziert	91	3	78	13	67	16	50	26
Arbeiter höher qualifiziert	95	2	79	9	61	16	40	33

Merkmal	Aufgabe der Gesellschaft		Aufgabe der Kinder		Pflicht der Angehörigen		Zusammenleben mit den alten Eltern	
	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu
<b>Insgesamt</b>	95	1	74	13	62	18	40	39
Angestellter niedriger qualifiziert	94	1	67	16	63	18	43	42
Angestellter qualifiziert	98	0	73	15	62	22	38	42
Angestellter höher qualifiziert	99	1	73	12	62	19	38	45
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	94	1	70	13	58	16	29	53
Beamter höher qualifiziert	95	0	59	25	61	18	19	52
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>								
katholisch	95	1	77	12	62	17	42	36
evangelisch	96	1	74	11	68	17	35	46
sonstige Konfession	71	3	74	0	59	12	60	10
konfessionslos	97	1	55	23	51	25	23	58
<b>Rolle der Religion:</b>								
eine sehr wichtige Rolle	97	0	77	9	64	15	51	30
eine wichtige Rolle	95	1	78	12	63	16	44	35
keine wichtige Rolle	95	2	72	14	63	18	36	41
überhaupt keine Rolle	94	1	68	15	57	22	32	49
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>								
keine Angabe	97	1	80	12	65	20	56	25
bis 1.300 Euro	93	2	71	16	58	21	37	40
von 1.300 bis 2.200 Euro	95	2	77	12	60	18	37	40
über 2.200 Euro	96	1	72	11	64	14	37	44
<b>Ortsgröße:</b>								
bis 5.000 Einwohner	94	2	77	12	62	17	42	37
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	96	1	75	15	61	19	43	35
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	97	0	69	13	64	18	37	45
<b>Bundesland:</b>								
Vorarlberg	96	0	82	16	68	29	73	21
Tirol	91	4	90	5	43	19	41	26
Salzburg	96	2	77	20	55	26	32	47
Oberösterreich	99	0	67	15	56	21	49	31
Kärnten und Osttirol	87	4	82	8	71	11	51	29
Steiermark	97	2	75	12	64	17	46	35
Burgenland	98	1	90	4	82	12	56	28
Niederösterreich	94	1	76	12	69	16	40	36
Wien	95	1	65	14	61	16	19	60
<b>Parteipräferenz:</b>								
SPÖ	96	1	70	16	58	18	37	45
ÖVP	96	1	80	8	69	14	45	29
FPÖ	88	5	76	12	52	24	38	41
Grüne	98	1	70	15	64	18	37	45

Tabelle 16b: Einstellungen zur Unterstützung älterer Menschen/differenziert

Merkmal	Wenn meine Eltern Hilfe bräuchten ... ob sie bei mir leben möchten.		Wer kleine Kinder hat ... nicht um seine alten Eltern kümmern		Alte Menschen ... Altersheim, wenn sich niemand von der Familie kümmern kann		Alte Menschen sollten im Altersheim leben	
	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu
<b>Insgesamt</b>	67	17	19	56	70	15	8	72
<b>Geschlecht:</b>								
Männer	67	17	18	54	71	16	7	73
Frauen	67	17	19	57	70	14	9	70
<b>Alter:</b>								
20-34	69	16	18	54	66	18	10	70
35-49	67	17	18	56	72	12	7	73
50+	65	18	20	56	74	14	7	72
<b>Familienstand:</b>								
ledig	65	16	20	52	65	17	9	70
verheiratet	69	17	18	57	72	15	8	73
geschieden	57	21	20	56	75	8	9	69
verwitwet	66	14	23	55	71	9	7	68
<b>Kinder:</b>								
keine Kinder	64	17	21	47	66	16	8	70
Kinder	69	17	18	58	72	14	8	72
<b>Lebensform:</b>								
allein lebend	65	16	20	51	69	13	8	70
nicht allein lebend	68	17	18	57	71	15	8	72
nicht allein lebend ohne Kinder	53	22	21	45	61	20	9	71
getrennt lebend ohne Kinder	71	14	19	54	67	17	8	71
allein lebend ohne Kinder	67	14	20	46	68	12	8	68
nicht allein lebend mit Kindern	70	17	17	59	73	15	8	72
getrennt lebend mit Kindern	73	16	11	61	62	15	7	77
allein lebend mit Kindern	57	20	23	56	71	12	9	70
<b>Bildungsstand:</b>								
Volks- und Hauptschule	77	12	23	50	79	6	8	72
Berufs- und Fachschule	68	16	18	58	72	14	8	71
Matura	61	21	17	53	64	18	6	73
Hochschule/Universität	56	26	18	54	49	28	9	71
<b>Berufstätigkeit:</b>								
Vollzeit berufstätig	67	16	18	55	70	15	7	72
Teilzeit berufstätig	67	18	20	56	66	19	12	69
arbeitslos	61	21	21	43	76	10	11	65
nicht berufstätig	72	18	17	59	75	12	8	74
pensioniert	65	19	24	54	75	12	6	70
in Ausbildung	69	11	11	58	53	17	7	74

Merkmal	Wenn meine Eltern Hilfe bräuchten ... ob sie bei mir leben möchten.		Wer kleine Kinder hat ... nicht um seine alten Eltern kümmern		Alte Menschen ... Altersheim, wenn sich niemand von der Familie kümmern kann		Alte Menschen sollten im Altersheim leben	
	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu
<b>Insgesamt</b>	67	17	19	56	70	15	8	72
<b>Stellung im Beruf:</b>								
Landwirt	83	9	15	63	79	7	1	83
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	60	20	19	50	63	16	6	67
Arbeiter niedriger qualifiziert	72	13	19	54	75	11	12	69
Arbeiter höher qualifiziert	69	13	19	52	75	12	5	72
Angestellter niedriger qualifiziert	63	19	15	61	74	10	11	73
Angestellter qualifiziert	69	18	19	56	68	19	8	73
Angestellter höher qualifiziert	59	20	17	59	64	20	9	63
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	58	27	21	54	64	16	10	74
Beamter höher qualifiziert	57	18	14	61	63	19	9	72
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>								
katholisch	70	15	18	56	71	14	8	72
evangelisch	61	19	21	55	64	14	9	72
sonstige Konfession	69	11	14	43	91	4	9	76
konfessionslos	51	34	25	47	63	21	11	64
<b>Rolle der Religion:</b>								
eine sehr wichtige Rolle	77	11	16	57	83	7	7	79
eine wichtige Rolle	72	14	17	58	72	13	7	72
keine wichtige Rolle	61	20	20	53	64	19	8	67
überhaupt keine Rolle	60	23	22	55	68	14	7	73
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>								
keine Angabe	77	13	24	60	76	13	9	75
bis 1.300 Euro	64	17	20	54	73	11	9	68
von 1.300 bis 2.200 Euro	66	19	19	54	67	16	9	70
über 2.200 Euro	66	18	15	55	69	16	6	74
<b>Ortsgröße:</b>								
bis 5.000 Einwohner	69	15	18	56	71	14	6	73
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	72	15	17	58	72	15	11	71
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	61	22	21	52	72	13	11	67

Merkmal	Wenn meine Eltern Hilfe bräuchten ... ob sie bei mir leben möchten.		Wer kleine Kinder hat ... nicht um seine alten Eltern kümmern		Alte Menschen ... Altersheim, wenn sich niemand von der Familie kümmern kann		Alte Menschen sollten im Altersheim leben	
	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu
<b>Insgesamt</b>	67	17	19	56	70	15	8	72
<b>Bundesland:</b>								
Vorarlberg	98	0	29	66	87	9	17	80
Tirol	69	5	15	47	87	7	11	52
Salzburg	64	24	36	44	75	18	10	74
Oberösterreich	68	15	22	51	69	12	7	73
Kärnten und Osttirol	78	9	15	68	74	10	9	74
Steiermark	76	12	16	66	78	10	6	81
Burgenland	92	2	6	80	88	6	1	93
Niederösterreich	71	18	13	57	68	16	5	72
Wien	43	32	20	47	53	24	9	64
<b>Parteipräferenz:</b>								
SPÖ	60	21	20	53	69	16	9	69
ÖVP	71	13	15	59	71	15	6	74
FPÖ	67	18	20	55	74	18	9	69
Grüne	72	13	13	59	66	12	5	77
andere Partei	64	29	43	49	68	17	8	69
keine Partei (+ keine Angabe)	67	17	20	54	69	14	8	71

Quelle: PPA II, Frage G 3.

Tabelle 17: Einstellungen gegenüber personalen Unterstützungsleistungen/differenziert

Merkmal	Ehe-oder Lebenspartner		Kinder		Andere Angehörige		Freunde oder Nachbarn	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
<b>Insgesamt</b>	94	2	81	7	54	21	36	35
<b>Geschlecht:</b>								
Männer	93	3	80	7	51	21	35	34
Frauen	95	1	82	8	56	21	37	36
<b>Alter:</b>								
20-34	93	2	80	8	55	20	33	35
35-49	94	2	84	5	58	17	40	32
50+	94	2	78	10	48	27	35	38
<b>Familienstand:</b>								
ledig	92	2	79	7	55	16	36	30
verheiratet	96	2	83	7	53	22	37	37
geschieden	88	5	73	12	55	24	36	35
verwitwet	93	2	74	12	51	24	26	47
<b>Kinder:</b>								
keine Kinder	91	2	78	6	55	17	35	32
Kinder	95	2	82	8	53	22	36	36
<b>Lebensform:</b>								
allein lebend	91	2	77	8	54	18	35	31
nicht allein lebend	95	2	82	7	54	22	36	36
nicht allein lebend ohne Kinder	89	3	75	5	50	23	34	41
getrennt lebend ohne Kinder	93	0	77	7	59	12	32	26
allein lebend ohne Kinder	90	2	79	6	56	15	37	30
nicht allein lebend mit Kindern	96	2	83	7	54	22	37	36
getrennt lebend mit Kindern	94	2	79	11	55	25	47	36
allein lebend mit Kindern	88	4	72	12	46	26	30	35
<b>Bildungsstand:</b>								
Volks- und Hauptschule	95	2	82	6	55	22	34	42
Berufs- und Fachschule	93	2	81	8	54	22	35	36
Matura	95	1	79	5	51	15	41	24
Hochschule/Universität	94	3	76	10	57	21	38	34
<b>Berufstätigkeit:</b>								
Vollzeit berufstätig	93	2	80	6	54	19	36	33
Teilzeit berufstätig	94	2	79	9	55	20	34	38
arbeitslos	91	5	78	8	64	19	47	31
nicht berufstätig	97	1	86	6	56	22	37	40
pensioniert	97	1	79	12	46	30	35	39
in Ausbildung	95	0	85	4	63	13	43	26
<b>Stellung im Beruf:</b>								
Landwirt	93	1	84	5	58	11	39	34
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	91	2	73	8	50	25	39	33
Arbeiter niedriger qualifiziert	94	2	78	7	56	18	38	32
Arbeiter höher qualifiziert	94	2	85	6	52	21	33	37

Merkmal	Ehe-oder Lebenspartner		Kinder		Andere Angehörige		Freunde oder Nachbarn	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
<b>Insgesamt</b>	94	2	81	7	54	21	36	35
Angestellter niedriger qualifiziert	96	1	83	6	59	17	36	41
Angestellter qualifiziert	94	2	81	8	54	22	35	34
Angestellter höher qualifiziert	96	2	79	8	47	26	27	41
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	94	3	78	9	53	21	40	28
Beamter höher qualifiziert	99	0	82	10	57	23	54	33
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>								
katholisch	94	2	81	7	54	20	35	34
evangelisch	92	2	81	9	58	22	40	30
sonstige Konfession	100	0	96	0	78	20	60	28
konfessionslos	91	4	73	11	44	30	35	40
<b>Rolle der Religion:</b>								
eine sehr wichtige Rolle	95	2	82	7	56	21	35	33
eine wichtige Rolle	93	1	83	6	50	23	33	39
keine wichtige Rolle	96	2	79	9	57	17	40	31
überhaupt keine Rolle	92	2	79	8	53	22	36	35
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>								
keine Angabe	95	2	81	10	60	23	34	42
bis 1.300 Euro	92	2	81	8	57	20	38	32
von 1.300 bis 2.200 Euro	94	2	80	6	49	22	36	35
über 2.200 Euro	94	2	81	7	53	20	37	33
<b>Ortsgröße:</b>								
bis 5.000 Einwohner	93	2	82	6	54	20	35	34
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	94	2	83	8	58	20	39	32
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	96	3	74	13	47	27	36	46
<b>Bundesland:</b>								
Vorarlberg	95	0	88	8	78	15	27	58
Tirol	91	2	84	1	26	34	13	47
Salzburg	97	2	77	20	54	31	46	38
Oberösterreich	90	4	76	13	51	24	30	44
Kärnten und Osttirol	98	1	93	3	72	12	71	12
Steiermark	96	2	83	7	49	22	25	41
Burgenland	100	0	93	1	55	29	33	32
Niederösterreich	95	1	80	5	57	16	48	26
Wien	93	2	75	6	56	16	33	30
<b>Parteipräferenz:</b>								
SPÖ	94	2	79	9	52	24	36	35
ÖVP	93	1	83	5	51	17	35	32
FPÖ	93	2	80	8	53	20	32	39
Grüne	97	1	76	6	60	19	50	26
andere Partei	100	0	88	0	62	6	56	11
keine Partei (+ keine Angabe)	93	2	81	8	55	22	35	36

Anmerkung: Unter der Kategorie „Zustimmung“ wurden die Werte von „stimme völlig zu“ und „stimme zu“ und unter der Kategorie „Ablehnung“ die Werte von „stimme gar nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ zusammengefasst.

Quelle: PPA II, Frage G 4.

**Tabelle 18: Einstellungen gegenüber institutionellen Unterstützungsleistungen/differenziert**

Merkmal	Staatliche Einrichtung		Gemeinnützige Einrichtung		Kirchliche Einrichtung	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
<b>Insgesamt</b>	77	9	74	9	55	19
<b>Geschlecht:</b>						
Männer	73	10	72	9	51	21
Frauen	80	8	77	9	60	18
<b>Alter:</b>						
20-34	75	11	72	10	52	21
35-49	76	9	75	9	56	20
50+	80	7	76	8	60	18
<b>Familienstand:</b>						
ledig	75	9	73	9	51	21
verheiratet	77	9	75	9	57	19
geschieden	81	10	77	8	59	16
verwitwet	77	4	73	7	53	22
<b>Kinder:</b>						
keine Kinder	76	9	74	9	55	17
Kinder	77	9	74	9	55	20
<b>Lebensform:</b>						
allein lebend	78	8	75	9	54	19
nicht allein lebend	76	10	74	9	56	20
nicht allein lebend ohne Kinder	75	14	72	10	58	16
getrennt lebend ohne Kinder	77	8	78	9	49	23
allein lebend ohne Kinder	75	7	73	8	55	16
nicht allein lebend mit Kindern	76	9	74	9	55	20
getrennt lebend mit Kindern	79	10	67	17	53	29
allein lebend mit Kindern	81	9	76	8	56	20
<b>Bildungsstand:</b>						
Volks- und Hauptschule	80	7	75	8	51	21
Berufs- und Fachschule	77	9	75	9	56	19
Matura	72	13	70	10	57	19
Hochschule/Universität	81	9	83	6	56	19
<b>Berufstätigkeit:</b>						
Vollzeit berufstätig	76	8	73	8	53	19
Teilzeit berufstätig	78	11	77	10	58	20
arbeitslos	79	11	84	8	62	18
nicht berufstätig	79	9	74	9	61	19
pensioniert	76	10	75	10	57	20
in Ausbildung	76	15	69	10	50	25
<b>Stellung im Beruf:</b>						
Landwirt	71	11	74	11	51	17
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	74	11	73	7	50	20
Arbeiter niedriger qualifiziert	75	11	73	9	50	25
Arbeiter höher qualifiziert	72	10	70	10	51	21
Angestellter niedriger qualifiziert	76	11	69	13	56	19
Angestellter qualifiziert	82	8	80	8	61	18
Angestellter höher qualifiziert	80	7	74	7	60	16
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	81	7	76	6	59	15



Merkmal	Staatliche Einrichtung		Gemeinnützige Einrichtung		Kirchliche Einrichtung	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
<b>Insgesamt</b>	77	9	74	9	55	19
Beamter höher qualifiziert	75	15	79	10	57	23
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>						
katholisch	76	10	73	9	55	20
evangelisch	74	10	69	11	54	15
sonstige Konfession	100	0	92	0	84	8
konfessionslos	79	6	79	7	53	19
<b>Rolle der Religion:</b>						
eine sehr wichtige Rolle	73	13	74	11	57	16
eine wichtige Rolle	76	10	71	10	51	24
keine wichtige Rolle	80	8	76	9	58	19
überhaupt keine Rolle	77	9	77	7	60	16
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>						
keine Angabe	81	6	75	10	50	27
bis 1.300 Euro	80	8	79	6	64	12
von 1.300 bis 2.200 Euro	76	10	71	10	56	21
über 2.200 Euro	74	11	75	9	53	19
<b>Ortsgröße:</b>						
bis 5.000 Einwohner	75	10	74	9	53	20
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	83	6	77	9	59	19
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	74	15	75	10	57	20
<b>Bundesland:</b>						
Vorarlberg	84	5	80	11	48	35
Tirol	63	16	55	12	33	17
Salzburg	84	7	83	9	60	16
Oberösterreich	79	8	77	7	59	19
Kärnten und Osttirol	91	3	89	4	75	12
Steiermark	67	17	60	19	33	31
Burgenland	59	17	67	8	36	34
Niederösterreich	77	10	76	10	60	20
Wien	81	4	80	3	69	10
<b>Parteipräferenz:</b>						
SPÖ	81	9	79	8	61	18
ÖVP	69	12	70	11	51	19
FPÖ	77	7	74	10	47	25
Grüne	80	11	74	9	62	19
andere Partei	68	17	68	17	51	18
keine Partei (+ keine Angabe)	78	8	74	8	55	19

Anmerkung: Unter der Kategorie „Zustimmung“ wurden die Werte von „stimme völlig zu“ und „stimme zu“ und unter der Kategorie „Ablehnung“ die Werte von „stimme gar nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ zusammengefasst.

Quelle: PPA II, Frage G 4.

**Tabelle: 19: Gewünschte Wohnform bei Hilfsbedürftigkeit im Alter/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>zu Hause allein</b>	<b>zu Hause mit Angehörigen</b>	<b>Umzug</b>	<b>Altersheim</b>	<b>bei einem Kind</b>	<b>Wohngemeinschaft</b>	<b>andere Wohnform</b>
<b>Insgesamt</b>	69	5	7	11	3	2	2
<b>Geschlecht:</b>							
Männer	68	7	8	10	3	2	2
Frauen	70	4	6	12	2	2	2
<b>Alter:</b>							
20-34	68	5	10	9	3	3	2
35-49	67	6	7	11	3	3	3
50+	72	5	4	14	2	1	2
<b>Familienstand:</b>							
ledig	67	5	10	10	2	4	2
verheiratet	71	6	6	11	3	1	2
geschieden	65	2	8	12	1	4	7
verwitwet	74	1	1	16	6	1	1
<b>Kinder:</b>							
keine Kinder	70	5	11	9	1	2	2
Kinder	68	6	6	12	3	2	2
<b>Lebensform:</b>							
allein lebend	66	5	9	11	2	4	3
nicht allein lebend	70	6	6	11	3	2	2
nicht allein lebend ohne Kinder	77	3	9	7	2	2	2
getrennt lebend ohne Kinder	75	2	7	6	2	6	1
allein lebend ohne Kinder	64	8	13	10	1	2	3
nicht allein lebend mit Kindern	69	6	6	12	3	2	2
getrennt lebend mit Kindern	49	7	5	13	6	17	3
allein lebend mit Kindern	68	3	7	14	3	3	3
<b>Bildungsstand:</b>							
Volks- und Hauptschule	68	8	6	15	2	1	0
Berufs- und Fachschule	68	6	7	11	3	2	3
Matura	68	3	11	10	3	3	3
Hochschule/Universität	79	5	1	7	1	5	2
<b>Berufstätigkeit:</b>							
Vollzeit berufstätig	68	6	9	9	3	3	2
Teilzeit berufstätig	70	3	6	15	2	2	1
arbeitslos	68	12	3	10	5	1	1
nicht berufstätig	71	6	4	15	2	1	2
pensioniert	71	4	4	14	2	2	3
in Ausbildung	68	2	13	5	7	3	2
<b>Stellung im Beruf:</b>							
Landwirt	72	6	3	11	4	0	4
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	73	3	11	5	2	2	3
Arbeiter niedriger qualifiziert	65	8	5	13	6	1	2
Arbeiter höher qualifiziert	71	5	7	11	3	3	1

Merkmal	zu Hause allein	zu Hause mit Angehörigen	Umzug	Altersheim	bei einem Kind	Wohngemeinschaft	andere Wohnform
<b>Insgesamt</b>	69	5	7	11	3	2	2
Angestellter niedriger qualifiziert	63	3	10	14	7	3	0
Angestellter qualifiziert	70	6	7	10	1	3	2
Angestellter höher qualifiziert	70	7	3	13	0	2	4
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	68	4	11	11	0	3	3
Beamter höher qualifiziert	69	9	7	11	0	0	3
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>							
katholisch	70	6	7	11	3	2	2
evangelisch	69	0	7	10	6	2	6
sonstige Konfession	65	10	0	14	8	0	4
konfessionslos	60	3	9	17	3	3	5
<b>Rolle der Religion:</b>							
eine sehr wichtige Rolle	73	7	5	8	2	2	2
eine wichtige Rolle	67	6	7	11	3	2	2
keine wichtige Rolle	66	5	9	12	3	3	0
überhaupt keine Rolle	69	3	6	11	3	3	2
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>							
keine Angabe	77	4	3	11	2	2	1
bis 1.300 Euro	66	5	8	12	4	2	3
von 1.300 bis 2.200 Euro	66	6	9	12	2	3	2
über 2.200 Euro	70	6	7	10	3	3	3
<b>Ortsgröße:</b>							
bis 5.000 Einwohner	69	7	6	10	3	2	2
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	68	3	8	15	2	3	1
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	70	4	10	10	2	3	2
<b>Bundesland:</b>							
Vorarlberg	72	2	6	14	2	0	5
Tirol	58	9	14	11	1	6	0
Salzburg	66	5	4	17	0	7	1
Oberösterreich	65	6	9	15	2	2	1
Kärnten und Osttirol	75	7	4	9	3	2	1
Steiermark	65	7	9	8	9	1	2
Burgenland	80	8	1	9	1	0	1
Niederösterreich	74	6	5	10	2	2	1
Wien	71	2	8	10	1	3	6
<b>Parteipräferenz:</b>							
SPÖ	69	4	7	13	3	2	2
ÖVP	73	5	7	9	3	1	2
FPÖ	59	9	6	16	6	2	1
Grüne	73	4	3	8	5	5	2
andere Partei	94	0	0	5	0	0	1
keine Partei (+ keine Angabe)	67	7	9	11	1	2	3

Quelle: PPA II, Frage G 5.

**Tabelle 20: Gewünschte Form der Hilfe im Alter/differenziert**

<b>Merkmal</b>	<b>Sozialdienst</b>	<b>Angehörige</b>	<b>Angehörige und Sozialdienst</b>
<b>Insgesamt</b>	32	27	40
<b>Geschlecht:</b>			
Männer	32	33	35
Frauen	32	22	45
<b>Alter:</b>			
20-34	29	28	43
35-49	29	29	42
50+	39	25	35
<b>Familienstand:</b>			
ledig	34	27	38
verheiratet	28	30	42
geschieden	49	16	35
verwitwet	43	18	39
<b>Kinder:</b>			
keine Kinder	41	24	35
Kinder	28	29	43
<b>Lebensform:</b>			
allein lebend	40	24	36
nicht allein lebend	29	29	42
nicht allein lebend ohne Kinder	49	17	34
getrennt lebend ohne Kinder	38	26	37
allein lebend ohne Kinder	38	28	34
nicht allein lebend mit Kindern	26	31	43
getrennt lebend mit Kindern	37	15	49
allein lebend mit Kindern	43	20	37
<b>Bildungsstand:</b>			
Volks- und Hauptschule	31	34	35
Berufs- und Fachschule	31	31	38
Matura	33	18	49
Hochschule/Universität	39	6	55
<b>Berufstätigkeit:</b>			
Vollzeit berufstätig	32	30	38
Teilzeit berufstätig	26	18	55
arbeitslos	34	35	31
nicht berufstätig	27	27	45
pensioniert	40	29	31
in Ausbildung	36	14	50
<b>Stellung im Beruf:</b>			
Landwirt	20	32	48
Selbständige (freie Berufe und Untern.)	33	17	50
Arbeiter niedriger qualifiziert	25	32	43
Arbeiter höher qualifiziert	32	37	31
Angestellter niedriger qualifiziert	26	35	39
Angestellter qualifiziert	37	22	41
Angestellter höher qualifiziert	44	8	48
Beamter niedriger und mittel qualifiziert	32	29	38
Beamter höher qualifiziert	33	18	49

<b>Merkmal</b>	<b>Sozialdienst</b>	<b>Angehörige</b>	<b>Angehörige und Sozialdienst</b>
<b>Insgesamt</b>	32	27	40
<b>Konfessionszugehörigkeit:</b>			
katholisch	31	28	41
evangelisch	39	22	39
sonstige Konfession	20	65	15
konfessionslos	44	16	40
<b>Rolle der Religion:</b>			
eine sehr wichtige Rolle	26	34	39
eine wichtige Rolle	29	29	42
keine wichtige Rolle	35	23	42
überhaupt keine Rolle	37	26	36
<b>Haushaltsnettoeinkommen:</b>			
keine Angabe	37	27	37
bis 1.300 Euro	36	31	34
von 1.300 bis 2.200 Euro	30	30	40
über 2.200 Euro	29	24	47
<b>Ortsgröße:</b>			
bis 5.000 Einwohner	30	29	42
über 5.000 bis unter 50.000 Einwohner	33	29	39
über 50.000 Einwohner (ohne Wien)	34	23	43
<b>Bundesland:</b>			
Vorarlberg	65	12	23
Tirol	16	35	49
Salzburg	21	40	39
Oberösterreich	39	28	33
Kärnten und Osttirol	23	42	34
Steiermark	16	31	53
Burgenland	23	39	38
Niederösterreich	31	20	49
Wien	45	21	33
<b>Parteipräferenz:</b>			
SPÖ	34	34	32
ÖVP	29	26	45
FPÖ	34	28	38
Grüne	34	21	45
andere Partei	11	45	44
keine Partei (+ keine Angabe)	32	25	43

Quelle: PPA II, Frage G 5.